Nr. 214. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 12. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein Verwirrungsversuch.

Die badischen und bayerischen Genossen haben entgegen dem Sinne der Lübecker Resolution der Regierung das Budget bewilligt. Das geschah in Baden, um das Odium grundsätzlicher proletarischer Klassenpolitik von sich abzuwälzen und dadurch für die Nationalliberalen bündnisfähig zu werden. In Bayern wurde die Budgetbewilligung u. a. damit motiviert, daß man das Wohlwollen der bürgerlichen Regierung nicht durch Ablehnung des Etats leichtfertig verscherzen dürfe. Das waren, wie wir bereits ausführlich dargelegt haben, Gesichtspunkte, die sich mit dem Wesen unserer bisherigen sozialistischen Auffassung nicht vertragen, die nichts anderes bedeuten als eine Verleugnung des konsequenten Klassenkampfstandpunktes und eine plumpe Nachahmung der blockliberalen Taktik. Demgegenüber hat nun Genosse Eisner in der „Fränkischen Tagespost" den Versuch unternommen, die ganze Streitfrage von neuem heillos zu verwirren. Und zwar sucht er diese Verwirrung durch eine klügelnde Sophistik anzustiften, die er selbst eine „rein begriffliche Voruntersuchung" nennt. Zwar gesteht Eisner selbst ein, daß er durch sein „logisches Gerüst" für die „praktische Politik keine auf alle Fälle gültige Regel geben" kann. Nichtsdestoweniger gelangt er bei seinen Begriffsspielereien schließlich zu dem Ergebnis, daß die Budgetabstimmung „kein Mittel des proletarischen, sozialistischen Endkampfes, sondern ein Mittel des politischen Tageskampfes" sei. Eine Formulierung, die zwar auch wieder nur die völlige Verwirrung der politischen Begriffe beweist, aber von den Lesern der „Fränkischen Tagespost" offenbar als eine stichhaltige Verteidigung der Budgetbewilligung aufgefaßt worden ist.

Untersuchen wir, wie sehr die „rein begriffliche" Voruntersuchung Eisners dazu angetan ist, alle politischen Realitäten zu ignorieren und alle wirklich prinzipielle und taktische Klarheit zu verdunkeln.

Die erste Frage Eisners lautet: **„Wie muß eine Partei in der Minderheit stimmen?"** Eisner beantwortet die Frage folgendermaßen:

> „Eine Partei darf, das ist der erste Grundsatz, in der Minderheit nicht anders stimmen, wie sie stimmen würde, wenn sie in diesem Augenblick der Abstimmung die Mehrheit hätte oder infolge besonderer Parteikonstellationen mit anderen Gruppen zusammen ausschlaggebend wäre."

Verwerfe man, so führt Eisner aus, die Budgetbewilligung zwar grundsätzlich, lasse man jedoch Ausnahmen zu, daß die Sozialdemokratie da, wo sie in einzelnen Landtagen die Mehrheit habe, für das Budget stimmen dürfe, so sei das eine „unehrliche Politik", ja im Grunde „gar keine Politik"! Verwerfe man die Zustimmung zum Budget prinzipiell, so müsse man aus dem Prinzip auch alle Konsequenzen ziehen. Man dürfe also niemals für das Budget stimmen, da ja auch dann, wenn in einem Einzelstaat die Sozialdemokratie die Majorität habe, sie damit den Charakter des Klassenstaates noch nicht aufheben könne.

Man sieht, Eisner gibt sich hier wirklich als „Konsequenzenmacher". Er stellt sich wieder einmal auf den Standpunkt des Entweder — Oder. Entweder darf die Sozialdemokratie niemals, sei es unter welchen Umständen immer, für das Budget stimmen, oder sie hat die Budgetfrage überhaupt nicht als eine prinzipielle Frage zu betrachten, sondern kann das Budget auch dann bewilligen, wenn sie nichts anderes zu erreichen hofft, als dadurch das Wohlwollen eines Ministers zu erkaufen!

Solche „begriffliche" Haarspalterei vermag nicht nur keine „auf alle Fälle gültige Regel zu geben", sondern sie ist überhaupt sinnlos. Die Politik des Entweder — Oder existiert nur im Kopfe eines Sophisten. Sie ist **unbrauchbar** für die Praxis. Freilich liebt gerade Genosse Eisner dieses famose Entweder — Oder. So hat er ja auch in der Frage der Maifeier die Alternative gestellt: Entweder allgemeine Arbeitsruhe oder überhaupt keine Arbeitsruhe. So hat er für die Frage des preußischen Wahlrechtskampfes die famose Formel geprägt: Entweder der politische Massenstreik oder — die „heroische Resignation" einer unbedingten Unterstützung des Liberalismus, von dem er selbst der Meinung ist, daß er sich der Junker als einer Schutztruppe gegen den Sozialismus bediene! Solch schöne „begriffliche" Herausarbeitungen der Gegensätze haben also keinen anderen Wert, als den der bloßen Gedankenspielerei oder der rabulistischen Beschönigung des schamlosesten Opportunismus! Auf die politische Praxis übertragen stiften sie nichts als bodenloseste Verwirrung!

Oder ist es nicht ein Nonsens der höchsten Potenz, den Satz aufzustellen, daß eine Partei in der Minderheit nicht anders stimmen dürfe, als sie stimmen würde, wenn sie **in diesem Augenblick** die Mehrheit hätte? Ein solcher Fall läßt sich nur in einem formalistische Spielereien liebenden Hirn ausklügeln. In der Wirklichkeit kann er ja nicht vorkommen! Denn wenn eine Partei sich in der Minderheit befindet, kann sie eben nicht **in diesem gleichen Augenblick** ausschlaggebend sein! Das kleine Körnchen politischer Vernunft, das in diesem „ersten Grundsatz" steckt, ist das, daß die Ablehnung des Budgets durch die Sozialdemokratie natürlich nicht nur dann zu erfolgen hat, wenn die Stimmen der Sozialdemokraten nicht in die Wagschale fallen. Nein, der Grundsatz, daß das Budget abzulehnen ist, behält auch seine Geltung, wenn die sozialdemokratische Abstimmung für die Abstimmung ausschlaggebend ist. Ein Umstand, **den wir bereits in Nr. 201 des Vorwärts** in dem Artikel: „Weshalb stimmen wir gegen das Budget?" berücksichtigt haben. In diesem Artikel wurde aber andererseits dargelegt, daß auch Umstände eintreten können, wo wir für das Budget stimmen müssen — nicht zur Aufrechterhaltung des Klassenstaates, sondern im Interesse der Förderung unseres proletarischen Klassenkampfes! Denn darauf kommt es an: Während die süddeutschen Genossen ihre Zustimmung zum Budget damit zu rechtfertigen suchen, daß gewisse ungenügend aufgeklärte Schichten die Ablehnung des Budgets nicht verstünden oder daß eine prinzipielle Ablehnung des Budgets die bürgerlichen Parteien oder Regierungen verschnupfen könne, gilt für die Befürworter der prinzipiellen Ablehnung des Budgets nur die Ausnahme, daß durch die ausnahmsweise Bewilligung des Budgets der proletarische Klassenkampf nicht nur nicht gehemmt, sondern gefördert wird! Den Unterschied dieser beiden Auffassungen vermag man freilich nicht durch eine „rein begriffliche Voruntersuchung" zu erkennen, sondern nur durch das Eindringen in das Wesen und die Praxis des proletarischen Klassenkampfes!

Wenn aber Eisner meint, diejenigen, die auf dem Standpunkt der prinzipiellen Ablehnung des Budgets stehen, dürften deshalb in keinem Falle für die Budgetbewilligung eintreten, weil ja auch dann, wenn die Sozialdemokratie in einem Landtage die Mehrheit habe, durch diese Mehrheit der Klassencharakter des Staates nicht aufgehoben werden könne, so braucht sich Eisner auf diese Entdeckung wahrhaftig nichts zugute zu tun. Man braucht wirklich kein „Evolutionist" im Sinne der Calwer, Bernstein, Kolb usw. zu sein, um ganz genau zu wissen, daß der sozialdemokratische Staat nicht auf einen Anhieb ins Leben gerufen werden kann. Es ist eine uralte Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung jede Möglichkeit, mittels der Klinke der Gesetzgebung die Lage des Proletariats zu verbessern und dadurch die politische Aktionsfähigkeit der proletarischen Klassenkampfpartei zu stärken, zu benutzen hat. Der Unterschied zwischen Marxisten und Revisionisten besteht nur darin, daß die Marxisten dabei niemals daran denken, durch kleine, meist auch nur vermeintliche Augenblickserfolge, durch Stimmenfängerei und Kompromißlei den grundsätzlichen Klassenkampf abzustumpfen, während die revisionistische Taktik gerade darauf hinausläuft, durch allerhand Kompromißlei und kleinliche politische Schachergeschäfte die grundsätzliche Führung des proletarischen Klassenkampfes zu vernachlässigen.

Die weiteren drei Fragen basieren auf der grundfalschen Voraussetzung und Beantwortung (Eisner beantwortete ja seine erste Frage sofort durch Unterschieben einer durch nichts bewiesenen Voraussetzung) seiner ersten Frage. Die zweite Frage lautet:

> **„Wären wir in der Mehrheit jetzt gezwungen** (soll wohl heißen: „wären wir, wenn wir jetzt die Mehrheit hätten, gezwungen"), **für das bayerische Budget zu stimmen?"**

Auch diese Frage ist nichts als eine absolut zwecklose Begriffsspielerei. Die Frage würde nur dann einen Sinn haben, wenn sie lautete: „Sind wir, sobald wir die Mehrheit haben, unter allen Umständen gezwungen, für das bayerische Budget zu stimmen?" Eisner aber stellt wiederum die Frage so: „Wie würde die bayerische Fraktion handeln, wenn sie **jetzt** (also in einem Augenblick, wo sie nicht die Mehrheit hat) die Mehrheit hätte?" Eisner konstruiert also wieder einen unmöglichen Fall, den er dann in seiner Weise beantwortet.

Einem ernsthaften Politiker kann natürlich nicht zugemutet werden, sich mit einem unmöglichen Falle zu beschäftigen. Wir haben aber auch keine Ursache, die Frage zu beantworten, wie die bayerischen Genossen zu handeln hätten, wenn sie später einmal in der Mehrheit wären. Denn bei Beantwortung dieser Frage käme alles auf die näheren Umstände an. Es wäre möglich, daß unsere Genossen in Bayern das Budget bewilligen könnten und müßten, indem sie sich einfach für das kleinere Uebel entschieden. Die Entscheidung zugunsten des kleineren Uebels bildet ja in der sozialdemokratischen Politik eine alte Praxis. Hat doch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Caprivischen Handelsverträgen zugestimmt, die einen Getreidezoll von 3,50 M. festlegten, weil ohne ihre Zustimmung der 5 Mark-Zoll aufrecht erhalten geblieben wäre! So könnten möglicherweise die bayerischen Genossen für einen besseren Etat stimmen müssen, um die Geltung des schlechteren, älteren Etats zu verhüten. Es läge freilich auch die Möglichkeit vor, daß trotz alledem die bayerischen Genossen den Etat ablehnen müßten, weil die ganze politische Konstellation, vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus betrachtet, die Ausnutzung eines Konfliktes bedingte. Diese Möglichkeit erkennt selbst Eisner, indem er schreibt:

> „Anders freilich läge die Sache, wenn die politische Situation in Bayern so beschaffen wäre, daß wir es auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen wollten und könnten, wenn es sich um Biegen oder Brechen handelte; dann tritt gerade die Budgetverschlechterung vollständig zurück, dann wäre es unsere Aufgabe, die Massen zu überzeugen, daß es sich bei unserem Verhalten um keine Entscheidung normaler ruhiger Politik handelte, sondern um eine Aktion von geschichtlicher umwälzender Bedeutung, um eine Kriegserklärung, durch die wir mit dem Sieg eine neue Aera in Bayern zum Heile der ganzen Nation heraufführen wollten. Wären die Vorbedingungen für solch' entscheidendes Unternehmen gegeben, so würden die Massen uns trotz der Budgetverweigerung zujubeln."

Nach diesem politischen Lichtblick fällt Eisner freilich sofort in seine „begriffliche" Gedankenspielerei zurück, indem er fragt: „Ist die Situation jetzt gegeben, würden wir wirklich, die Mehrheit vorausgesetzt, jetzt diesem Ministerium die Mittel verweigern, in der Absicht, einen Konflikt heraufzubeschwören und zu gkundstürzenden Aenderungen des ganzen bayerischen Staatslebens auszunutzen?"

Eisner gerät hier wieder in seine Entweder — Oder-Politik. Entweder grundstürzende Aenderung oder blockliberale Konzessionspolitik. Daß es auch ein Mittelding geben kann, daß man zielbewußte Klassenpolitik treiben und die Technelmechtelei mit bürgerlichen Parteien und Regierungen vermeiden kann, auch wenn man nicht gleich revolutionäre Konflikte durchzuführen bereit ist, begreift Genosse Eisner eben nicht. Sein Schema für die sozialdemokratische Taktik ist das Entweder — Oder. Entweder Massenstreik, entweder revolutionäre Konflikte, entweder Barrikadenkampf oder — die **Benutzung aller bürgerlichen Schleichwege des politischen Tageskampfes!** Daß es auch ein Drittes gibt, die Einhaltung jener Politik, die seit Jahrzehnten die sozialdemokratische Partei beobachtet hat: die Organisation und vom Geiste des Klassenkampfes getragene Aufklärung der Massen, die Aufspeicherung politischer Kräfte im Proletariat für die noch bevorstehenden schweren Kämpfe, das geht nicht in den Kopf des Genossen Eisner. Was freilich kein zureichender Grund dafür ist, dieser Begriffsstutzigkeit des Genossen Eisner wegen unsere bisherige Klassenkampftaktik aufzugeben und die Entweder-Oder-Taktik des Genossen Eisner zu akzeptieren, die ja im Grunde nur die Taktik **revisionistischer Kompromißlei mit bürgerlichen Gewalten ist!**

Die dritte Frage des Genossen Eisner lautet: **„Müssen wir dem Staat die Mittel verweigern, weil er ein Klassenstaat ist?"**

Hier entdeckt Genosse Eisner, daß der Grundsatz, dem Klassenstaat die Mittel zu seiner Fortexistenz zu verweigern, durch die ganze bisherige Praxis der Partei bereits durchbrochen ist. Denn die Sozialdemokratie habe auch bisher dem Klassenstaat eine ganze Reihe von Mitteln zur „Verbesserung des Klassenstaates" bewilligt. Genosse Eisner macht da wieder eine sehr originelle Entdeckung. Die Sozialdemokratie glaubte bisher dadurch, daß sie durch die Benutzung der Klinke der Gesetzgebung für die proletarischen Bevölkerungsschichten bessere Existenzverhältnisse schuf, bessere Bedingungen für den proletarischen Klassenkampf geschaffen zu haben. Genosse Eisner aber entdeckt, daß all die Mittel zur ökonomischen und intellektuellen Hebung des Proletariats, daß alle Beweise für die Kulturarbeit der Sozialdemokratie nichts als eine „Verbesserung des Klassenstaates" gewesen sind! Denn, so argumentiert Eisner, wenn wir dem Klassenstaat alle Mittel verweigern, weil er Klassenstaat ist, so müssen wir nicht nur in jedem Falle das Budget ablehnen, sondern auch auf jede parlamentarische Mitarbeit verzichten, denn jedes Gesetz ist ein Gesetz des Klassenstaates.

Auch hier schlägt wieder einmal die Logik des Genossen Eisner in Unsinn um. Nicht der „Verbesserung des Klassenstaates" dienen die vom Proletariat den herrschenden Klassen abgerungenen Mittel zur materiellen und intellektuellen Hebung der Arbeiterklasse, sondern der Stärkung des proletarischen Klassenkampfes. Allerdings würde die Sozialgesetzgebung, würden alle günstigeren Steuergesetze, würden die Verbesserungen der Gehälter der unteren Beamten usw. eine „Verbesserung des Klassenstaates", d. h. der Position der herrschenden Klassen sein, **sofern nicht die sozialdemokratische Partei durch grundsätzliche Aufklärung und Belehrung aller proletarischen Schichten dafür sorgte, daß die nichtbesitzenden Klassen für den proletarischen Klassenkampf gewonnen werden!** Daran hat es aber die sozialdemokratische Partei bisher nicht fehlen lassen. Erst die revisionistische Taktik der Budgetbewilligung, die wir jetzt in Süddeutschland erlebt haben, würde diese parlamentarische Tätigkeit des Proletariats ihres klassenkämpferischen Charakters entkleiden! Denn wenn man der Regierung zum Dank für ihr Entgegenkommen das Budget bewilligt, wenn man, wie das ja von David, Kolb, Gradnauer usw. vorgeschlagen wird, bei dem Kampf um die Volksrechte die Aufklärung über die wirtschaftlichen Gegensätze vollständig ausschaltet, ja, durch seine Agitationsweise nicht nur in bürgerlichen, sondern auch in proletarischen Kreisen den Anschein erweckt, als gebe es eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen, so würde diese parlamentarische und agitatorische Taktik allerdings eine „Verbesserung des Klassenstaates" bedeuten, eine **Befestigung der Herrschaft der privilegierten Schichten!**

Eisners vierte Frage lautet: **„Was bedeutet die Budgetablehnung?"** Er beantwortet sie dahin, daß die Budgetablehnung nichts sei als eine Waffe der parlamentarischen Politik, ein politisches Machtmittel innerhalb des Klassenstaates zu seiner Entwickelung und Ueberwindung.

Diese Definition ist insofern unanfechtbar, als die Ablehnung des Budgets im Parlament erfolgt, sie also eine Waffe der „parlamentarischen" Politik darstellt. Wenn freilich unter der parlamentarischen Politik die Politik des Parlamentelns gemeint ist, die unsere süddeutschen Genossen jetzt eingeschlagen haben, die blockliberale Politik, von deren Grundsätzen sie sich leiten lassen, so ist diese Behauptung, wie wir gezeigt haben, mit aller Schärfe zurückzuweisen. Und daß die Budgetablehnung „eine Waffe innerhalb des Klassenstaates bildet, ist natürlich auch richtig, denn im sozialistischen Staat dürfte eine Budgetablehnung für die Sozialisten ja wohl nicht mehr in Frage kommen! Wenn damit aber gemeint sein soll, daß sich die Sozialdemokratie den politischen Gepflogenheiten der auf dem Boden des Klassenstaates stehenden Parteien anzupassen hat, so ist dagegen **schärfste Verwahrung einzulegen!**

Und nun noch ein Wort über das Ergebnis der Eisnerschen „rein begrifflichen Voruntersuchung". Es lautet bekanntlich: „Die

Budgetabstimmung ist kein Mittel des proletarisch-sozialistischen Endkampfes, sondern ein Mittel des politischen Tageskampfes." Daß die Budgetabstimmung ein Mittel des sozialistischen Endkampfes sei, ist natürlich nur eine vage Begriffskonstruktion des Genossen Eisner. Für ihn existiert ja zwischen revolutionärem Endkampf und unserem heutigen Gegenwartskampf kein logisches und historisches Bindeglied. Natürlich kann die Budgetabstimmung in dem entscheidenden Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ihre Rolle spielen. Aber sie ist nichtsdestoweniger kein ausschließliches Mittel des Endkampfes, sondern die Konsequenz des proletarischen Klassenkampfes überhaupt"! Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn sie durch das Interesse des proletarischen Klassenkampfes geboten sind. Sie ist also zwar ein Mittel des politischen Tageskampfes, aber keineswegs im Sinne des bürgerlichen Parlamentarismus, der politischen Konzessions- und Schacherpolitik, des Versuchs, sich bei Regierungen und anderen Parteien beliebt zu machen. Ausschlaggebend ist vielmehr für jede Budgetbewilligung das Interesse des proletarischen Klassenkampfes, der Gesichtspunkt, die Erkenntnis des Proletariats vom Wesen des Klassenstaates, von der Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen zu vertiefen!

Der Nachweis dafür aber, daß die opportunistische, nach dem Rezept des bürgerlichen Parlamentarismus arbeitende, kleinlich rechnungsträgerische Politik der süddeutschen Budgetbewilliger, statt Aufklärung über den proletarischen Klassenkampf zu verbreiten, nur die politische Verflachung und Entnervung der proletarischen Wählermassen zu fördern vermag, ist unseres Erachtens in unseren früheren Artikeln durchaus beweiskräftig geführt worden!

Der Millionenschwindel und die allgemeine Lage in Dänemark.

Kopenhagen, 10. Sept. (Eig. Ber.)

Das Ministerium Christensen hat am Mittwoch über die durch Albertis Schwindeleien geschaffene Lage beraten. Das Ergebnis war, daß sämtliche Minister übereinkamen, ihre Aemter nicht niederzulegen. Man war also im Irrtum, wenn man glaubte, daß die Herren, die die vielen Jahre mit Alberti zusammenarbeiteten, die ihn gegen die nur allzu berechtigten Angriffe von sozialdemokratischer, radikaler, ja konservativer Seite bis zum letzten Augenblick in Schutz nahmen, nun unter dem Drucke dieser Blamage von der Staatsleitung zurücktreten würden. Ob sich das Ministerium Christensen aber noch lange halten kann, ist jedenfalls zweifelhaft. Nach Verlauf eines Monats tritt der dänische Reichstag zusammen. Bis dahin werden wohl die Betrügereien Albertis so weit untersucht sein, daß man einen klaren Ueberblick über die Sache haben wird. Die Minister werden dann Auskunft geben müssen, wie es möglich war, daß sie von den Verbrechen ihres geschätzten Kollegen nichts merkten und so durch ihre unglaubliche Fahrlässigkeit zu Mitschuldigen an dem Landesunglückwerden konnten.

Die Partei, deren Ministerium Alberti angehörte, war bekanntlich eine demokratische und nennt sich noch „Linken-Reformpartei"; sie hat aber ihre demokratisch-radikalen Ideale von ehemals schon lange preisgegeben. Dennoch unternahmen es konservative Blätter, gleichsam der „Demokratie" die Schuld an Albertis Verbrechen zuzuschieben. Anknüpfend hieran schreibt unser Bruderorgan „Sozialdemokraten":

„Die Rechte — diese elende Partei, die die Staatskasse um viel mehr Millionen geplündert hat als Alberti auf dem Gewissen hat — sucht die Lage zu ihren Gunsten auszunutzen, indem sie die Demokratie für das Geschehene verantwortlich macht. Dazu ist zunächst zu sagen, daß Alberti in jeder Hinsicht ein ausgeprägter Rechtenmann war. Er hat sogar seinerzeit Anklage erhoben gegen Leute, die ihn als zur Linkenpartei gehörend bezeichnet hatten. Und er war außerdem in seinem Wahlkreis Köge von der Rechtenpartei gewählt, sowohl damals, als er den Demokraten Hörup (der später Verkehrsminister wurde) stürzte, wie nachher. Aber dann sollte die „Nationaltidende" auch nicht im Unklaren darüber sein, daß die größten Schurkenstreiche der Machthaber in den nichtparlamentarisch regierten Ländern stattfinden, in den Staaten der Alleinherrschaft. Alberti ist nur ein ganz Kleiner, verglichen mit den Regierungsraubtieren, die Rußland ausplündern. Gestohlen wird unter dem Kapitalismus in allen Ländern, aber mit dem Unterschied, daß, wo die Demokratie die Macht hat, die Diebe im Parlament und in der Presse verfolgt werden und zwar so lange, bis die Verbrechen aufgedeckt sind. — Gestern schrieben einige Blätter, daß wir das Uebel an der Wurzel packen müßten, wenn wir unser öffentliches Leben von den Krankheiten heilen wollen, deren Ausschlag Albertis Verbrechen sind. Aber des Uebels Wurzel ist einzig und allein der Kapitalismus und wir zweifeln daran, daß jene Blätter uns helfen werden, dieses Uebel auszurotten."

Heute fand die erste Vernehmung Albertis durch den Untersuchungsrichter statt. Sie dauerte nur ganz kurze Zeit und soll im allgemeinen nur bestätigt haben, was der Verbrecher schon der Polizei eingestanden hatte.

Diejenigen, die den Schaden von Albertis Schwindeleien zu tragen haben, sind vor allem die Landleute und Vertrauensmänner, die ihr Geld in der Sparkasse des Bauernstandes angelegt hatten; dann die Interessenten der Butterexportvereinigung, die ebenfalls bedeutende Verluste erleiden. Hierzu kommen verschiedene Privatleute, die dem Schwindler Gelder geliehen hatten oder mit ihm in Geschäftsverbindung standen. Unter ihnen ist ein Schwager Albertis, ein Arzt, dessen Verlust sich auf 100 000 Kronen belaufen soll. Ein Gerücht besagt, daß auch der dänische König einen Verlust erleidet und zwar von einer Million Kronen, die er dem Betrüger seinerzeit geliehen haben soll.

Das Gebäude der Bauernsparkasse in der Ny Westergade war noch gestern das Ziel vieler Landleute, die mit der Eisenbahn oder zu Wagen gekommen waren, um sich an Ort und Stelle Aufklärung über die Lage zu verschaffen. Zwischen ihnen und den Vorstandsmitgliedern der Kasse, die nach den Bureaus kamen, entstand oft ein derber Wortwechsel. Auch Ole Hansen, der bis Ende Juli Landwirtschaftsminister war und nun Nationalbankdirektor ist, kam gestern nach dem Gebäude der Kasse. Ungefähr 20 Jahre lang hat er dem Alberti als kontrollierendes Vorstandsmitglied und zweiter Vorsitzender zur Seite gestanden und nichts von den 14 Jahre lang betriebenen Fälschungen und Betrügereien entdeckt. Er weinte, als er gestern die Bureaus der Sparkasse verließ, aber auf Mitleid konnte er bei den geschädigten Sparern nicht rechnen.

Sorgen der Oktobristenführer.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Seit Wochen bereits schlagen die Oktobristenführer unaufhörlich Alarm. Die Hauptzeitung der Oktobristen, der „Golos Moskwi", in seinen Leitartikeln, sowie der Oktobristenführer Herr Alexander Gutschkow in Unterredungen mit Vertretern der Presse, wissen von einem neuen, in den Hofkreisen geplanten Attentat gegen die russische „Verfassung" zu erzählen. Der Staatsstreich soll darin bestehen, daß die „Konstitution" für ungültig erklärt, die „gesetzgeberische" Reichsduma auseinandergetrieben und an deren Stelle eine beratende Versammlung (Semsky Sjobor) einberufen, der „konstitutionelle" Premierminister Stolypin seiner Stelle enthoben und durch einen Großfürsten (gemeint ist Nikolai Nikolajewitsch) ersetzt wird. Die Oktobristenführer fordern alle „konstitutionell Gesinnten" auf, angesichts dieser drohenden Gefahr sich zur Verteidigung der „so schwer erkämpften Verfassung" zu vereinigen. Natürlich soll die führende Rolle bei dieser Verteidigungsaktion der Oktobristenpartei überlassen werden.

Allen Alarmgerüchten der Oktobristen gegenüber behauptet die offiziöse „Rossija", daß man „in den höheren Kreisen" nicht im entferntesten daran denkt, irgendwelche Aenderungen in der „neu geschaffenen Staatsordnung" zu unternehmen, daß man im Gegenteil mit dieser Ordnung vollkommen zufrieden sei, sowie auch mit dem Herrn Premierminister Stolypin, dessen zukünftiger Tätigkeit man in höheren Kreisen voller Zuversicht entgegenblickt.

Das Amüsanteste an der ganzen Polemik ist, daß beide Parteien sich den Premierminister Stolypin zu ihrem Helden erkoren haben. Stolypin, der Erfinder der neuesten „Konstitution", der Organisator des letzten Staatsstreichs, der Urheber der Auflösung der ersten und zweiten Duma, der Organisator der Kriegsgerichte und Verteidiger der Folterkammern — gerade dieser Mann wird als Stütze der „neu geschaffenen Ordnung" oder, nach der Terminologie der Oktobristen, als Stütze der „russischen Verfassung" gefeiert!

Ihre angebliche Rettungsaktion wollen die Oktobristenführer unter der Parole „für Stolypin" durchführen. Schon diese Tatsache berechtigt zu einem gewissen Mißtrauen den oktobristischen Alarmgerüchten gegenüber, ja zur Annahme, daß Stolypin selbst den ganzen Froschmäusekrieg zwischen den Oktobristen und der „Rossija" (der sich die „Nowoje Wremja", „Swet" usw. freiwillig angeschlossen haben) inszeniert habe. Was Herr Stolypin dabei verfolgt, ist unklar. Wahrscheinlich will er nur, angesichts der bevorstehenden Anleihe, vor Europa den Schein erwecken, als ob in Rußland wirklich eine Verfassung existiere und er, Stolypin, der richtige Beschützer dieser Verfassung sei. Was aber die Oktobristenführer bestreben, ist klar. Die Gerüchte über eine von außen drohende Gefahr sollen die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Oktobristenpartei selbst ersticken und eine etwaige Spaltung in der Partei verhindern. Denn von einer Spaltung wird in den Oktobristenkreisen schon längst gesprochen, was bei der bunten Zusammensetzung dieser Partei leicht zu begreifen ist. Den Kern der Partei bilden zwar Großkapitalisten, aber Kapitalisten verschiedener Kategorien: Großgrundbesitzer, Fabrikbesitzer, Kaufleute und Finanziers. Sie sind alle Konstitutionalisten, aber jede dieser Kategorien will eine solche Verfassung in Rußland haben, die die Staatsgewalt in ihre Hände legt. Die Großgrundbesitzer, die den rechten Flügel der Oktobristenpartei bilden, sind größtenteils adeliger Abstammung und finden, daß die Oktobristenpartei ihre Interessen nicht energisch genug fördert, sie glauben eher ihr Ziel zu erreichen, wenn sie sich der Partei des Fürsten P. Trubezkoi anschließen würden, die eine rein feudalistische Verfassung erstrebt. Die Fabrikbesitzer sind Gegner der feudalistischen Bestrebungen jener Großgrundbesitzer; die Kaufleute verlangen, daß die Handelsinteressen in erster Linie gefördert werden usw. Solange die revolutionäre Massenbewegung dauerte, konnten die Parteiführer alle diese Elemente durch den Hinweis auf die drohende Volksrevolution zusammenhalten; jetzt aber sucht Herr Gutschkow durch das Gespenst einer „Revolution von oben" auf seine widerspenstigen Parteigenossen einzuwirken. Den Lärm über den drohenden Staatsstreich darf man also bloß als eine Vorbereitung zu dem bevorstehenden Parteitage der Oktobristen betrachten, als ein Mittel, die Parteieinigkeit zu fördern.

Dem Parteitage wird ein neues Programm und ein neues Organisationsstatut vorgelegt werden, bei deren Ausarbeitung, wie Herr Gutschkow selbst bestätigt hat, das Programm und Statut der deutschen — — nationalliberalen Partei als Vorbild gedient hat. Das wird allerdings ein nettes Programm werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. September 1908.

Profitabler Flottenpatriotismus.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", dem bekannten Organ der Kohlenwucherer und Panzerplattenpatrioten wurde dieser Tage eine lange Zuschrift des geistlichen Rektors Professor J. H. Schütz aus Köln veröffentlicht, der durch Flottenbroschüren bekannt geworden ist, die wegen ihrer Hurratendenz von den Flottentreibern umso begieriger aufgegriffen wurden, als der Verfasser ein katholischer Geistlicher ist. Wie man aus der in dem Essener Blatte abgedruckten Zuschrift ersehen kann, hat sich für Herrn Schütz die Flottenbegeisterung prächtig gelohnt. Wie der Herr offen eingesteht, ist er in großer Schuldennot gewesen und hat sich durch unbedachte Unternehmungen schwere Schulden aufgehalst. Da ist er, um seine Verhältnisse zu sanieren, auf den Gedanken gekommen, „patriotische und sozialhistorische Schriften" zu verfassen. Er schreibt darüber:

„Meine Flottenschriften, die in letzter Zeit auch von den Studierenden an allen deutschen Universitäten verlangt wurden, wurden denn auch in einer Riesenauflage abgesetzt, und so kam ich letztes Jahr zu dem erfreulichen Resultat, endlich mit meinen auf zirka 80000 M. mit Zinseszinsen angeschwollenen Schulden auf 12000 M. heruntergekommen zu sein, die ich mit einer populären Kolonialschrift ebenfalls zu tilgen hoffe."

Herr Schütz, der Flottenbegeisterte, hat also durch seine wasserpatriotischen Broschüren 68000 Mark verdient, und den Rest seiner Schulden gedenkt er — — durch eine kolonialschwärmerische Broschüre sich vom Halse zu schaffen. Der Herr ist von einer mehr als seltenen Offenherzigkeit. Da hätte er ein übriges tun und sagen sollen, woher die vielen Tausende stammen: denn wer die relative Geringfügigkeit der Autorenhonorare kennt, für den ist es von vornherein klar, daß die unerhörte Summe von 68000 Mark unmöglich aus der Kasse des Verlegers jener Broschüren stammen kann. Es liegen drei Möglichkeiten vor, drei Quellen, aus denen die Tausende stammen können:

1. der Flottenverein,
2. geheime Regierungsfonds,
3. das interessierte Panzerplattenkapital.

Wir sind in der Lage, auf Grund zuverlässiger Informationen zu erklären, daß die 68 000 M. zum weitaus größten Teile Privatgeschenke von an den Flottenlieferungen interessierten Großindustriellen an Herrn Schütz sind. Die Summen wurden Herrn Schütz unter dem Vorwande gezahlt, daß sie eine Entschädigung für die gegen ihn gerichteten Angriffe der Zentrumspresse seien. In Wirklichkeit wollte das Panzerplattenkapital den Flottenagitator im Gewande des katholischen Priesters subventionieren, weil man sich von dessen Tätigkeit einen bedeutenden Erfolg bei dem katholischen Volksteile und mittelbar bei der Zentrumspresse versprach. Die an Herrn Schütz gezahlten Summen sollten den Profitpatrioten Millionengewinne bringen.

Ein interessanter Blick in die Geheimwerkstatt der Flottenagitation. —

Die Reichsfinanzreform

soll, wenn man den Nachrichten des Berliner „Lokal-Anzeigers" glauben darf, mit einigen Reformen versüßt werden, die in weiten Volkskreisen sehr populär sind. Heute abend meldet der „Lokal-Anzeiger":

„Neben der Aufhebung der Fahrkartensteuer werden die verbündeten Regierungen, wie wir erfahren, anläßlich der geplanten Reichsfinanzreform auch die Wiederabschaffung des erhöhten Ortsportos beantragen. Bekanntlich war es der Reichstag, der bei der Stengelschen Reichsfinanzreform die Beseitigung des billigen Ortsportos beschloß. Der jetzige Reichsschatzsekretär Sydow war damals Unterstaatssekretär im Reichspostamt und machte aus seiner Gegnerschaft gegen diesen Beschluß kein Hehl."

Die Nachricht muß mit der größten Vorsicht aufgenommen werden, denn heute wird z. B. von anderer Seite mitgeteilt, daß die Regierung die Fahrkartensteuer keineswegs aufheben, sondern nur reformieren wolle. An Stelle der jetzt geltenden staffelförmigen Steuer soll eine prozentuale Besteuerung der ganzen aus dem Personenverkehr resultierenden Einnahmen gesetzt werden. Und zwar rechnet man mit einem 5prozentigen Zuschlag. Die Einnahmen aus der Steuer machen jetzt 3½ Proz. aus. Es würde also eine Erhöhung der Steuer und eine Ausdehnung auf die 4. Klasse Platz zu greifen haben. Und das nennt man dann „Reform"! —

Kriegsmarine und Segelsport.

Der Deckoffizier a. D. Theodor Kämmerer hat im Verlage der Attenhoferschen Druckerei in Straubing ein 20 Seiten starkes Schriftchen erscheinen lassen, das den Titel führt: „Kiel? — Wilhelmshaven? Etwas von der wahrscheinlichen Kriegsbasis unserer Flotte." Im ersten Teil der Schrift kommt der Verfasser auf die maritime Stellung Frankreichs und Englands uns gegenüber zu sprechen und stellt fest, daß in einem etwaigen Seekriege zwischen den erstgenannten Mächten die Nordsee als Operationsbasis zu betrachten sei. Diese Operationsbasis, der Jadebusen, könne aber im Ernstfalle beim jetzigen Stande der Dinge in unserer Marine nicht ausgenutzt werden, weil es an einer Kriegsschiffstation in der Nordsee und einem seetüchtigen Personal, das in stürmischer See operieren könne, fehle. Die Ursache dieser Kalamität ist nach Ansicht des Verfassers darin zu suchen, daß die Flottenoperationen meistens nach der ruhigen Ostsee verlegt würden, wodurch Kiel zum „tonangebenden" Hafen Deutschlands geworden sei. Das gute Bürgertum von Wilhelmshaven, das früher gewisse Vorteile von der Kriegsschiffsstation in der Nordsee hatte, ist finanziell geschädigt und in seiner Entwickelung gehemmt worden, wie überhaupt die wirtschaftliche Entwickelung des Nordseestrandes unter der vom Reiche gepflogenen Bevorzugung der Ostsee und des Kieler Hafens gelitten hätte. Der Verfasser spricht es offen aus, daß die absichtliche Vernachlässigung Wilhelmshavens nicht nur in der marinetechnischen Minderwertigkeit des Schiffspersonals liege, sondern auch der seit 1890 in der Marine eingerissene Segelsport, der in der Jade nicht ausführbar war, die Verlegung des Marineschwerpunktes nach Kiel bedingte.

Man kennt die Wirkungen und Begleiterscheinungen des von hoher Stelle alljährlich in Kiel geübten und empfohlenen Segelsports, an dem sich nur kapitalkräftige und sonst „honorige" Leute beteiligen. Sogar aus Amerika wurden die reich gewordenen Ochsenschlächter und Eisenbahnbauer eingeladen und fetiert. Daß die herrliche Kriegsmarine bei der „Kieler Woche" — so wird der feudale Segelsport in der Ostsee bezeichnet — den wirkungsvollen Hintergrund abgibt und die Schiffsmannschaften vielfach als Statisten figurieren müssen, ist ebenfalls bekannt und schon in der sozialdemokratischen Presse kritisch besprochen worden. Es ist daher nicht uninteressant, zu hören, was der Oberdeckoffizier Kämmerer zu der Kieler Woche zu sagen hat:

„Ich möchte diese Abhandlung nicht schließen, ohne mal die „Kieler Woche" marineprosaisch zu beleuchten; sie wird von den Marinefachschriftstellern leider zu poesievoll geschildert. Der hohe Wert des Kieler Segelsports für die Kriegsmarine wird doch etwas zu überschwenglich gefeiert. Was hat die Marine an sich mit diesem Sport zu tun? Die paar Offiziere, die ein Sportfahrzeug haben, repräsentieren doch wahrlich nicht die Kriegsmarine, und die letztere selbst ist an diesem Sport nicht mit einem Prozent beteiligt. Aber den Wert des Kieler Sports verkennen, hieße mit geschlossenen Augen in das Leben sehen. Der Kieler Segelsport hat fraglos die Anregung zu dem binnenländischen Ruder- und Segelsport gegeben, und das Volk selbst hat dadurch nur Vorteil, denn dieser Sport ist einer der wenigen, die den Körper und Geist gesunden. Aber dieser pompös hervorgehobene Wert des Kieler Sportes, der förmlich für die Kriegsmarine der Odem Gottes sein soll, hat doch eine sehr üble Rückseite. Billig kommt dieser Sport unserer Kriegsmarine nicht zu stehen, und ich will doch einmal durch einige Anregungen darauf hinweisen, daß die Kehrseite dieses pompösen Sports nicht allen Staatsbürgern unbekannt ist. Der hohe Wert der „Kieler Woche" kommt zunächst nur der Hautevolee und Hautefinance zum Vorteil, denn für den armen Offizier und die Mannschaft bringt er nur viele Mühen. Die Mannschaft wird während der Sportszeit tüchtig im Bootsdienst, und das vornehmlich in der Freizeit, angespannt. Sie bildet bei diesem Sport recht viel den Statisten- und den dekorativen Hintergrund; ihre Kleidung wird erheblich mehr in Mitleidenschaft gezogen als sonst. Der Farbanstrich der Schiffe soll tipptopp sein, aber der „Etat" an Farbe, an Bronze oder Gold, an feinen Malerfarben speziell, an Seife und Soda usw. ist nicht „dehnbar" und dieses zeitigt das allbekannte „Besorgen". Obwohl schließlich der Staat dieses Besorgen doch tragen muß, so darf aber der „Besorgende" nicht ganz mit leeren Taschen kommen; ich kenne als ehemaliger Deckoffizier das recht genau. Und am anderen Morgen geht der Deckoffizier zur Werft „besorgen". Ich habe das wie jeder andere Seemann getan und will dafür auch gar keinen Dank haben, aber oft fragt man sich doch: Für wen sorgst Du Dich eigentlich? Durfte ich mich als „Mann" etwa in den Sportskreisen je blicken lassen? Nein, aber der Fremde, dem zu Hause der Schusterjunge oft ungeniert auf den Stiefel spuckt, der spielte hier Hautevolee; er war sozusagen international. Hinter dem Sportgigerl, dessen Lebenswert oft unter Null ist, muß der Deckoffizier zurückstehen; ja, wegen eines solchen Hanswurstes muß man nicht selten seine Freizeit im Vorführen der Kriegstechnik hingeben. Der einzige Vorteil, den der Untermilitär von diesem berühmten Segel-

sport hat, ist der, daß es verhältnismäßig viel Urlaub gibt; man kann dem Trubel oft ausweichen. Daß während dieser Zeit auch die Dampfboote der Schiffe und der Werften doppelte Kohlen verbrauchen, ist selbstverständlich."

Wir haben nichts dagegen, wenn die von dem Verfasser als „Sportgigerln" und „Hanswürste" bezeichneten Personen Segelsport treiben wollen; wir verlangen nur, daß sie die Kosten ihres Vergnügens aus eigener Tasche bezahlen. Aber die „Kieler Woche" zwingt auch die Flotte zu allerlei Extra-Ausgaben, und diese Ausgaben muß der deutsche Steuerzahler bestreiten. Es ist nötig, daß im Reichstag bei der Beratung des Marine-Etats Rechenschaft über die Aufwendungen für die „Kieler Woche" verlangt wird. —

Neue Kolonialausgaben.

Dem Reichstage soll eine Vorlage zugehen, die weitere Mittel zum Ausbau des Hafens von Swakopmund in Höhe von acht Millionen Mark erfordert. Dieser „Hafen" von Swakopmund ist ein richtiges Schmerzenskind unserer Kolonialpolitik. Zuerst ist in die See eine Mole gebaut worden, an der die Schiffe anlegen sollten. Nach kurzer Zeit war die Mole total versandet. Nun half man sich damit, daß über die Mole hinaus ein langer Steg gebaut wurde. Der „Hafen" versandete unterdessen immer mehr. Die Budgetkommission des Reichstages hörte vor ein paar Jahren die Gutachten zweier Kapitäne der Hamburg-Amerika-Linie, die übereinstimmend erklärten, daß man dort bauen könne, was man wolle, der Hafen werde immer wieder versanden. Jetzt soll eine neue Brücke von 800 Metern Länge in die See hinaus gebaut werden, die natürlich auch ungeheuere Unterhaltungskosten verschlingen würde. Die Versandung des Hafens kann aber auch dadurch nicht aufgehalten werden, man rechnet aber damit, daß der Sand mit der Zeit einen festen Wall bilden werde. — Unsere Kolonialhoffnungen werden also jetzt in des Wortes vollster Bedeutung auf Sand gebaut. —

Kriegervereine und Christlichsoziale.

Das Kriegervereinsorgan „Parole" bestreitet der Sozialdemokratie das Recht, sich als die Vertretung der Arbeiterschaft „aufzuspielen", da doch zahlreiche Arbeiter nicht sozialdemokratisch seien; gerade die Kerntruppe der Kriegervereine besteht aus Arbeitern und diese seien patriotisch und königstreu und wollten von der Sozialdemokratie nichts wissen. „Die Kriegervereine — schreibt dann das Blatt — verwehren den Kameraden auch keineswegs, ihre Rechte in den Gewerkschaften wahrzunehmen. Müssen denn aber alle Arbeiter sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören."

Hierauf antwortet das christlichsoziale „Reich": „Diese letzte Frage ist längst mit klarem „Nein" beantwortet worden. Mit freudiger Anerkennung haben wir erst kürzlich der patriotischen und auch sozial-unterstützenden Wirksamkeit unserer Kriegervereine gedacht. Da die Kriegervereine in die wirtschaftlichen Kämpfe nicht eingreifen können, andererseits aber die Bekämpfung der Sozialdemokratie ihre Pflicht ist, so wäre es dringend wünschenswert, wenn mit größerer Entschiedenheit für die christlich-nationale Arbeiterbewegung Stellung genommen würde. Der Sozialdemokratie geschähe Abbruch und den Arbeitermitgliedern der Vereine würde zu einer auf nationalem Boden stehenden wirtschaftlichen Interessenvertretung verholfen."

So gehört sich's: die Christlichsozialen preisen die Hurravereine und diese weisen ihre Arbeitermitglieder den christlichen Gewerkschaften zu, in deren Gefolge die Christlichsozialen politische Geschäfte zu machen hoffen. Die Stöckerleute bleiben damit der Rolle getreu, die sie allezeit gepflegt haben: die spärlichen und schmutzigen Brocken zu sammeln, die andere ihnen zuwarfen. Fett werden sie dabei allerdings nicht, höchstens daß sie sich vor dem Hungertode retten. —

Arbeitslosigkeit.

In Bielefeld fand am Donnerstag eine von mehr als 900 Arbeitslosen besuchte Versammlung statt, die nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Severing eine Resolution annahm, in welcher der Magistrat der Stadt Bielefeld dringend ersucht wird, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu mindern, insbesondere durch die Vorbereitung und Inangriffnahme von Notstandsarbeiten (Bauten, Straßenanlagen und -verbesserungen) den Beschäftigungslosen Arbeit zu verschaffen. Die Versammlung hält ein Eingreifen der Stadtverwaltung für um so mehr geboten, als alle Anzeichen darauf hindeuten, daß eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den Wintermonaten durch die Vermehrung der Arbeitslosen aus den in den Bauberufen beschäftigten Arbeitern eintreten wird. Zurzeit sind in der Metallindustrie allein 1500 Arbeiter arbeitslos bezw. müssen ein bis vier Tage in der Woche feiern. Im ganzen dürften 2000 Personen von der Krise betroffen sein. Eine genaue Zählung wird am 12. d. M. vorgenommen. —

Schmerzlose Ohrfeigen.

Vor der Ferienstrafkammer des gemeinschaftlichen Landgerichts Gera hatte sich der 56 Jahre alte Kriminalwachtmeister Steudel wegen Vergehens gegen die §§ 340 und 223 zu verantworten. Steudel, der erst vor wenigen Wochen einem Arbeiter zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten verholfen hatte, hatte bei einer polizeilichen Vernehmung einem Angeschuldigten, der ihn beleidigt hatte, einen Schlag ins Gesicht versetzt, nach seiner eigenen und der Aussagen zweier als Zeugen geladener Schutzleute einen leichten Klapps, nach der eidlichen Aussage des Geschlagenen aber eine derartige Ohrfeige, daß er noch am anderen Tage Schmerzen hatte und nicht essen konnte. Nach dem Schlage hat Steudel die Vernehmung weiter fortgesetzt. Der Staatsanwalt hielt Körperverletzung in Ausübung des Amtes für vorliegend und beantragte unter Annahme mildernder Umstände — 30 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Der Angeklagte habe nicht den Willen gehabt, den betreffenden Angeschuldigten schmerzhaft zu verletzen und habe die ihm zugefügte Beleidigung auf der Stelle durch eine tätliche Beleidigung erwidert. Da aber kein Strafantrag wegen Beleidigung vorliege, sei das Verfahren einzustellen. Die Staatskasse habe die Kosten zu tragen.

Nach dieser juristischen Logik hätte somit auch ein Arrestant das Recht, eine beleidigende Bemerkung des Polizisten oder Gendarmen mit der sofortigen Verabreichung einer Ohrfeige auszugleichen. Raten möchten wir es freilich niemand, weil das Gericht schließlich wieder zu einer anderen Auffassung kommen könnte. Schmerzlose Ohrfeigen gab es bisher nur in der Spruchpraxis der Militärgerichte, jetzt teilt auch die Polizei schmerzlose Ohrfeigen aus. —

„Lizentiat Weber als Steuerreformer.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hat anfangs September in Kassel eine Sitzung abgehalten. Der „Evangelische Arbeiterbote", das Blatt des Gesamtverbandes, berichtet darüber u. a.: „Zu dem schriftlich vorliegenden Bericht gibt Pfarrer Weber vertrauliche Mitteilungen aus der Sitzung des Flottenvereins in Danzig, insbesondere über die Wahlangelegenheit des Vorsitzenden. Er spricht sich dann dafür aus, daß von seiten der evangelischen Arbeitervereine alles getan werde, um die deutsche Arbeiterschaft von der Notwendigkeit der indirekten Steuern zur Sanierung der Reichsfinanzen zu überzeugen."

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine gehört als korporatives Mitglied dem Flottenverein an; sein Vorsitzender, Lizentiat Weber, fehlt auf keiner Tagung des Flottenvereins, wo er dann die Sympathien seines Anhängerhäufleins für die „größere Flotte" überbringt. Pfarrer Weber, der Hans Dampf in allen Gassen, weiß, was er seinen Getreuen, deren Politik der Stumpfsinn ist, bieten kann. Deshalb braucht man sich nicht zu wundern, wenn er es jetzt unternimmt, den evangelischen Arbeitern einzureden, daß sie sich für die Erhöhung der indirekten Steuern, also für die Beraubung des eigenen Beutels, begeistern müssen. Zum Glück ist der Einfluß der Weberleute auf die deutsche Arbeiterschaft nicht groß genug, daß es ihnen gelingen könnte, allzu viele Arbeiter zu betölpeln. —

Rote Schleifen.

Bei einem Begräbnis in Lemsdorf bei Magdeburg wurden auch zwei Kränze mit roten Schleifen im Leichenzuge getragen. Vor dem Niederlegen der Kränze auf dem Grabhügel wurden jedoch die Schleifen entfernt. Ein Gendarmeriewachtmeister hatte aber trotzdem Anzeige erstattet, und einer der Kranzträger erhielt ein Strafmandat über 9 Mark wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung. Auf erhobenen Einspruch hin sprach das Schöffengericht Magdeburg den Angeklagten frei. Die betreffende Polizeiverordnung verbietet zwar das Anbringen roter Schleifen, aber nicht das Tragen von Kränzen mit roten Schleifen. —

Oesterreich.

Das österreichische für das ungarische Proletariat.

Budapest, 11. September. Eine gestern abend abgehaltene Konferenz der ungarischen sozialdemokratischen Partei beschloß, an der am 27. September in Wien stattfindenden von der österreichischen Sozialdemokratie einberufenen internationalen Konferenz, welche sie als einen erhebenden Akt der internationalen Solidarität betrachtet, teilzunehmen, um das österreichische Proletariat auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche durch die Fälschung der ungarischen Wahlreform der Demokratie, dem Arbeiterschutz und der sozialen Gesetzgebung der beiden Staaten der Monarchie drohen. —

Schweiz.

Ausdehnung der Proportionalwahl.

Basel, 8. September. (Eig. Ber.)

Die Basler Regierung hat abermals eine fortschrittliche Aktion eingeleitet. Sie hat dem Großen Rate eine Vorlage unterbreitet, durch die die gegenwärtig nur für die Großratswahlen bestehende Proportionalität auch auf den weiteren Bürgerrat und die evangelische Kirchensynode ausgedehnt werden soll. Namentlich erstere Behörde ist bisher fast ausschließlich eine Domäne des ärgsten Zopfbürgertums gewesen, in die unsere Partei trotz ihrer Stärke keinen Eingang finden konnte, obwohl sie die stärkste Partei im Kanton ist. Die Verwendung von gedruckten bezw. zu Hause ausgefüllten Stimmzetteln wird auch für die Wahl dieser Behörden zugelassen, dagegen die durch nichts gerechtfertigte Beschränkung für den zweiten Wahlgang beibehalten, die Stimmzettel erst im Wahllokal auszufüllen. Entweder lasse man auch für den zweiten Wahlgang gedruckte Stimmzettel zu oder man verlängere die Frist zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang von acht Tagen auf zwei oder drei Wochen und gestatte mindestens, daß der Stimmzettel zu Hause ausgefüllt werde. Es kann aber dieses zugelassen werden und ebenso die Verwendung gedruckter Stimmzettel neben der Verlängerung der Frist zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang. Mit der sonstigen fortschrittlichen Tendenz der Neuzeit verträgt sich die alte Engherzigkeit nicht gut. Ausgedehnt wird schließlich auch die Pflicht der Annahme der Wahl ins Wahlbureau auf sämtliche Stimmberechtigte, während sie heute nur für die Mitglieder des Großen Rates und die Gemeinderäte in den Landgemeinden besteht.

Schweden.

Der Zug nach links.

Stockholm, 10. Sept. (Eig. Ber.)

Durch die Neuwahlen, die noch bis Ende dieses Monats dauern, wird die zweite Kammer des Reichstags jedenfalls eine weit radikalere Zusammensetzung erhalten als bisher. Die wichtigste Tatsache, die jetzt, nachdem über die Hälfte der Abgeordneten schon gewählt sind, hervortritt, ist der mächtige Fortschritt der Sozialdemokratie. Sie hatte bisher nur 17 Vertreter unter den 230 Abgeordneten der Kammer, und von den 17 kamen auf die Kreise, die bis jetzt gewählt haben, nur vier. Nun sind diese vier Genossen nicht nur mit weit größerer Stimmenmehrheit wiedergewählt worden, sondern unsere Partei hat auch noch fünf neue Mandate hinzuerobert, so daß man jetzt bereits mit 22 sozialdemokratischen Abgeordneten rechnen kann. Ihre Zahl wird aber jedenfalls noch bedeutend wachsen, wenn erst Stockholm, Göteborg sowie Malmö und die Landschaft Schonen mit ihrer fast durchweg sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur Wahl kommen. Aber nicht nur die Sozialdemokratie, auch die Liberalen, die doch insoweit liberal und demokratisch sind, daß sie die von den Konservativen veranstaltete Hetze gegen die Sozialdemokratie nicht mitmachen, haben starke Fortschritte zu verzeichnen. Sie haben bereits 11 neue Mandate erobert und nur 2 verloren. In Kreisen, wo unsere Genossen aus eigener Kraft kein Mandat erobern können, unterstützen sie ehrlich liberale Kandidaten gegenüber den Konservativen, die in jeder Legislaturperiode von neuem den Versuch machen, die Arbeiterschaft durch schärfere Zwangsgesetze zu knebeln.

Frankreich.

Ein Schlag gegen das Koalitionsrecht.

Unsere Leser erinnern sich noch des etwa dreistündigen Streiks der Elektrizitätsarbeiter in Paris. Die Gewerkschaft hatte den Streik beschlossen, um ihren Lohnforderungen größeren Nachdruck zu geben. Von 6 bis 9 Uhr abends war Paris ohne elektrisches Licht. Dieser Streik hat nun ein bemerkenswertes Nachspiel gezeitigt. Der Sänger einer Musikhalle, deren Beleuchtung gleichfalls eingestellt war, haben gegen den Sekretär der Gewerkschaft, Pastaud, auf Schadenersatz geklagt und Pastaud wurde auch wirklich zum Schadenersatz von 8 Fr. verurteilt. Zwar mußte der Richter anerkennen, daß der Streik ein durchaus gesetzliches Mittel ist. Er fand aber, daß in diesem besonderen Falle der Streik keinem gewerkschaftlichem Bedürfnis entsprochen hätte, sondern nur einer Art Mobilisation der Arbeiter gedient und daher aus einer boshaften Absicht entsprungen sei. Dadurch aber habe sich Pastaud schuldig gemacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das unglaubliche Urteil, das den Entscheid über die Berechtigung eines Streiks in die Hände der bürgerlichen Justiz legen und damit das Koalitionsrecht illusorisch machen würde, von der Berufungsinstanz wird aufgehoben werden müssen. Aber es ist bezeichnend für die reaktionären Strömungen, die jetzt in Frankreich auch die Justiz erfaßt haben. —

Rußland.

Die Tolstoi-Feier.

Petersburg, 10. September. Das Befinden Tolstois ist heute gut. Der Dichter verlebte den Tag im Kreise seiner Familie und widmete sich literarischen Arbeiten. Aus allen Teilen der Welt treffen zahllose Huldigungstelegramme in Jasnaja Poljana ein, von denen der Jubilar tief gerührt ist. Die aus ganz Rußland, selbst aus den entferntesten Gegenden Sibiriens hier vorliegenden Meldungen bekunden, daß der Tolstoitag die gebildete Welt des Reiches in der Huldigung für den Dichter vereint. Infolge der polizeilichen Maßregeln beschränkt sich der äußere Ausdruck der Feier auf die Abhaltung geschlossener Festsitzungen, auf die Begründung literarischer Stiftungen und die Absendung von Gratulationsdepeschen. Vor allem sind Stadtbehörden, Universitäten, wissenschaftliche Institute und literarische Vereine an der Ehrung des Dichters beteiligt. Die ersten Schriftsteller Rußlands veröffentlichten in den Blättern Festartikel. Die Haltung der Behörden ist in den einzelnen Gouvernements verschieden und teilweise schwankend. So wurde in Simbirsk eine schon genehmigte Festaufführung in letzter Stunde verboten. —

Eingeäscherte Kasernen.

Plozk, 11. September. Die Kasernen des Ukrainischen Husaren-Regiments wurden durch innerhalb zweier Tage angelegte Brände nahezu zerstört. —

Persien.

Fortdauernde Kämpfe.

Taebris, 11. September. Von Ain ed Dauleh entsandte Reiter haben das auf dem Wege nach Dschulfa 20 Werst von hier entfernt liegende Dorf Savdan beschossen und niedergebrannt. Ain ed Dauleh hat gestern aus Teheran Verstärkungen von 3000 Mann aller Waffengattungen mit vier Feldgeschützen erhalten. Man erwartet einen Angriff auf die Stadt. —

Marokko.

Der Streit um die Anerkennung.

Die Erregung der französischen Presse über die Haltung der deutschen Regierung, die mit solch geräuschvollem Eifer sich auf die Seite Mulay Hafids gestellt hat, dauert an. Jedenfalls fügt die neuerliche Verschlechterung der deutschen und französischen Beziehungen dem deutschen Volke so große Nachteile zu, daß sie durch keine Erfolge, die die deutsche Diplomatie in Marokko erzielen könnte, aufgewogen werden. Der „Petit Parisien", der häufig die Ansichten der französischen Regierung wiedergibt, kann mit Recht die Frage aufwerfen, ob denn „das Problem des Azizismus oder des Hafidismus wirklich so wichtig sei, daß es zu endlosen diplomatischen Debatten auseinander gezerrt werden müsse und so eine ewige Störung guter internationaler Beziehungen bilde, die für die Friedensarbeit aller Völker notwendig seien".

In der „Humanité" tritt Jaurès mit gewohnter Entschiedenheit gegen jede Verschärfung des Konflikts auf und warnt die französische Regierung, zu harte Bedingungen für die Anerkennung Mulay Hafids zu stellen. Unterdessen ist die Uebereinstimmung zwischen der spanischen und der französischen Regierung über die an die Mächte zu richtende gemeinsame Note erfolgt. Die Mitteilung an die Mächte soll demnächst erfolgen. Es wäre dann Zeit, wenn dieser neueste diplomatische Kampf bald zum Abschluß käme.

Befürchtungen in Algier.

Paris, 11. September. Wie „Matin" aus Algier meldet, wurde in Rovigo durch eine Volkszählung unter den Eingeborenen die Befürchtung erweckt, daß Mannschaften zur Entsendung nach Marokko ausgehoben werden sollten. Dem Maire gelang es nur teilweise, die hiergegen protestierenden Leute zu beruhigen. Die Behörden von Algier haben energische Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. —

Amerika.

„Verfassungswidrig".

Vor kurzem gelangte ein Gesetz zur Annahme, daß den Eisenbahnen dadurch den Besitz von eigenen Bergwerken unmöglich machen wollte, daß der Transport von Kohle aus eigenen Minen ihnen untersagt wurde. Nun sind die Gerichte den Eisenbahngesellschaften zu Hilfe gekommen. Aus Philadelphia, 10. Septbr., wird telegraphiert:

Das Bundesgericht der Vereinigten Staaten erklärte die Hepburn-Klausel des Eisenbahngesetzes für verfassungswidrig, durch welche den Eisenbahnen der Transport von Kohle aus eigenen Minen aus einem Staate zu einem anderen, ausgenommen zu eigenem Gebrauch, verboten wird. Die Entscheidung betrifft Eisenbahnen, die über 60 Proz. der Kohlenlager Pennsylvaniens verfügen. Die Regierung wird gegen die Entscheidung Berufung einlegen.

Aus der Partei.

Am Ende ihres Lateins

scheint die „Münchener Post" in Sachen der Verteidigung der Budgetbewilligung zu sein. In einem „Die Budgetbewilligung" überschriebenen Leitartikel — dem dritten — vom Freitag, den 11. September, klammert sie sich in ihrer Hilflosigkeit an die Behauptung, daß die sozialdemokratische Fraktion in Berlin unter Führung des Genossen Singer den städtischen Etat bewilligt habe, und müht sich im Schweiße ihres Angesichts ab, den Nachweis zu liefern, daß dieser Etat seinem Charakter nach auch nicht anders als das bayerische Staatsbudget geartet sei. Hinkt dieser Vergleich an sich schon, so ist es um so unverständlicher, daß die „Münchener Post" geflissentlich unserer Feststellung aus dem Wege geht, daß die Behauptung von der Bewilligung des Haushaltungsetats der Stadt Berlin durch die sozialdemokratische Fraktion eine unwahre ist! Wir haben diese Tatsache wiederholt in unserem Blatte festgestellt. Aber was schert das die „Münchener Post". Diese Tatsachen passen ihr einfach nicht in den Kram, und so ignoriert sie sie einfach. Wie Vogel Strauß steckt sie den Kopf in den Sand und schreibt furchtlos darauf los. Es muß schlimm um eine Sache bestellt sein, wenn man zur konsequenten Entstellung seine Zuflucht nehmen muß.

Die Taktik im Wahlrechtskampfe.

Zu dem Vorschlage des Genossen Gradnauer, im Wahlrechtskampf für Preußen und Sachsen eine andere Taktik einzuschlagen, nimmt auch die „Chemnitzer Volksstimme" in scharf ablehnendem Sinne Stellung. Sie schreibt unter anderem:

„Wir sind im Gegensatz zu Gradnauer der Ueberzeugung, daß es eine politische Illusion ist, zu glauben, daß in Preußen und Sachsen, selbst dann, wenn wir „alles vermeiden", was dem Bürgertum die Anhängerschaft in der Wahlrechtsforderung erschwert, das Bürgertum weder fest in der Wahlrechtsfrage sein wird, noch „möglichst weit mit uns geht". Gradnauer selbst zeichnet den politischen Typ des Bürgertums, bei dem es gelang,

bei den Ueberrumpelungswahlen vom Januar 1907 „die Reichsfrage der Wahlreform durch nationalistische und reichsverbändlerische Wahlparolen zu übertönen. Prof. Delbrück, der bekannte freikonservative Publizist, hat einmal in den „Preußischen Jahrbüchern" ganz treffend ausgeführt, daß die Reaktion im Freisinn wachsen müsse. Die Masse des Mittelstandes und der Kleinbürger, die Börsenleute und freisinnigen Kapitalisten, seien geradezu Befürworter der immer reaktionärer werdenden Politik des Freisinns. Sie machten mit, was die Kopsch, Wiemer usw. entrieren. Hier berührt Delbrück die Kernfrage, von der aus die Haltung der bürgerlichen Parteien in der Wahlrechtsfrage beurteilt werden muß.

Sachsen, das allgemeiner und früher als Preußen die Klassengegensätze von moderner Industrie-Arbeiterschaft und modernen Großunternehmern gesehen hat, sah darum auch schneller als Preußen das machtvolle Anwachsen der wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen, die leidenschaftlichen politischen Kämpfe, sah zuerst den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratische Flut. Was Sachsens Sozialdemokratie jahrelang als selbstverständlich im politischen Kampfe hielt, die bürgerliche Koalition gegen uns hat für die Sozialdemokratie anderer Bundesstaaten 1903 im größeren Maße begonnen und ist 1907 allgemein durchgeführt worden. Je höher die wirtschaftliche Entwickelung eines Landes die wirtschaftlichen Gegensätze ausgereift, um so sicherer schwinden die sozialen Mittelschichten aus dem Wirtschaftsleben und damit die Zwischenparteien der bürgerlichen Opposition aus dem politischen Leben . . .

Wo sind in Preußen und in Sachsen die bürgerlichen Wahlrechtsparteien, die man nicht durch politische Taktlosigkeiten vor den Kopf stoßen darf? Vielleicht meint Gradnauer, daß „radikale Kraftworte" das Bürgertum abstoßen könnten. Abgesehen davon, daß es eine merkwürdige Sorte von Partei sein muß, die ihren prinzipiellen Kampf für das allgemeine Wahlrecht aufgibt oder modifiziert, weil die Methode der Agitation einer anderen Partei ihr nicht gefallen, so liegen doch die Dinge umgekehrt, als sie Gradnauer unserer Meinung nach beurteilt. Richtig ist schon, daß in der Mehrzahl der Parteizeitungen den pflaumenweichen Wahlrechtsdemagogen aus den liberalen Parteien und dem Zentrum massive Anklagen entgegengeschleudert wurden, aber diese Kraftworte sind nicht Ursache der bürgerlichen Retirade in der Wahlreform, sondern Wirkung. Weil diese bürgerlichen Wahlrechtsparteien um so feiger wurden, je energischer das Proletariat das Wahlrecht forderte, darum die massiven und berechtigten Anklagen gegen sie . . .

So richtig es ist, daß die Sozialdemokratie allein den Kampf um das Wahlrecht des Volkes führen muß, so sicher trifft dafür die Schuld jene bürgerlichen Parteien, die nur theoretisch für das allgemeine Wahlrecht, nicht aber für den Kampf um die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts zu haben sind. Und so wird, weil sie es muß, die Sozialdemokratie auch in Zukunft den Wahlrechtskampf allein führen."

Die Parteigenossen der Unterweserorte zur Budgetfrage.

Bremerhaven, 10. September. Die Parteiorganisationen für die Unterweserorte Bremerhaven, Lehe und Geestemünde befaßten sich in zwei Versammlungen am Sonnabend, den 5. und Mittwoch, den 9. September, mit dem Nürnberger Parteitag und insbesondere in erschöpfender, fast achtstündiger Debatte mit dem Verhalten der süddeutschen Genossen zur Budgetfrage. Von sämtlichen Rednern sprachen sich die meisten entschieden gegen ein Paktieren mit dem Gegenwartsstaat aus. Diese fand nur drei Verteidiger, die im wesentlichen der Entscheidung des Nürnberger Parteitages nicht vorgegriffen wissen wollten. Schließlich fand unter Ablehnung einer weitergehenden, schärferen Resolution gegen eine starke Minorität ein Antrag Annahme, der besagt:

„Die Versammlung steht nach wie vor auf dem Boden der Lübecker Resolution. Sie hält jedoch den letzten Absatz als irreführend für überflüssig und erwartet vom Nürnberger Parteitag, daß er Mittel finden wird, um den einmal gefaßten Beschlüssen auch dauernd Geltung zu verschaffen."

Die württembergischen Genossen zur Budgetbewilligung.

Ein klares Bild, wie sich die Mehrheit der Parteigenossen zur Budgetfrage stellt, läßt sich aus den bis jetzt vorliegenden Berichten nicht gewinnen. In Botnang wurde eine scharfe Resolution gegen die Budgetbewilliger angenommen, Vaihingen kann in der Abstimmung einen Verstoß gegen die Lübecker Resolution nicht erblicken. Die dort angenommene Resolution fährt fort: „Es ist anzunehmen, daß beide Fraktionen vor der Zustimmung ihre Gründe in Anbetracht der Verhältnisse reiflich erwogen, um hierüber Rechenschaft ablegen zu können. Eine Notwendigkeit, die Lübecker Resolution zu verschärfen, liegt nicht vor." Auch die Genossen in Hall sind der Meinung, der Lübecker Beschluß sei von den Abgeordneten respektiert worden. In Kornwestheim sprach sich die Mehrzahl der Redner gegen die Budgetbewilliger aus. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. In Schwenningen wurde nach reger Debatte mit schwacher Mehrheit ein Resolution angenommen, die ausspricht, daß die Versammlung in der Zustimmung zum Budget eine Verletzung festgelegter Parteigrundsätze und einen Verstoß gegen die Lübecker Parteitagsresolution nicht erblicken könne. All diesen Genossen, die noch immer der Meinung sind, die Budgetbewilligung verstoße nicht gegen die Lübecker Resolution, dürfte eine in Reutlingen mit 49 gegen 5 Stimmen angenommene Resolution die Augen öffnen. Referent war Landtagsabgeordneter Heymann. Die Resolution dürfte die Meinung des Referenten wiedergeben. Es heißt darin:

„In der Schlußabstimmung zum Etat liegt nicht der Ausdruck des Vertrauens zu den Personen, welche die jeweiligen Regierungen repräsentieren, vielmehr ist bei der Schlußabstimmung maßgebend, ob die Arbeiten der sozialdemokratischen Fraktion bei der Einzelberatung der Etats einen positiven oder negativen Erfolg zu verzeichnen hatten. Daraus ergibt sich, daß dem Verhalten bei der Schlußabstimmung keinerlei Prinzip zugrunde liegt, sondern zeitliche und örtliche Zweckmäßigkeitsgründe den Ausschlag zu geben haben. Ob diese örtlichen und zeitlichen Umstände in richtiger und dem Interesse der Partei dienender Weise gewürdigt worden sind, haben die Landesorganisationen zu entscheiden . . ."

Daß diese Resolution in diametralem Gegensatz zur Lübecker Resolution steht, wird von keinem Genossen, der die Lübecker Resolution kennt, ernstlich bestritten werden.

Totenliste der Partei. Am Donnerstagmorgen starb in Lübeck der Genosse Ad. Stoll im Alter von 59 Jahren. Bereits unter dem Schandgesetz entfaltete er, der von Beruf Tischler war, eine eifrige Tätigkeit für unsere Sache. Wie sehr der Verstorbene das Vertrauen der klassenbewußten Arbeiterschaft Lübecks besaß, ergibt sich daraus, daß ihm die Leitung der Genossenschaftsbäckerei anvertraut wurde, die unter seiner Direktion zu einem blühenden Unternehmen wurde. Ferner übertrug man dem Genossen Stoll später die Bewirtschaftung des stolzen Heims der Arbeiter, des prächtigen Vereinshauses, in dem seinerzeit der Parteitag tagte. 14 Jahre lang gehörte Stoll der örtlichen Parteileitung an, und seinem Wirken ist es mitzuverdanken, daß die Sozialdemokratie Lübecks zu ihrer gegenwärtigen Größe herangewachsen ist. Ehre seinem Andenken!

Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei in Biel veröffentlicht in der Parteipresse einen längeren Aufruf zu den Nationalratswahlen, die am 25. Oktober stattfinden. Sie fordert zunächst die Genossen auf, womöglich in allen Wahlkreisen sozialdemokratische Kandidaten aufzustellen und erinnert sodann daran, daß unsere Partei vor drei Jahren in 24 Wahlkreisen auf 37 Kandidaten 65 000 Stimmen vereinigte, aber nur zwei Mandate eroberte, so daß den bürgerlichen Parteien 165 Mandate verblieben. Ein gemeiner, nach dem Muster des deutschen Reichslügenverbandes von den bürgerlichen Parteien geführter Wahlkampf hatte den Raub von vier sozialdemokratischen Mandaten und so die Entrechtung der Arbeiterschaft zur Folge. In einem Rückblick auf die verflossene dreijährige Amtsperiode des Nationalrates wird konstatiert, daß er auf sozialem Gebiete für die Arbeiter gar nichts geleistet, dagegen die Reaktion gefördert und gestärkt hat. Der Aufruf schließt:

„Protestieren wir am 25. Oktober zugleich durch unsere Stimmabgabe gegen alle Willkür und Bevormundung, welcher wir in der heutigen Gesellschaft ausgesetzt sind. Jede Stimme für einen sozialdemokratischen Kandidaten ist ein Stein für unser Zukunftsgebäude des Sozialismus, eine Bresche ins verlotterte Mauerwerk des kapitalistischen Klassenstaates.

Das besitzlose Volk eilt am 25. Oktober überall zur Urne für die Kandidaten der Arbeiterschaft unter dem Rufe:

Gesetzlichen Schutz und Schirm dem Volke der Arbeit!
Hilfe für die Opfer des Kapitalismus!
Strafe für die Zertreter des Vereinsrechtes!
Nieder mit der Ausnahmegesetzgebung!
Es lebe die Sozialdemokratie!"

Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich beruft auf den 27. September den kantonalen Parteitag nach Horgen ein. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Wiedererwägung des früheren Parteitagsbeschlusses betreffend Aufstellung voller sozialdemokratischer Listen in allen vier Nationalratswahlkreisen des Kantons Zürich, Ständeratswahl, Einführung des proportionalen Wahlsystems im Kanton Zürich.

Eine sozialdemokratische Rütlifahrt veranstalteten am letzten Sonntag unsere Genossen der Urschweiz. Es war eine machtvolle Kundgebung von 1500 Teilnehmern, an die die Genossen Greulich und Albisser Ansprachen hielten. Musik- und Gesangsvorträge sorgten für den gemütlichen Teil der Zusammenkunft.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gewerkschaftliches Jubiläum.

Das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens feiert heute abend in den Räumen der Brauerei Friedrichshain der Verein Berliner Hausdiener, der jetzt eine Sektion des Transportarbeiterverbandes ist. Für die ernsthafte Feier ist ein würdiges Programm vorgesehen, das allein schon zeigt, wie kulturfördernd die moderne Arbeiterbewegung auf das bildungshungrige Proletariat einzuwirken vermochte. Eine schön ausgestattete Festschrift gibt den Besuchern des Festes außerdem einen Einblick in die Geschichte der Organisation.

50 Pfennig für eine wertlose Sache.

Es ist bekannt, daß die gelbe Unternehmerschutztruppe nicht eigener Kraft, sondern der Protektion durch die Unternehmer und der Ausnutzung der wirtschaftlichen Not der Arbeiter ihre Existenz verdankt. Durch welche Mittel die Gelben ihre Mitglieder „gewinnen", das lehrt ein Beispiel, welches uns folgendermaßen mitgeteilt wird:

Ein Schlosser hatte nach langer Arbeitslosigkeit in der Berliner Motorfabrik zu Reinickendorf eine Arbeitsstelle gefunden. Ehe er dieselbe antrat, mußte er, wie es im Bunde der Kühnemänner üblich ist, deren Kontrollbureau in der Gartenstraße aufsuchen, um sich dort den Arbeitsschein, d. h. die Berechtigung, die selbst gesuchte Arbeit antreten zu dürfen, erteilen lassen. Aber damit nicht genug. In der Berliner Motorfabrik wurde außerdem dem Schlosser L. aufgegeben, sich auch in der Chausseestraße, im Bureau der Gelben, vorzustellen. Dies Verlangen machte den Schlosser bedenklich, denn mit der gelben Garde wollte er nichts zu tun haben. Als er seinen „Arbeitsschein" in der Gartenstraße erhalten hatte, fragte er daselbst, d. h. auf dem Bureau des Verbandes der Metallindustriellen, an, ob er denn nun auch nach der Chausseestraße — nach den Gelben — gehen müsse? L. erhielt die Antwort: „Ja, da müssen Sie auch hin." — Gern hätte L. diesen Gang unterlassen, aber es war ja die Vorbedingung für den Antritt der Arbeit, und L. war lange arbeitslos. Er entschloß sich also zu dem schweren Gang und dachte, wenigstens könne er ja mal sehen, was man in der Chausseestraße von ihm verlange. Ohne ihn weiter zu fragen, legte man dort dem L. einen Schein vor, der die symbolische gelbe Farbe trug, forderte ihn zur Unterschrift und zur Bezahlung von 50 Pf. Eintrittsgeld auf. Als L. bemerkte, er besitze keine 50 Pf. mehr, erteilte ihm der Angestellte der Gelben einen im derben Unteroffizierston gehaltenen Anschnauzer, weil er nicht gleich gesagt habe, daß er kein Geld besitze. Man hätte ihm dann keinen gelben; sondern einen anderen Schein ausgestellt und ihm würden dann die 50 Pf. in der Fabrik bei Auszahlung des Lohnes abgezogen werden. L. erhielt nun einen anderen Schein, unterschrieb ihn, und ging von dannen. Bei näherem Zusehen stellte sich heraus, daß L. durch seine Unterschrift Aufnahme in den gelben Verband bewirkt hatte. Aber die neue Kameradschaft wollte dem L. nicht behagen. Lieber wollte er auf die Arbeit verzichten und weiter bummeln, als sich den Gelben verschreiben. L. schickte also den Schein an das Bureau der Gelben zurück und trat die Arbeit nicht an.

Wenn schon, wie es oft geschieht, die Anwendung durchaus statthafter Propagandamittel der freien Gewerkschaften von den Gegnern als Terrorismus bezeichnet wird, wie soll man denn erst das Treiben der Gelben und ihrer Protektoren nennen? Der Unternehmer zwingt den Arbeiter, der Beschäftigung bei ihm sucht, dem Bund der Gelben beizutreten. Der Unternehmerverband billigt und unterstützt anscheinend dies Treiben, und die Führer der Gelben schämen sich nicht, die Arbeiter aufzunehmen, die ihnen wider Willen zugetrieben werden, und sich wohl meist nur unter dem Druck schwerster wirtschaftlicher Not diesen Leuten zutreiben lassen und ihre Groschen in deren Kasse zahlen. Freilich, aus Neigung oder gar aus Ueberzeugung würde sich kaum eine Handvoll Arbeiter um das gelbe Banner scharen. Nur durch Terrorismus der schlimmsten Art können die Gelben ihre Reihen mehren und ihre Kassen füllen.

Schmiede und Metallarbeiter.

Die Filiale Berlin des Zentralverbandes der Schmiede hielt am 10. September bei Dräsel eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, um Stellung zu einer Bekanntmachung des Verbandsvorstandes zu nehmen, die in Nr. 33 der „Schmiedezeitung" erschienen ist und das Ergebnis von Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband enthält. Diese Bekanntmachung hat in den Kreisen der Mitglieder große Aufregung hervorgerufen, weil man in dem Verhalten des Verbandsvorstandes einen schweren Verstoß gegen den Beschluß der Verbandsgeneralversammlung in der Verschmelzungsfrage erblickt. Die Generalversammlung des Schmiedeverbandes, die Ende Mai in Dresden stattfand, hatte einen Antrag auf Anbahnung einer Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband abgelehnt mit 32 gegen nur 6 Stimmen. Die eifrigsten Vertreter des Antrages waren die Hamburger Delegierten, und in Hamburg machte sich dann auch eine starker Unwille gegen den Beschluß der Generalversammlung geltend. Es kam so weit, daß diese Zahlstelle nun eigenmächtig mit 542 gegen 432 Stimmen den Uebertritt zum Metallarbeiterverband beschloß. Der Verbandsvorstand, der in Hamburg seinen Sitz hat, hatte alles aufgeboten, um dort den Mitgliedern klarzumachen, daß sie sich der Entscheidung des Verbandstages zu fügen hätten, konnte jedoch den Beschluß nicht verhindern. Um nun doch noch Ordnung in die Angelegenheit zu bringen und dem Verlust einer so großen Anzahl von Mitgliedern vorzubeugen, nahm der Verbandsvorstand Rücksprache mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes. Das Ergebnis war eine Erklärung, die besagt, daß der Metallarbeiterverband den korporativen Uebertritt sowie den Uebertritt großer Gruppen von Mitgliedern der Zahlstelle Hamburg des Schmiedeverbandes ablehnt, den Mitgliedern vielmehr empfiehlt, in ihrer Organisation zu bleiben, und daß Einzelübertritte innerhalb eines Vierteljahres, nämlich bis zum 1. November 1908, vom Metallarbeiterverband ebenfalls abgelehnt werden; ferner, daß der Verbandsvorstand der Schmiede sich verpflichtet, mit dem der Metallarbeiter in unverbindliche Verhandlungen über die Vereinigung beider Verbände einzutreten und dann in der nächsten Verbandsgeneralversammlung darüber zu berichten. In Hamburg hatten diese Vereinbarungen das Gute zur Folge, daß die Zahlstelle nun beschloß, bis zur nächsten Generalversammlung, die über zwei Jahre stattfindet, unbedingt im Schmiedeverband zu bleiben. Die entschiedenen Gegner der Verschmelzung verurteilen jedoch das Verhalten des Verbandsvorstandes, und diese Tatsache trat auch in der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Berliner Zahlstelle zutage. Der Referent Hentschel legte der Versammlung eine Resolution vor, die das Vorgehen des Verbandsvorstandes entschieden verurteilt, in der ferner die Meinung ausgesprochen wird, daß die Abmachungen ungültig sind, und schließlich die Einberufung einer außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung zur Erörterung der Angelegenheit verlangt wird. Der Verbandsvorsitzende Lange, der in der Versammlung anwesend war, verteidigte die Haltung des Verbandsvorstandes und legte ausführlich dar, welche Gründe dabei maßgebend waren. Es folgte eine lebhafte Diskussion, und sie endete damit, daß die vorgelegte Resolution angenommen wurde, und zwar in ihren ersten Sätzen, die das Vorgehen des Verbandsvorstandes verurteilen, gegen drei Stimmen und, soweit die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung in Frage kommt, mit 65 gegen 43 Stimmen.

Hierauf berichtete Schlinsky über den Kampf im Rohrlegergewerbe, an dem auch 14 Mitglieder des Schmiedeverbandes beteiligt sind. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 10. September 1908 in Dräsels Festsälen tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin nimmt Kenntnis von dem Kampf im Rohrlegergewerbe.

Sie spricht den Streikenden ihre vollste Sympathie aus und verpflichtet sich, die um ihre Menschenrechte kämpfenden Arbeitsbrüder nach Kräften zu unterstützen.

Die Versammlung verurteilt auf das schärfste den Verrat des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes, und spricht jenen Personen, welche sich zu Arbeitswilligen degradieren ließen, ihre tiefste Verachtung aus.

Die Versammelten verpflichten sich, die Oeffentlichkeit über das gemeingefährliche Treiben dieser Schädlinge der Arbeiterbewegung aufzuklären und für genügende Kennzeichnung jener Personen zu sorgen, welche den Verrat schon vor langer Zeit vorbereiteten."

Ausland.

Der Trade-Unionskongreß.

London, 9. September. Die heutige Sitzung war zwei Gegenständen gewidmet: der Resolution betreffend das

Verbot der Ausfuhr britischer Streikbrecher,

dann einer Darlegung des Verhältnisses zwischen den Trade-Unions und der Arbeiterpartei. Zur ersteren Resolution sprach Sexton, der Delegierte der Liverpooler Dockarbeiter. Er verlangte von der Regierung die Anwendung der Foreign Enlistments Act auf die Ausfuhr britischer Streikbrecher: ebenso wie es Briten verboten ist, während eines Krieges im Auslande sich von einer der kriegführenden Parteien anwerben zu lassen, so soll es auch strafbar sein, während eines ausländischen Streiks britische Arbeiter nach dem Streikgebiete auszuführen. Durch die Vorgänge der letzten Jahre gewöhnte man sich im Auslande, Großbritannien als Streikbrecherland zu betrachten. Der gute Name des britischen Gewerkschaftswesens habe dadurch einen Schaden erlitten, der nicht wieder gut zu machen ist. Aber die Streikbrecher seien nicht so stark zu verurteilen wie das System, das sie erzeugt. Nachdem mehrere Redner im selben Sinne gesprochen hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Ueber das Verhältnis zwischen den Trade-Unions und der Arbeiterpartei sprach der Arbeiterabgeordnete Henderson. Er sagte, das Verhältnis lasse nichts zu wünschen übrig. Die Arbeiterpartei überzeuge sich immer mehr, daß die Trade-Unions das Rückgrat der Arbeiterbewegung bilden. Dies sei besonders hervorzuheben, da ein Teil der Presse große Anstrengungen mache, die beiden Zweige der Arbeiterbewegung voneinander zu trennen. Man wolle den Trade-Unions einreden, daß die Sozialisten sie gefangengenommen hätten und deshalb großen Gefahren entgegengingen. Aber man merke die Absicht und weise dieses Gerede ab. Die Arbeiterpartei habe keinen anderen Wunsch und keine andere Politik, als den Arbeitern zu dienen. Im Geiste dieser Politik wirke sie unausgesetzt, deshalb wachse die Arbeiterpartei. Ihre Fortschritte seien ununterbrochen. Beim Abschlusse des ersten Jahres ihres Bestandes zählte sie 375 000 Mitglieder, jetzt 1 072 000. Und im Unterhause habe sie auch die rein gewerkschaftlichen Abgeordneten für ein harmonisches Zusammenwirken in allen Arbeiterfragen gewonnen. Man versucht Euch zu schrecken mit der sozialistischen Resolution, die auf dem letzten Kongreß der Arbeiterpartei in Hull angenommen wurde. Aber auch in diesem Punkte habe die Arbeiterpartei nur das getan, was die Trade-Unionskongresse so oft getan haben.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg. Montag, den 14. September, abends ½9 Uhr, bei Ertelt, Pfarrstr. 74 (früher Pühl): Mitgliederversammlung des Wahlvereins, Abteilung der Frauen. Vortrag: „Das Bildungswesen und die Frau". Referentin: Genossin Mirus. Bericht von der Kreisversammlung.

Weißensee. Montag, 14. September: Mitgliederversammlung bei Herrn Roßkopf, König-Chaussee 38. Vortrag von Gen. Altmann: „Die neue Frau". — Nur Mitglieder haben Zutritt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstagsnachwahl in Wolfenbüttel-Helmstedt.

Braunschweig, 11. September. (W. T. B.) Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im zweiten braunschweigischen Wahlkreise wurden bis 9 Uhr abends gezählt: für Kleye (verein. nationale Parteien) 3124, für Dedekind (Welfe) 1976, für **Ricke (Soz.) 2223** Stimmen. Wahrscheinlich hat **Stichwahl zwischen Kleye und Ricke stattzufinden.**

Braunschweig, 11. September. (W. T. B.) Bis 10¾ Uhr waren gezählt für Kleye (Vereinigte nationale Parteien) 10 318, für Dedekind (Welfe) 5660 und für **Ricke (Soz.) 6333 Stimmen.** Das Ergebnis aus einigen kleinen Orten steht noch aus, doch ist **Stichwahl zwischen Kleye und Ricke sicher.**

Die Nationalliberalen, die seit 1893 das Mandat besitzen, behaupteten bei der Hottentottenwahl das Mandat mit 14 122 Stimmen. Unsere Genossen brachten 7998 Stimmen auf und die Welfen vereinigten auf ihren Kandidaten 4878 Stimmen.

Giftige Pilze.

Frankfurt a. M., 11. September. (W. H.) In Sprendlingen ist die Familie Staar, bestehend aus **drei Kindern, Vater und Großvater,** nach dem Genuß von Pilzen, die Staar im Walde gesammelt hatte, **schwer erkrankt.**

Schiffskatastrophe.

Rio de Janeiro, 11. September. Nach Blättermeldungen ist der englische Dampfer „Spartian Prince" nach einem Zusammenstoß an der Küste von Ceara gesunken. **Vierzehn Matrosen werden vermißt.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung

5. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands.

Nürnberg, den 11. September 1908.

Unter zahlreicher Beteiligung trat heute die 5. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands in der „Goldenen Rose" zusammen. Um ½10 Uhr eröffnete die Zentralvertrauensperson Genossin Baader die Verhandlungen und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Die Zahl der Delegierten ist bedeutend größer als bei der vergangenen Konferenz. Wir sehen viele neue Gesichter, viele, die herangereift sind zu tüchtigen Parteigenossinnen. Aber manche liebe Genossin fehlt, so die Genossin Kolditz aus Chemnitz, unsere liebe Mutter Ebel aus Hamburg, die Genossin Mahn aus Magdeburg und manche andere. (Zu Ehren der Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.) Unsere diesmalige Konferenz hat eine wichtige, wenn auch nicht sehr umfangreiche Tagesordnung. Wir werden diesmal nicht nur über unsere Tätigkeit in den letzten zwei Jahren Rechenschaft abzulegen haben, sondern wir müssen auch zu der durch das neue Vereinsgesetz ermöglichten Neuorganisation der Genossinnen Deutschlands Stellung nehmen. Wir müssen weiter die Frage der Kindererziehung verhandeln, die für uns doppelt wichtig ist, weil das neue Vereinsgesetz die Jugend entrechtet hat und wir dafür sorgen müssen, daß die Jugend in sozialistischem Sinne erzogen wird. Ich hoffe, daß unsere Konferenz fruchtbringende Arbeit leisten wird. — Rednerin begrüßt hierauf die beiden anwesenden österreichischen Gäste, die Genossinnen Popp und Pölzer.

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden die Genossinnen Zetkin-Stuttgart und Ziez-Hamburg gewählt.

Nachdem das Bureau konstituiert ist, übernahm Genossin Ziez mit Worten des Dankes den Vorsitz und begrüßt nochmals die beiden österreichischen Genossinnen. (Bravo!)

Genossin Gründberg-Nürnberg begrüßt die Konferenz im Auftrage der Nürnberger Genossinnen. Nürnberg, die schöne alte Pegnitzstadt, mit ihrer stolzen Parteigeschichte von nunmehr 40 Jahren, kann leider nicht von einer alten sozialistischen Frauenorganisation reden. Die Vereinsgesetze haben es verhindert, daß die Genossinnen in früheren Jahren sich der Partei anschlossen. Immerhin beschäftigte man sich hier schon 1875 mit dem Gedanken, die Frauen zu organisieren. Und daß sich auch die Genossinnen schon damals an der Mitarbeit beteiligten, beweist die Tatsache, daß einige von ihnen während des Sozialistengesetzes in Anklagezustand versetzt wurden. 1889 setzte in der Nähe der Stadt Fürth eine Arbeiterinnenbewegung ein und 1891 in Nürnberg. Die erste Versammlung verfiel damals der polizeilichen Auflösung, aber 1892 wurde ein Frauen- und Mädchenbildungsverein nach Berliner Muster begründet. Er wurde auch aufgelöst und 60 Frauen bekamen damals ein Strafmandat. Jede Organisation der sozialistischen Frauen wurde im Keime erstickt und erst 1906 setzte eine erfolgreiche Frauenbewegung ein, die es bis jetzt auf 450 Mitglieder gebracht hat. Neben ihr wurde die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen gefördert. Grillenberger und Segitz haben hier besondere Verdienste. 1904 waren 1584 Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. 1905 wurde in meiner Person eine Sekretärin angestellt, um die Agitation unter den Arbeiterinnen einheitlich zu regeln. Ende 1907 war die Zahl der organisierten Arbeiterinnen auf 5234 gestiegen. Im letzten Jahre gelang es auch hier eine moderne Dienstbotenbewegung zu schaffen. Selbstverständlich haben wir in Nürnberg noch ungeheuere Arbeit zu tun. Die Gemeindeverwaltung in Nürnberg ist noch sehr rückständig. An der Tagesordnung der Konferenz interessiert namentlich die Kindererziehung. Tausende von Müttern, die ihrem Verdienst nachgehen müssen, sind ihrem Hause entfremdet. Wenn die Konferenz einen Weg findet, daß die Frauen trotzdem einen erzieherischen Einfluß auf ihre Kinder ausüben können, würden wir es lebhaft begrüßen. — Genosse Haugenstein übermittelt der Konferenz die Grüße des sozialdemokratischen Wahlvereins Nürnberg und des Gauvorstandes Nordbayern. — Genossin Pölzer: Bei Ihnen sind jetzt die Schranken des Vereinsgesetzes gefallen. Wir in Oesterreich haben noch daran zu kämpfen. Darum werden wir aus Ihren Beratungen sehr viel lernen können. Besonderes Interesse bringen wir der Frage, die Sie behandeln werden, entgegen, wie die Erziehung der Jugend im Hause erfolgreich gestaltet werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein. Sie lautet:

1. Bericht der Zentralvertrauensperson:
   a) Agitation, b) Presse. Referentin: Genossin Baader.
2. Die Neuorganisation der Genossinnen. Referentin: Genossin Ziez (Hamburg).
3. Die sozialistische Erziehung der Jugend.
   a) Die Erziehung im Hause. Referentin: Genossin Duncker.
   b) Die Jugendorganisation. Referentin: Genossin Zetkin.
4. Verschiedene Anträge.

Bericht der Zentralvertrauensperson

Genossin Baader: Eine große Reihe von Aufgaben hat uns die Frauenkonferenz in Mannheim gestellt. Wir sollten für den Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen sorgen, für den Kinderschutz agitieren und die Aufklärung unter die Dienstboten tragen. Wir hatten gewiß alle den Wunsch, sofort mit diesen Arbeiten zu beginnen, aber die Auflösung des Reichstages kam uns dazwischen. Freilich gab uns diese Auflösung die beste Gelegenheit zu erhöhter Agitation. Tausende von Frauen sind aufgerüttelt worden, und wenn unsere Frauenkonferenz heute so gut besucht ist, dann ist das auch eine Wirkung dieser Agitation. Die Frauen sind lebendig geworden, der Geist des Widerstandes gegen die Unterdrücker ist in ihnen erwacht, und wenn die Frauen auch viele Eigenschaften haben, die unserer Bewegung nicht gut sind, so haben sie doch eine, die uns sehr willkommen ist: Hartnäckig und energisch halten sie an dem fest, was sie einmal ergriffen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben bei den Wahlen zwar weniger Abgeordnete bekommen, aber dafür mehr Agitatoren gewonnen, und die Erfolge haben gezeigt, daß wir auf dem rechten Wege sind. In den größeren Städten haben wir versucht, eine Dienstbotenbewegung ins Leben zu rufen. Das ist uns auch gelungen. 1907 waren in ganz Deutschland nur 5000 organisierte Dienstboten. Seitdem ist ihre Zahl bedeutend gestiegen und in Hamburg allein gibt es jetzt bereits über 4000 organisierte Dienstboten. In vielen Fällen ist es uns gelungen, das Los der einzelnen Dienstboten zu bessern und ihnen der Herrschaft gegenüber das Rückgrat zu steifen. Wir haben weiters für den Wöchnerinnen- und Kinderschutz agitiert und für die Verkürzung der Arbeitszeit. Besonders eifrig war unsere Agitation bei den Reichstagswahlen. Wir haben ein Flugblatt in einer Auflage von einer Million Exemplaren verbreitet, in dem wir darlegten, welch großes Interesse die Frauen gerade an diesen Reichstagswahlen haben. Unsere Agitation hat sich so vermehrt, daß häufig ein Mangel an Rednerinnen herrschte. Wir haben überdies das System der Rede- und Diskussionsabende ausgebaut und damit aus scheuen und gedrückten Frauen, die sich nicht trauten, ein Wort laut zu sprechen, vielfach tüchtige Agitatorinnen herangebildet. Diesen Diskussionsabenden ist es auch zu danken, daß unsere Parteiliteratur jetzt bedeutend mehr gelesen wird als früher. Uns kommt es vor allem darauf an, die Köpfe zu revolutionieren. Die Frau soll wissen, was der Sozialismus will. Die Polizei hat denn auch diesen Bildungsabenden volle Aufmerksamkeit geschenkt und sie mit der Begründung schikaniert, es seien politische Vereinsabende. So ganz unrecht hatte sie damit nicht. (Heiterkeit.) Da man aber Ideen nicht totschießen kann, so erreichte die Polizei nur, daß die Genossinnen sich um so enger zusammenschlossen. Jetzt sind wir durch das neue Reichsvereinsgesetz in Vereinsangelegenheiten von allen Hindernissen befreit und den Männern gleichgestellt worden. Ich habe ja leider keinen Mann (Heiterkeit), aber Sie dürfen jetzt mit Ihren lieben Männern in die politischen Vereine und Versammlungen Arm in Arm gehen. (Heiterkeit.) Unsere Kassenverhältnisse haben erfreuliche Fortschritte gemacht. Es muß das Persönlichkeitsbewußtsein in der proletarischen Frau beben, daß sie selbst die Mittel für die Bewegung aufgebracht hat und daß, obwohl die Frauenlöhne niedriger sind als die der Männer und obwohl die Pfennige von den ohnehin schon geringen Wirtschaftsgeldern abgeknapst werden müssen. Die Rednerin erinnert an die erfolgreiche Tagung der ersten Internationalen Frauenkonferenz, deren wichtigste Tat die Errichtung einer internationalen Zentralstelle war. Sie wies ferner auf die hervorragende Tätigkeit hin, die die Frauen an der letzten preußischen Landtagswahl entfaltet haben. Hier konnten sie einmal zeigen, wie sie den preußischen Staat hassen. Sie haben sich nicht nur auf die Agitaktion beschränkt, sondern haben den kleinen Geschäftsleuten, die von den Arbeitergroschen leben, auf den Zahn gefühlt und sie gefragt, wem sie ihre Stimmen geben wollten. Sagten sie, wir wollen für die Gegner der Sozialdemokratie stimmen, dann war die Antwort: Gut, dann seid Ihr unsere Feinde und wir werden die Kundschaft eines anderen. Unser heutiger Staat terrorisiert fortgesetzt das Proletariat. Die öffentliche Stimmenabgabe macht es tausenden Arbeitern unmöglich, so zu wählen, wie sie wählen möchten. Das Unternehmertum bedroht sozialdemokratische Arbeiter mit Entlassung. Da haben wir gemeint, auch einmal den Terrorismus predigen zu dürfen. (Sehr richtig!) In einem Zirkular habe ich den Genossinnen mitgeteilt, daß wir die Mittel, die die herrschende Gesellschaft gegen uns anwendet, auch einmal gegen die herrschende Gesellschaft anwenden müssen. Die herrschende Gesellschaft hat natürlich über unseren Terrorismus Zeter und Mordio geschrien. Ein bürgerliches Blatt hat denn mein vertrauliches Zirkular in die Hände bekommen, um daraufhin kräftig auf mich loszuschlagen. Ich habe mich gefreut, als ich das las, denn ich sagte mir, unser Terrorismus ist eine Waffe der Notwehr, die wir ein nächstes Mal noch energischer gebrauchen wollen. (Lebhafter Beifall.) Nötig ist es, daß wir zu diesem Zweck die Hausfrauen aufklären. Glücklicherweise sind unsere Frauen ja in keiner Weise furchtsam. Ich erinnere nur an den Jandorfschen Boykottkampf, wo sie sich durch die Polizei in keiner Weise einschüchtern ließen. Die Entwickelung hat es von neuem bestätigt: es gibt nur ein hüben und drüben, nur der Sozialismus kann die Arbeiterschaft von allem geistigen und materiellen Elend erlösen. Er wird die Finsternis überwinden und auch diejenigen zu sich herüberziehen, die heute noch im Banne der Kirche stehen. Wir haben mit dem Himmel nichts zu tun, wir wollen uns vielmehr die Erde gut und schön gestalten. Wir wollen das Göttliche im Menschen wecken, wir wollen jedem den größtmöglichen Anteil an der Kultur verschaffen. Werben wir deshalb für den Sozialismus, dann ist unser die Welt. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte werden die Themata „Agitation und Presse" getrennt behandelt.

Genossin Köhler-Düsseldorf: Trotz der Schwierigkeit der Aufklärungstätigkeit bei den Frauen, sind in den letzten Jahren recht große Erfolge zu verzeichnen. Gegen die „schwarze Garde" müssen wir einen schweren Kampf führen. Ich war auf dem Katholikentage, da hat Professor Zahn gesagt, daß der Sozialismus unter den Frauen verhetzend wirke und den Unglauben in jedes Heim trage. Er meinte, es sei ein Skandal, daß man Frauen in das öffentliche Leben hinausdränge. (Hört! hört!) Auch gegen das politische Wahlrecht der Frauen im Anschluß an einen Antrag des Zentralwahlkomitees der Katholiken Deutschlands, wonach in Zukunft den Frauen die vollberechtigte Teilnahme an den Zentrumsparaden ermöglicht werden sollte, sprach man sich aus. Als eine Frau den Mut hatte, das Wort zu verlangen, geriet das Bureau förmlich aus dem Häuschen über diese Frechheit. Graf Praschma gab ihr auch das Wort, indem er aber betonte, daß er eine Ausnahme mache. Die Rednerin befaßte sich mit der Herstellung kirchlicher Gewänder und bat nur, daß man dem Ausbau der kirchlichen Kunst größere Aufmerksamkeit schenken möge. (Große Heiterkeit.) — Dr. Pieper aus M.-Gladbach tritt für die Gründung katholischer Dienstbotenvereine ein. Natürlich wollten darin die Herrschaften den Vorsitz führen und die Berechtigung der Forderungen, welche die Dienstboten stellen, prüfen, um auf diese Weise der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Gleichberechtigung im politischen Leben hätten die Frauen nicht zu verlangen, sie hätten sich hauptsächlich in der christlichen Charitas zu betätigen. Wir müssen alles tun, um gegen die Verblödung durch die katholische Kirche aufzutreten. Haben doch Frauen ihre Männer mit Schmutz beworfen, weil sie sozialdemokratisch gewählt haben, sind doch Frauen auf offener Straße auf die Knie gefallen, um ihrem Herrgott zu danken, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen nicht gesiegt haben. Deshalb noch einmal: Wir haben alle Energie aufzuwenden, um die Jugend aus den schwarzen Banden zu erlösen und der Sozialdemokratie zuzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Greifenberg (Augsburg): Auch in Bayern versucht man, die Frauen im Bann der Kirche zu halten, und unter polizeilichen Eingriffen hat auch die bayerische Frauenbewegung zu leiden. Das alte Vereinsgesetz wurde sehr schikanös gegen uns Frauen gehandhabt. Trotzdem hat unsere Bewegung ganz hübsche Erfolge gemacht. Eine im Vorjahre abgehaltene Konferenz hat bewiesen, daß wir eine große Menge in der Kleinarbeit tätiger Genossinnen haben. 1322 Frauen haben sich in Bayern als Sozialdemokratinnen dadurch legitimiert, daß sie monatlich einen Beitrag von 10 Pf. zahlen. Die von uns veranstalteten Diskussionsabende sind gut besucht und tragen auch schöne Früchte. Fast in jeder politischen Versammlung ergreift jetzt auch eine Frau das Wort, und

Kleines Feuilleton.

Anatole France über Tolstoi. Zur selben Zeit, da die russische Henkersregierung, die entwürdigte russische Kirche und die terroristischen Ordnungsmänner ihren größten Dichter und Apostel schmähen und mit ihrem lächerlichen Banne belegen, hat Anatole France, als berufener Vertreter europäischen Schrifttums, Tolstoi in der „Humanité" diese tiefempfundene Ehrung bereitet:

„Laßt uns in Tolstoi den erhabensten und großen Gedanken begrüßen, der sich heute über die Menschheit erhebt. Ein epischer Romantiker, ist Tolstoi unser aller Lehrer durch die Beobachtung der Wesen sowohl in den äußeren Zeichen, die sie von ihrer Natur kundgeben, als in dem, was sie verborgen halten. Er ist unser Meister durch die Fülle und die Kraft der Schöpfung, die sein Werk beseelt; er ist unser Lehrer durch die unfehlbare Wahl der Umstände, die geeignet sind, dem Leser das Gefühl des Lebens in seiner unendlichen Kompliziertheit zu geben. Und die Spuren seines Genies finden sich in den Werken aller Abschnitte seiner Tätigkeit.

Tolstoi ist für uns auch ein unerreichbares Muster geistigen Adels, des Mutes und der Großmut. Mit heroischer Seelenruhe und furchtbarer Sanftheit hat er die Verbrechen einer Gesellschaft denunziert, die von den Gesetzen nichts als die Gutheißung ihrer Ungerechtigkeiten und Gewalttaten verlangt. Darin gerade ist Tolstoi einer der besten.

Wenn wir auch, minder gläubig als er, in der Einfalt und der Resignation nicht das Heilmittel für alle Uebel des Daseins finden sollten in der Stunde, da wir in die rauhen industriellen Bollwerke unseres ehernen Zeitalters ziehen, um ein bißchen Gerechtigkeit zu predigen, so werden wir doch in unserem Herzen das Bild des großen evangelischen und patriarchalischen Pan von Jasnaja Poljana bewahren, dieses neuen Halbgottes der Felder und der Wälder.

Was das antike Griechenland durch das Zusammenwirken der Städte und die harmonische Entwickelung der Jahrhunderte ersonnen und verwirklicht hat: einen Homer, das hat die Natur mit einem Schlage für Rußland getan, indem sie Tolstoi schuf, Tolstoi, die Seele und die Stimme eines gewaltigen Volkes, der Strom, an welchem jahrhundertelang die Kinder der Menschen und die Hirten der Menschen trinken werden."

„Köpenick". Die Londoner „Times" vom 9. September enthält ein „Eingesandt" unter diesem Titel, das einen Seeleutnant a. D. zum Verfasser hat und das deutsche Leser interessieren dürfte. Vor einigen Jahren befand sich der Verfasser des „Eingesandt" in den Reichslanden, um die Schlachtfelder des deutsch-französischen Krieges zu studieren. Er trug einen grauen Zivilanzug, ein Flanellhemd, lange Stiefel und in der Hand hatte er einen Regenschirm. Von der deutschen Sprache verstand er nur etwa 40 Worte, die er mit echt englischem Akzent aussprach. Im ganzen machte er den Eindruck eines englischen Globetrotters. In der Umgebung von Wörth traf er ungefähr ein Dutzend deutscher Soldaten, die es sich auf einer Waldwiese bequem gemacht hatten. Er trat an sie heran, um mit ihnen zu plaudern, und stellte an sie die Frage: „Seid Ihr Preußen?" Worauf alle etwas entrüstet antworteten: „Nein! Wir sind Sachsen!" Um sie zu besänftigen, sagte er ihnen: „Ich bin Angelsachse!" Bald erhob sich ein Soldat und reichte ihm freundschaftlich die Hand. Er gab ihnen dann englischen Rauchtabak und erzählte ihnen in gebrochenem Deutsch, daß er die Schlachtfelder besichtigt habe und erwähnte ganz beiläufig, er sei Seeoffizier. Die Erwähnung des Wortes „Offizier" wirkte wie ein elektrischer Schlag. Instinktiv nahmen die Soldaten eine geradere Haltung an, setzten sich auf, knöpften ihre Röcke zu und schnallten die Säbel an. Der Offizier erzählte dann weiter: „Geht Ihr nach Niederbronn?" fragte ich. „Ja," antworteten die Soldaten. Welch böser Geist mir diese Frage eingab, kann ich nicht sagen, aber, obwohl sie im Spaß gestellt war, erwiesen sich ihre Folgen als eine große Ueberraschung. „Kuchich", fuhr ich fort, „gehe nach Niederbronn. Ihr seid mein Regiment und ich bin Euer Oberst." Rasch sprangen sie auf die Beine, formierten sich, standen still wie zur Parade. „Rechts um!" kommandierte ich, und wir marschierten ab." Unterwegs schloß sich ihnen noch ein Soldat an und er führte sie nach Niederbronn, wo er von ihnen Abschied nahm. Die Soldaten salutierten und marschierten vorüber mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerks. Der englische Seeoffizier war von diesem Kadavergehorsam außerordentlich überrascht, und als später die Köpenickaffäre sich ereignete, die Deutschland dem Hohngelächter der Welt preisgab, da war er — angesichts seiner Erfahrung — kaum überrascht von der Macht, den ein Schuhflicker in Uniform ausüben konnte.

Der Name des Offiziers ist Henry Chamberlain.

Humor und Satire.

Die Wiedergeburt der Türkei.

Die Türkei wird jede fremde Einmischung verhindern und die Reformen selber vornehmen. — Der Zar wird seine Spezialkonstitution in Vorschlag bringen, da sie sich in der Person des Generals Liakow in Persien so gut bewährt hat. — Der Sultan wird, um seinem Volke zu gefallen und seine früheren Irrtümer wieder gut zu machen, eigenhändig die früher im Bosporus Ertränkten wieder herausfischen. — Die Freiheit, die einzige und wahre, wird (wohlverwahrt im Käfig) aus Europa herbeigeführt und dem Volke vorgeführt werden. — Die verantwortlichen Minister werden nicht mehr stehlen, sondern Geschäfte machen. — Wie jedes Land, das was auf sich hält, wird auch die Türkei seine Bevölkerung in zwei Klassen einteilen: in solche, die arbeiten und solche, die bei der Arbeit der anderen zuschauen. — Sollten die Hungernden auch in Zukunft zu essen verlangen, so werden wohlgenährte und gut gekleidete Soldaten ihnen die Nutzlosigkeit ihrer Forderungen vordemonstrieren. — Die armen Teufel, die sonst für Allah und Mohammed zu sterben pflegten, werden nunmehr für Isaak, Kahn u. Co. in den Tod marschieren.

(L'Assiette au beurre.)

Notizen.

— **Theaterchronik.** Im Schiller-Theater Charlottenburg wird Tolstois erschütterndes Drama „Die Macht der Finsternis" am Sonntag, den 13. September, wiederholt.

— **Ein teures Rezept.** Zu dem Rezept gegen den Haarverlust, das wir dieser Tage brachten, schreibt uns ein Arzt:

„Sie lassen unberücksichtigt, daß — nach der deutschen Arzneitaxe 1908 — 1 Gramm salzs. Piloc. 1,80 M. kostet, also 20 Gramm 36 M., daß also das Haarwuchsmittel etwa 40 M. kostet. Geht eine Arbeiterfrau mit dem Rezept in die Apotheke und fragt nicht vorher nach dem Preise, so belastet sie sich mit der fast für sie unerschwinglichen Summe und erhält ein Mittel, das obendrein nur gegen gewisse Arten des Haarausfalles wirksam ist und in diesem Falle durch viel billigere andere Mittel ersetzt werden kann. Ueberdies gehört Pilocarpin zur Tabelle C der Gifte, die der Apotheker ohne ärztliches Rezept nicht abgeben darf. Es kommt also noch das ärztliche Honorar hinzu, und die meisten Aerzte dürften von dem hohen Preis des Pilocarpin, der übrigens sehr wechselnd ist, keine Kenntnis haben. Es wäre wohl hier, wie in so vielen anderen Fällen, wo Rezepte kritiklos verwendet werden, angebracht, wenn es dem Arzt überlassen bliebe, nach fachkundiger Kenntnisnahme des Falles das von ihm für nützlich erachtete Rezept zu verschreiben."

— **Gefälschte Geschichtsurkunden.** Ende Juni dieses Jahres ging durch die Zeitungen die überraschende Nachricht, daß die bisher nur aus Herodot bekannte Umschiffung Afrikas unter dem ägyptischen König Necho (588—570 v. Chr.) nun auch durch ägyptische Inschriften bestätigt worden sei. Eine solche Inschrift, auf einen großen Steinsarkophag eingemeißelt, war der Pariser Akademie der Inschriften vorgelegt worden, ohne daß sich gegen ihre Echtheit ein Widerspruch erhoben hätte. Kurz darauf erfuhr man von einem zweiten Skarabäus, der, zwar mit abweichendem Text, auf dasselbe Ereignis Bezug nahm. Nur von Berlin aus waren von vornherein Zweifel bekundet worden, die auf dem Historikertage in Berlin bekräftigt wurden. Inzwischen sind durch die Aegyptologen A. Erman und H. Schäfer beide Skarabäen als moderne Fälschungen auf das unzweideutigste nachgewiesen. So bleibt für die bemerkenswerte Umschiffung Afrikas nur Herodots Geschichtswerk als Quelle.

— **Neue Ozeanriesen.** De Entwickelung der Dampferkolosse, die den Ozean durchpflügen, führt zu immer noch gewaltigeren Bauten. In Belfast werden eben zwei Dampfer für die White-Star-Linie gebaut, die alle bisherigen noch übertreffen. Sie werden 268 Meter lang, 28 Meter breit sein und einen Tiefgang von 11 Meter besitzen. Die entsprechenden Abmessungen bei der „Mauretania" und „Lusitania" von der Cunard-Linie sind 240 beziehungsweise 26,8 Meter. Die neuen Schiffe werden jedoch nur mit je 45 000 Pferdekräften ausgestattet, die ihnen eine Geschwindigkeit von etwa 22 Knoten in der Stunde verleihen sollen. Die Kosten jedes der beiden Dampfer werden sich auf den enormen Betrag von etwa 28 Mill. M. stellen.

es ist zu hoffen, daß es auch in dem schwarzen Bayern so hell werden wird, daß auch die Frauen über die Geschicke mitzubestimmen haben. (Großer Beifall.)

v. Elm-Hamburg wendet sich gegen Aeußerungen der Genossin Ottilie Baader über den Terrorismus bei den preußischen Landtagswahlen. Sie hätte noch mehr betonen sollen, daß wir den Terrorismus grundsätzlich verwerfen und für verkehrt halten, die wirtschaftliche Macht zu mißbrauchen, um jemanden zu zwingen, gegen seine eigene Ueberzeugung zu wählen. Nur in der Notwehr und um das Landtagswahlrecht in seiner scheußlichen Gestalt ad absurdum zu führen, und seinen Widersinn zu beweisen, ist der Terrorismus von uns angewendet worden. Der Redner plädiert sodann dafür, daß die Frauen sich mehr um die Genossenschaften kümmern sollten. Gerade hier haben die Frauen die Möglichkeit, Besonderes zu leisten. Die genossenschaftliche Bewegung kann zur Verstärkung des Proletariats in seinem Kampfe gegen das Kapital ausgenutzt werden. Mit Terrorismus kann nie eine dauernde wirtschaftliche Macht erlangt werden. Dies läßt sich nur erzielen, wenn wir dauernd organisieren. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, daß wir damit etwas für uns schaffen, wenn wir Leute zwingen, einmal gegen ihre Ueberzeugung für uns zu stimmen.

Genossin Nehmitz-Bochum erzählt, wie sie durch das brutale Vorgehen der herrschenden Gewalten zu einer sozialdemokratischen Mitstreiterin geworden sei, und berichtet über die Schikanierungen der Polizei und den Druck, den die Zentrumspartei auf die Arbeiterfrauen ausübt. Bei den Reichstagswahlen hat man die Frauen mit Stimmzetteln von den Lokalen fortgewiesen, aber sie gingen nicht. (Bravo!) Die Lehrer haben versucht, die Kinder in der Schule zu beeinflussen, daß sie auf ihre Eltern einwirken sollten. Trotz alledem haben wir gute Fortschritte zu verzeichnen. 1244 Frauen sind in unserem Bezirke der losen Organisation beigetreten und 926 Leserinnen der „Gleichheit" haben wir gewonnen. Jetzt nach dem neuen Vereinsgesetze haben wir die Möglichkeit, den Kampf gemeinschaftlich mit den Männern zu führen. Vor allem aber müssen wir die Jugend gewinnen, damit wir den Kampf noch intensiver aufnehmen können als bisher. (Beifall.)

Genossin Wackwitz-Dresden weist darauf hin, daß der Reichstag keine direkte Stellung zum zehnstündigen Arbeitstag für die Frauen genommen hat. In Sachsen ist wohl innerhalb der Textilindustrie in einzelnen großen Industriebezirken die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt, aber im Durchschnitt besteht der dreizehnstündige, ja sogar der fünfzehnstündige Arbeitstag für die Frauen. Es muß also im Parlament für die Frauen mehr geschehen, vor allem muß die Volksvertretung eine ganz andere werden. (Sehr richtig!) Auch die Kinderausbeutung ist in Sachsen durch die Heimarbeit eine furchtbare, namentlich im Vogtlande im sächsischen Erzgebirge. Die Frage des Terrorismus ist gelöst, wo die genossenschaftliche Bewegung mehr Ausbreitung gewinnt. Wenn wir die kleinen Existenzen zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen, so werden wir sie nur zu unseren geborenen Feinden im geheimen machen und geheime Feinde sind die schlimmsten. Wir sollten neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation hauptsächlich die genossenschaftliche Organisation fördern. In entschiedenster Weise werden wir mit der bürgerlichen Frauenbewegung abzurechnen haben. Die bürgerlichen Frauen halten jetzt mit uns in den Fabriken Vorträge und bemühen sich dort nach Möglichkeit, die Aufklärung der Arbeiterinnen zu verhindern. (Hört! Hört!) Ja, sie leisten den Fabrikanten Spitzeldienste, ob die Arbeiterinnen gewerkschaftlich oder politisch organisiert sind. Solche Arbeiterinnen werden dann entlassen. Nicht nur die katholische Geistlichkeit, auch die protestantische versteht es, auf die Frauen der Arbeiter einen Druck auszuüben. Auch die protestantische Geistlichkeit ist eine geschworene Feindin der modernen Arbeiterbewegung. Wir müssen deshalb noch weit energischer an der Aufklärung der Frauen arbeiten. (Beifall.)

Genossin Wagner-Chemnitz: Auch bei uns in Sachsen macht die Frauenbewegung Fortschritte, nicht zum wenigsten in Chemnitz. Die letzten Reichstagswahlen haben auch den Frauen die Augen geöffnet. Unsere Genossinnen haben sich an den letzten Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse beteiligt. Bisher wurden bei diesen Wahlen 600 Stimmen abgegeben. 1907 beteiligten sich über 12000 Personen daran und 1716 weibliche Personen haben das Stimmrecht ausgeübt. Dabei wurden 979 Stimmen für das Gewerkschaftskartell abgegeben und nur 737 für den nationalen Arbeiterausschuß. (Bravo!) Wir hätten noch besser abgeschnitten, wenn nicht die Verkäuferinnen in Gruppen zum Wahllokal geführt worden wären. Insgesamt wurden von den Frauen über 4000 Stimmen abgegeben. Was v. Elm über die Notwendigkeit des Anschlusses an die Genossenschaften gesagt hat, kann ich nur unterschreiben. (Bravo!)

Genossin Zietz-Hamburg kommt noch einmal auf die Frage des Terrorismus zu sprechen. Wie sind die Gegner über uns hergefallen, als sie von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Frauen hörten. Dieselben Leute, die nicht nur ihre wirtschaftliche Macht, sondern die gesamten organisierten Machtmittel des Staates benutzen, um uns zu terrorisieren, wagen uns Vorwürfe zu machen. Wir haben den Terrorismus nicht um seiner selbst willen gepredigt, sondern uns einfach in der Notwehr befunden. Und da ist der Terrorismus nicht nur erlaubt, sondern geradezu eine sittliche Pflicht. Vielfach haben wir mit unserem Vorgehen Leute davon abgehalten, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen, und ihnen den Rücken gesteift. Die kleinen Geschäftsleute sind ja selbst rechtlos wie wir. Wenn wir sie zu uns heranziehen, handeln wir nur in ihrem eigenen Interesse. Wir verurteilen den Terrorismus ebenso wie die öffentliche Stimmabgabe, weil wir in ihr ein Mittel sehen, Terrorismus zu üben. Wir müssen aber uns selbst zur Machtlosigkeit verdammen, wenn wir in der Notwehr nicht von allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, Gebrauch machen. Wir würden aber uns selbst zur Machtlosigkeit verdammen, wenn wir nicht in der Notwehr von allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, Gebrauch machten. Die internationale Frauenkonferenz in Stuttgart hat dazu geführt, die Beziehungen der Genossinnen in den verschiedenen Ländern zu bessern. Wir haben vor allem erreicht, daß jetzt die Frage des Frauenstimmrechts auf eine einheitliche und grundsätzliche Basis gestellt worden ist. (Sehr richtig!) Mit diesen Erfolgen können wir sehr zufrieden sein. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Schleie-Ludwigshafen berichtet über den Stand ihrer Organisation, die trotz ihrer Jugend bereits über 400 Mitglieder zähle. Am 15. September, dem Tage der Reichstagswahl, werden die Ludwigshafener Frauen zeigen, was sie leisten können. Sie werden sich offiziell durch Stimmzettelverteilen, Schlepperdienste bei den Wahlen beteiligen. (Beifall.)

Genosse Henke-Bremen: Die proletarischen Frauen müssen selbstverständlich auf ihre rückständigen Männer einwirken. Ganz besonders meine ich, daß die bayerischen Genossinen das tun sollten. (Heiterkeit.) Wir haben eben hier gehört, daß auch die bayerische Polizei schikanös auftritt. Ich möchte die bayerischen Genossinnen bitten, die Genossen im Landtage daran zu erinnern, damit es nicht vorkomme, daß die bayerischen Genossen im Landtage dann für diese Polizei die Mittel bewilligen. (Ruf: Sehr gut! Zuruf: Gehört nicht hierher!) In bezug auf die Bekämpfung unserer Bewegung ist der Liberalismus nicht besser als der Ultramontanismus. Als der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts in der Bremer Bürgerschaft verhandelt wurde, gebrauchten die liberalen Herren alle die alten Redensarten vom Strümpfestricken und Essenkochen und lehnten unseren Antrag ab.

Genossin Steinkopf-Berlin: Nur der Not gehorchend haben wir zu der Waffe des Terrorismus gegriffen. Mit welchem Erfolge, dafür spricht die Wahl von sechs Sozialdemokraten in Berlin. Auch der Jandorf-Boykott wäre nicht gewonnen worden, wenn die Frauen nicht eingegriffen hätten. Die Berliner Arbeiterfrauen beweisen, daß wie die Ideen des Sozialismus begriffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Klupsch-Dortmund: Die Ausführungen des Genossen v. Elm werden von den Gegnern ausgeschlachtet werden. (Sehr richtig!) Wer einen Kampf um politische Rechte führt, muß alle Mittel anwenden. 1906 fuhr man beim Wahlrechtskampf Kanonen gegen uns auf und heute sollen wir den Geschäftsleuten nicht einmal sagen dürfen, daß sie uns nicht in den Rücken zu fallen haben. Das wäre ja noch schöner! Dem Genossen Henke gegenüber möchte ich betonen, daß die Mittel, deren sich der Liberalismus bedient, noch lange nicht so schofel sind, als die Mittel des Zentrums. (Bravo!)

Genossin Pollender-Leipzig: Nicht aus Liebe zum Terrorismus ist die Agitation bei den preußischen Landtagswahlen so geführt worden, wie sie geführt worden ist. Wir haben die Geschäftsleute einfach darauf aufmerksam gemacht, wo ihre wahren Interessen liegen. In Leipzig-Land ist die Zahl der organisierten Frauen von 2434 auf 2940 gestiegen. Auch in Leipzig-Stadt geht es vorwärts. Unser Augenmerk müssen wir auf die Werbearbeit unter den jugendlichen Arbeitern richten. (Bravo!)

Darauf trat die Mittagspause ein.

Die Nachmittagssitzung wurde von Genossin Zetkin mit der Verlesung einer Anzahl Begrüßungsschreiben eröffnet, die von den Genossinnen aus Eisenberg, dem Bundeskomitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes, dem sozialistischen Frauenverein der Vereinigten Staaten von Nordamerika eingelaufen sind. Genossin Zetkin dankte für die Begrüßungsschreiben und für diese Glückwünsche und begrüßte die Genossin Angelika Balabanoff, die gleichmäßig in der russischen wie der italienischen Frauenbewegung tätig ist; wir sind auch dann, wenn wir national tagen, immer von internationalen Gefühlen beseelt und fühlen uns stets durchdrungen von jenem Geiste des revolutionären Sozialismus, der, so wenig er einen Unterschied des Geschlechts kennt, auch nicht Halt macht vor den Grenzlinien, die durch politische Verhältnisse gezogen sind. Wir sind alle Bein vom Bein und Fleisch vom Fleisch des internationalen revolutionären Sozialismus, wo immer wir auch tagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Genossin Baumann-Altona. Es sind 62 Delegierte mit 62 Mandaten außer den schon erwähnten Gästen vertreten. Außerdem sind noch einige Delegierte mit nicht ordnungsmäßig ausgestellten Mandaten anwesend. Auf Vorschlag der Genossin Zietz wird beschlossen, die Genossinnen, die von ihrem Wahlkreis ausdrücklich mit der Vertretung der organisierten Frauen auf der Frauenkonferenz betraut sind, auch als Delegierte anzuerkennen. Darauf wurde die Debatte über den Punkt „Agitation" fortgesetzt.

Genossin Lachemeier-München beklagte den bestehenden Mangel an tüchtigen Agitatorinnen. Auf den deutlichen Rippenstoß des Genossen Henke einzugehen, fehle ihr die Zeit. Die Budgetbewilligung der Bayern wird ja auf dem Parteitag ausführlich behandelt werden. Nur so viel will ich sagen: wenn Genosse Henke meinte, die bayerischen Frauen hätten alle Ursache, auf die bayerischen Genossen einzuwirken, so haben gerade die letzten Tage gezeigt, daß die norddeutschen Genossen, speziell die Berlins, es der Frauenbewegung gegenüber noch sehr an Entgegenkommen fehlen lassen. (Teilweises Sehr richtig!) Namentlich bei dem Uebergang zu dem neuen Reichsvereinsgesetz haben sich die nördlichen Genossen vielfach nicht auf der Höhe gezeigt. So wenig das neue Gesetz uns bietet, so sollen wir es für uns auszunutzen verstehen.

Genosse v. Elm-Hamburg: Meine Ausführungen sind teilweise mißverstanden worden. Genosse Klupsch meinte, ich hätte die Gegner erst auf die Sache aufmerksam gemacht. Das ist unrichtig, und die Gegner haben sich der Sache längst bemächtigt. Im übrigen hat die Debatte grundsätzliche Uebereinstimmungen darüber ergeben, daß wir niemanden zwingen dürfen, gegen seine politische Ueberzeugung zu stimmen. (Sehr richtig!) Was die Gegner zu einer Sache sagen, ist ganz gleichgültig. Wir haben uns aber zu fragen, welcher Standpunkt der richtige ist, den wir einnehmen müssen. Auf das Kleinbürgertum besonders zu rechnen, ist eine Illusion. Ein gemeinsames Interesse haben wir nur bis zu einem gewissen Grade mit ihm, dann scheiden sich unsere Wege. Betrachten wir doch die Entwickelung im Auslande! Was ist Schuld an dem Niedergang der russischen Sozialdemokratie? Einzig und allein das russische Kleinbürgertum. Es wird nie für uns zuverlässig sein. Deshalb müssen wir das, was wir schaffen, dauernd schoffen, und eine solche dauernde Einrichtung ist die genossenschaftliche Organisation. Neben der theoretischen Aufklärung müssen die Arbeiterfrauen darüber aufgeklärt werden, welche Macht sie in wirtschaftlicher Beziehung haben. Heute schließen sich die meisten Frauen nur wegen der materiellen Vorteile der Genossenschaftsbewegung an. Deshalb begeistere ich mich aber nicht für diese Sache. Ich will die Bewegung zu einer größeren und besseren machen, zu einem wichtigen Teile der gesamten Arbeiterbewegung.

Genossin Winkelmann-Frankfurt a. M.: In uns Frauen steckt ein gut Teil Terrorismus, wenigstens behaupten es die Männer. Bei uns in Frankfurt haben wir die Geschäftsleute ebenfalls terrorisiert und sie gezwungen, in unserem Parteiorgan zu inserieren. Die Gegner üben einen ganz anderen Terrorismus aus. In den Frankfurter Schulen lehrten bei den letzten Reichstagswahlen Lehrer ihre Schüler folgenden Vers:

„Wählt ihr Quarck,
Kostet das Brot eine Mark,
Wählt ihr Oeser,
Wird das Brot größer."

Genossin Eltmann-Recklinghausen schildert die Verhältnisse im Ruhrrevier, „im schwärzesten Winkel". Der Recklinghauser Wahlkreis werde deshalb auch das „schwarze Finsterland" genannt. Dort wird die Kanzel zu politischen Zwecken gebraucht. Am Altar müssen die Frauen schwören, der Sozialdemokratie nicht beizutreten. Die Polizeischikanen sind in dem großen Recklinghäuser Polizeiprozeß klar zutage getreten. Die Proletarier werden von der Polizei aus ihren Häusern und von ihren Arbeitsstellen gehetzt. Die Gewerkschaftsangestellten bekommen überhaupt keine Wohnung. Trotzdem hat die Frauenorganisation auch bei uns festen Fuß gefaßt. 850 Frauen gehören unserer Organisation an. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Kögler-Weißwasser: In der Lausitz haben wir die gleichen Schwierigkeiten wie anderswo. Wenn wir uns dort politisch betätigen wollen, sagt man uns, wir sollten uns um unsere Wirtschaft bekümmern. Wenn wir aber den ganzen Tag in den Fabriken arbeiten müssen, dann sagt man uns das nicht. (Sehr richtig!) Wenn man unsere Arbeitskräfte nicht auf so unmenschliche Weise ausbeutete, hätten wir auch mehr Zeit zur Verrichtung der Hausarbeiten. In Weißwasser sind übrigens auch einmal die bürgerlichen Frauen Hand in Hand mit den Proletarierinnen gegangen. Es geschah, als die Milch um zwei Pfennig teurer werden sollte. Der sozialdemokratische Arbeiterinnenverein und unsere Presse nahmen sich sofort der Sache an und ein Milchboykott wurde beschlossen. An diesen Boykott hielten sich auch die bürgerlichen Frauen, und er wurde siegreich durchgeführt. (Beifall.)

Genossin Draper-Essen a. R.: In Essen sind jetzt über tausend Frauen organisiert (Bravo!), trotz aller polizeilichen Schikanen. Sogar auf den Klosetts sind die Frauen beobachtet worden, so daß man nichts machen konnte. (Große Heiterkeit.) Die „Gleichheit" haben wir zum obligatorischen Vereinsorgan gemacht. (Beifall.)

Genossin Claasen-Hamburg: Der Vorwurf, daß uns im Norden die männlichen Genossen nicht genügend entgegenkommen, trifft auf meinen Wahlkreis, den dritten Hamburger, nicht zu. Hier sind uns die Genossen in jeder Weise bei der Agitation unter den Genossinnen behilflich. Wir haben in Hamburg schon Bezirksvereine ohne Unterschied des Geschlechts, und es gibt der Parteibewegung einen stattlichen Aufschwung. Man hat mir in Hamburg gesagt, ich sei sozusagen eine Gegnerin der Frauenbewegung. Das ist unrichtig. Ich will die Genossinnen nur im Rahmen der Parteibewegung zur Mitarbeit heranziehen.

Schlohmann-Lübeck: Ich möchte darauf hinweisen, daß im künftigen Jahre die Fragebogen über den Stand der Bewegung in vollkommenerer Ausführlichkeit und rechtzeitig ausgefüllt werden. Dann möchte ich bitten, vor allem darauf zu sehen, daß die jüngeren Vertrauenspersonen das auch tun. Die Statistik über den Stand der Agitation ist sehr wertvoll. (Bravo!)

Es folgt die Debatte über das Thema

„Presse".

Genossin Zietz: Die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit" gibt einen gewissen Gradmesser für den Umfang der politischen Frauenbewegung an. Wir müssen noch weit mehr tun, nicht nur für die Verbreitung sowohl der Frauenzeitung wie der Parteipresse, sondern auch für die schriftstellerische Mitarbeit der Genossinnen an den einzelnen Orten an der „Gleichheit" und an der allgemeinen Parteipresse. Aus dem Bericht des Parteivorstandes geht hervor, daß die „Gleichheit" Ende 1907 84000 Abonnenten hatte. Inzwischen ist ihre Zahl auf 85000 gestiegen. Diese Steigerung beweist, daß unsere Genossinnen sehr lebhaft die Agitation für die Verbreitung der „Gleichheit" betreiben. Dabei ist die Gewinnung von neuen Abonnenten bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression sehr schwierig. Nicht nur die rednerisch tätigen Genossinnen, sondern gerade die Frauen, die unerkannt die Kleinarbeit verrichten, sind sehr eifrig in der Sammlung neuer Abonnenten. Hauptsächlich der „Gleichheit" ist es zu danken, daß unsere Genossinnen in so großer Zahl herangebildet sind zu Agitatorinnen. Die „Gleichheit" hat unsere proletarische Frauenbewegung vollständig freigemacht von der frauenrechtlichen Ideologie, und das ist gut so. Die Genossin Zetkin möchte ich bitten, der „Gleichheit" ein Inhaltsverzeichnis für die Genossinnen zu geben, die die „Gleichheit" sammeln. Gerade, weil die „Gleichheit" viel Material über Löhne und Arbeitsbedingungen bringt, wäre es wünschenswert, daß sie als Nachschlagewerk bei unserer Agitation benutzt werden könnte. Die Kinderbeilage hat sehr guten Erfolg auf den jungen Nachwuchs ausgeübt.

Genossin Greifenberg begründet einen Antrag auf obligatorische Lieferung der „Gleichheit" an die organisierten Genossinnen zu ermäßigtem Preise. Die „Gleichheit" sei nicht mehr nur eine Frauenzeitung, sondern das beste sozialdemokratische Familienblatt. Sie bildet ein Gegengewicht gegen die Schauerromane und Jugendliteratur, die heute die Jugend vergiften und ihr den knechtischen Sinn anerziehen will, der der bürgerlichen Gesellschaft anhaftet.

Genossin Hagen-Regensburg tritt für die Lieferung der „Gleichheit" zu ermäßigtem Preise an die Genossinnen ein. Es hat sich gezeigt, daß die Genossinnen die „Gleichheit" lieb gewonnen haben, und besonders sind es die Kinder, die in der Woche mehrmals fragen, ob die „Gleichheit" noch nicht da ist. Ich bitte, den Antrag Greifenberg anzunehmen. (Bravo!)

Genossin Winkelmann-Frankfurt a. M. tritt ebenfalls für den Antrag Greifenberg ein.

Genossin Grünberg-Nürnberg: Ueber den Antrag der Augsburger Genossinnen kann man verschiedener Meinung sein. In Nürnberg wird die „Gleichheit" allen Genossinnen obligatorisch geliefert. Wenn das für ganz Deutschland geschehen sollte, müßte zunächst einmal der Parteibeitrag von neuem erhöht werden. Eben ist derselbe von 10 auf 25 Pf. erhöht worden und dieser Sprung ist, denke ich, hoch genug. Außerdem beträgt die Abonnentenzahl der „Gleichheit" schon jetzt 85000, während es doch nur 30000 politisch organisierte Genossinnen gibt. Das kommt daher, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen 120000 beträgt, die größtenteils die „Gleichheit" von den Gewerkschaften geliefert erhalten. Schließlich würden viele Genossinnen bei Annahme des Antrages Augsburg die „Gleichheit" doppelt geliefert erhalten. Der Antrag Augsburg muß daher abgelehnt werden.

Genossin Kaehler-Düsseldorf: Im niederrheinischen Agitationsbezirk liefern wir die „Gleichheit" allen Genossinnen gratis. Dafür bezahlen sie monatlich nur 30 Pf. Diejenigen Genossinnen, die sie von der Gewerkschaft bekommen, zahlen nur 15 Pf. Wenn das überall so gemacht würde, dann wäre der Einwand der Genossin Grünberg hinfällig. Es wäre am besten, die Angelegenheit den Bezirks- und Kreisorganisationen zur Regelung zu übertragen.

Genossin Zetkin-Stuttgart: Es ist gewiß sehr schwer für die große Masse der proletarischen Frauen, abgesehen von dem Parteibeitrag noch ein Abonnement für die „Gleichheit" zu bezahlen. Ich sympathisiere auch deshalb mit der Tendenz des Antrages Augsburg. Dennoch möchte ich vor der Annahme desselben warnen. Wenn wir den Antrag annehmen, dann würde für eine Reihe von Genossinnen ein Ruhekissen geschaffen sein, auf dem sie sich schlafen legen mit der Begründung: Wir brauchen nicht mehr zu agitieren, die Genossinnen bekommen ja die „Gleichheit" umsonst. Noch andere Gesichtspunkte sprechen gegen die Annahme des Antrages Augsburg. Ich weiß, daß die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit" an einem Orte gleichsam eine Quittung ist für den Fleiß und die Geschicklichkeit, mit der unsere Genossinnen an dem einzelnen Orte arbeiten. Der Wert dieser Quittung würde mit Annahme dieses Antrages herabgesetzt werden. (Sehr richtig!) Ueberhaupt bildet die „Gleichheit" das lebendigste und stärkste Bindemittel von Person zu Person, und gerade dieses Bindemittel möchte ich nicht missen. Dem Wunsche nach einem Inhaltsverzeichnis der „Gleichheit" werde ich gern entsprechen und den Wunsch nach einem Umschlag will ich dem Verlage unterbreiten. Zum Schluß kann ich nur den Wunsch aussprechen, daß die Mitarbeit der Genossinnen im Lande noch größer werde. Die „Gleichheit" hat im Jahre 1907 einen Ueberschuß von 15000 M. erzielt. Der Ueberschuß würde noch bedeutend größer sein, wenn die Agitation nicht Tausende von Flugblättern und große Mittel erfordert hätte. Schließlich sucht die „Gleichheit" mit in erster Linie nicht Geschäfte zu machen, sondern den Aufgaben zu entsprechen, die die Genossinnen an sie zu stellen berechtigt sind. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Genossin Wackwitz-Dresden und Nehmitz-Bochum sich gegen den Antrag Augsburg erklärt haben, schließt die Debatte; der Antrag Augsburg wird abgelehnt.

Der Zentralvertrauensperson Genossin Baader wird Decharge erteilt.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung:

Die Neuorganisation der Genossinnen.

Dazu liegt folgender Vorschlag der Vertrauensperson vor:

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen sind den Frauen nicht gestattet. Ueber das Fortbestehen besonderer Frauenbildungsvereine entscheidet die Organisation der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft an ebensolchen Vereinen enthebt die Genossinnen nicht der Verpflichtung, der sozialdemokratischen Parteiorganisation anzugehören.
2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, die für die theoretische und praktische Schulung der weiblichen Mitglieder dienen.
3. Die Festsetzung der Beiträge von den weiblichen Mitgliedern bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist es, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen, als für die männlichen.
4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten, es muß diesem mindestens eine Genossin angehören.
5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Arbeit unter dem weiblichen Proletariat in Uebereinstimmung mit dem gesamten Vorstande zu betreiben.
6. Solange betreffs der Beschickung der Parteitage durch Parteiorganisationen noch das bisherige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegierung der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft. Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen, die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.

Außerdem liegt ein Antrag des Vereins für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen zu Barmen vor, wonach das Fortbestehen der Frauenbildungsvereine für wünschenswert erklärt wird.

Die Referentin Genossin Zietz führt aus: Wir haben im letzten Jahre ein Reichsvereinsgesetz erhalten. Leider ist die Vereinheitlichung nicht im Zusammenhange mit der Freiheit erfolgt. Kleinen Verbesserungen stehen eine ganze Reihe schlimmer Verböserungen gegenüber. Hätten wir Genossinnen mit entscheiden dürfen, hätten wir die Zustimmung zu dem Gesetz nicht gegeben. Der reaktionäre Charakter dieser „großen liberalen Errungenschaft“ zeigt sich nicht nur in dem Paragraphen gegen die jugendlichen und fremdsprachlichen Arbeiter, sondern vor allem in den Bestimmungen, welche die Polizeiherrschaft in Deutschland sanktionieren und sogar erweitern. Selbstverständlich müssen wir uns das Quentchen Freiheit, das uns das Gesetz bietet, nach besten Kräften unserer Bewegung nutzbar machen. Es ist klar, daß wir gemeinsame Kampfesorganisationen zu schaffen haben. Was Berlin anbelangt, so haben die Frauenbildungsvereine als politische Vereine aufgehört zu existieren. Sie dürfen nur noch als Mittelpunkt des geistigen Lebens dienen, soweit es sich im Rahmen der Politik hält. Sie dürfen keinen Ersatz für politische Vereine bilden. Bei der sozialen Stellung der Frau ist der Beitrag der Frauen niedriger zu bemessen als für die Männer. Es muß sich überhaupt für uns darum handeln, eine möglichst große Masse von Proletarierinnen zu organisieren und damit auch geistig zu fassen. (Beifall.) Dies kann aber nur mit einem möglichst niedrigen Beitrag geschehen. Die politische Betätigung ist für die große Masse der Frauen doch Neuland. Aber der Grundsatz, daß die Frau in der Gemeinde zu schweigen habe, hat heute keine Geltung mehr. Wer diesen Grundsatz heute noch vertritt, verdient nicht den Namen eines Sozialdemokraten. Diese Auffassung ist ein arger Philisterzopf. (Lebhafter Beifall.) Doch auch solche Anschauungen vererben sich wie eine ewige Krankheit selbst noch unter Genossen fort. Weil diese Anschauungen noch unter Genossen vielfach auftreten, muß man sich durch eine kluge Auswahl der Themen und Verhandlungen den verschiedenen Interessen anpassen: durch die Erörterung von Schulfragen das Interesse als Mutter, durch Besprechung des Arbeiterschutzes das der Frau als Arbeiterin wecken. Ihr Interesse als Hausfrau können wir erwecken, indem wir den Brot- und Fleischwucher beleuchten. Es muß auch Rücksicht darauf genommen werden, daß die Frauen durch die Hausarbeit an manchen Abenden, vor allem an den Sonnabenden verhindert sind, Versammlungen zu besuchen. Besondere Frauenversammlungen sind auch deswegen notwendig, weil in allgemeine Volksversammlungen in erster Linie der Mann geht, und einer von beiden Eltern bei den Kindern bleiben muß. Zweifellos kann eine Frau, die das Empfinden der rückständigen Frauenwelt selbst durchmachte, auf die Frauen am meisten einwirken. Wenn daher der Organisationsentwurf empfiehlt, daß überall Frauen in den Vorstand zu wählen sind, so soll damit den Genossinnen kein Sonderrecht eingeräumt werden (sehr gut), wie es zu meinem Bedauern im bayerischen Landtage zum Ausdruck gekommen ist. Eine Arbeitsteilung in diesem Sinne ist wohl dringend notwendig. Dieselben Gründe, die für eine besondere Agitation unter den Frauen sprechen, sprechen auch für die besondere Aufklärungsarbeit bei den Zusammenkünften der Frauen, wo die Frauen in die Ideenwelt des Sozialismus eingeführt werden sollen. Wenn wir gegenwärtig in Hamburg zirka 4000 Frauen in sozialistischen Vereinen haben, so ist das in erster Linie diesen besonderen Frauenzusammenkünften zu danken. Von der Heranziehung der Frauen zu politischer Mitarbeit profitieren nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen. Wenn man sich an einzelnen Orten dagegen wendet, so ist das darauf zurückzuführen, daß der Parlamentarismus dazu beigetragen hat, die Tätigkeit unserer politischen Organisationen vor allem darauf zuzuschneiden, Wähler heranzubilden. (Sehr richtig!) Die Frauen haben noch keinen Kurswert. Von solchen Gesichtspunkten aus sollten Sozialdemokraten die Frage der Frauenorganisation nicht beurteilen. Durch die Frauenkonferenzen werden die Genossinnen miteinander bekannt und diese persönlichen Beziehungen sind für die Agitation sehr förderlich. Wenn auf den Frauenkonferenzen aus unserem Parteiprogramm heraus besondere Fragen, die die Frauen interessieren, erörtert werden, so bilden die Frauenkonferenzen gewissermaßen einen vorbereitenden Ausschuß zum Parteitag für diese besonderen Fragen. Auch ein vorzügliches Agitationsmittel würden wir durch die Frauenkonferenzen erlangen. Ich kann deshalb nicht glauben, daß der Parteitag ihr Aufhören beschließen wird. Daß die weiteren Forderungen des Organisationsentwurfs des Bureaus bestehen bleiben, hat auch in Hamburg Widerspruch gefunden. Das kann aber nur auf einem Mißverständnis beruhen. Wie an den einzelnen Orten Genossinnen in den Vorstand zu wählen sind, so soll auch die Vertreterin aller Genossinnen dem Parteivorstand angegliedert werden. Damit hört natürlich eine besondere Liste auf. Die Mittel sollen in die gemeinsame Parteikasse fließen. Ich bitte, daß Sie meinen Vorschlägen zustimmen und hoffe, daß der Parteitag meine Anträge annehmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Bollmann-Halberstadt spricht sich gegen den Berliner Antrag in bezug auf Bestehenlassen der Mädchen- und Frauenbildungsvereine aus. Solche könnten einen Schmollwinkel für solche Genossinnen bilden, die in der Partei nicht völlig zu ihrem Recht gekommen zu sein glauben.

In der weiteren Diskussion wurde der Wunsch ausgedrückt, daß für die zweite unbedingt notwendige Vertretung der Genossinnen im Parteivorstand die Genossin Zietz vom Parteitag gewählt werden möchte.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Sonnabend morgen 9 Uhr vertagt.

Versammlungen.

Der Holzarbeiterverband hielt am Donnerstag eine Generalversammlung ab, wo der Bericht über den Gewerkschaftskongreß auf der Tagesordnung stand. Robert Schmidt, der den Bericht erstattete, gab ein anschauliches Bild von den Verhandlungen des Kongresses. Besonders eingehend behandelte er die Frage der Maifeier und der Jugendorganisation. Er sagte, ihm und den Gewerkschaften überhaupt sei der Vorwurf gemacht worden, sie wollten die Maifeier beseitigen. Dieser Vorwurf sei durchaus ungerechtfertigt. Wir, sagte der Redner, haben uns seinerzeit gefragt, ob die Maifeier, wie sie jetzt begangen wird, nach außen den Eindruck macht, den eine so große internationale Demonstration, wie es die Maifeier sein soll, machen müßte. Deshalb stand für mich der Gedanke im Vordergrunde, ob es nicht eine viel imposantere Demonstration wäre, wenn an dem Abend des 1. Mai große, wirklich imposante Versammlungen veranstaltet werden. Wir wollen keineswegs die Maifeier beseitigen. Mehr wie einmal haben wir betont, daß wir uns an dieser internationalen Kundgebung beteiligen wollen. Die Partei hat unserer Auffassung nicht zugestimmt, sondern beschlossen, an der Arbeitsruhe festzuhalten. Mit diesem Beschluß der Partei war für uns die Sache erledigt, denn es ist doch selbstverständlich, daß ohne Uebereinstimmung der Partei und Gewerkschaften an der Sache nichts geändert werden kann. Es fragte sich nun, was geschehen solle, wenn die Gewerkschaften nicht so, wie es gewünscht wird, für die Arbeitsruhe eintreten. Da hierbei die Unterstützung der Gemaßregelten eine Rolle spielt, so traten wir auf dem Internationalen Kongreß in Stuttgart dafür ein, daß die Partei zur Aufbringung der Unterstützung mit herangezogen werden solle. Infolgedessen ist dann später das bekannte Abkommen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission getroffen worden, wonach Partei und Gewerkschaften gemeinsam für die Unterstützung aufzukommen haben. Dagegen läßt sich doch nichts einwenden. Wir wollen gar nicht, daß die Partei die Hälfte zahlt. An der Durchführung der Arbeitsruhe wird durch das Uebereinkommen nichts geändert, auch nicht an den Beschlüssen der Organisationen über die Unterstützung ihrer Mitglieder.

Was die Frage der Jugendorganisation betrifft, so sind mir in dieser Hinsicht Aeußerungen unterstellt worden, die ich gar nicht getan habe. Die ganze Diskussion, welche in letzter Zeit über die Frage der Jugendorganisation gepflogen worden ist, trifft nicht den Kern der Sache. Es handelt sich darum: Soll die Organisation der Jugend eine Bildungs- oder Propagandaorganisation sein. Ich bin der Meinung, daß nur junge Leute bis zu 18 Jahren ein Anrecht auf die Mitgliedschaft in den Jugendorganisationen haben können. Wer über 18 Jahre alt ist, gehört in die Gewerkschaft und in die Parteiorganisation. Unter diesen Umständen kann die Jugendorganisation nicht der Propaganda, sondern nur Bildungszwecken dienen. Eine Bildungsorganisation aber kann nicht von den Jugendlichen geleitet werden. Das muß vielmehr Aufgabe der Erwachsenen sein. Unter eigener Leitung der Jugendlichen würde die Organisation nicht Bildung, sondern Verbildung verbreiten. Wir aber wollen, daß der Jugend eine tiefe, gediegene Bildung gegeben werde. Wie können wir denn überhaupt eine selbständige Organisation der jungen Leute von 14—18 Jahren verlangen, da wir doch in unserem Parteiprogramm den Schulzwang bis zum 16. Lebensjahre fordern. Auf der Jugendkonferenz, die kürzlich in Berlin stattfand, waren nicht drei Vertreter im jugendlichen Alter. Die heutigen Leiter der Jugendorganisation haben das jugendliche Alter längst überschritten. Es sind Leute, die anderwärts verärgert, in der Jugendorganisation ein Feld für ihre Tätigkeit suchen. — Man hat uns entgegengehalten, wir wollten Bildungsbestrebungen im bürgerlichen Sinne unter der Jugend verbreiten. Darauf ist zu sagen: Da das Vereinsgesetz die jungen Leute unter 18 Jahren von jeder politischen Betätigung ausschließt, so bleibt für sie nur das Gebiet der Bildungsbestrebungen. Bildung brauchen die jungen Leute sehr notwendig. Wenn wir die Mittel dazu zur Verfügung stellen, so sollten die jungen Leute das mit Freuden begrüßen. Nicht darauf kommt es an, daß ein Verein der Jugendlichen da ist, sondern vielmehr darauf, was den jungen Leuten geboten wird. Um Bildung zu verbreiten, brauchen wir keine besondere Jugendorganisation. — Man sagt zwar, die Jugend wolle ja in ihrer Organisation dem Rate der Erwachsenen folgen. Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit damit aus? Der Parteivorstand hat sich an Peters, dem Leiter der Berliner Jugendorganisation, gewandt und ihn ersucht, die Jugend möge von der Gründung einer Zentralorganisation einstweilen absehen und erst abwarten, welche Beschlüsse der Parteitag in dieser Frage fassen wird. Der Rat ist nicht befolgt worden. Die Jugendkonferenz hat eine Zentralorganisation gegründet. Weiter ist Peters der Rat vom Parteivorstand erteilt worden, hinsichtlich der Aufnahme weiblicher Mitglieder erst abzuwarten, wie sich die Jugendabteilung des Vereins der Frauen und Mädchen gestalten werde. Trotzdem ist die Jugendorganisation auch für weibliche Mitglieder geöffnet worden. Also der Rat der Erwachsenen, der Rat des Parteivorstandes, dem sich auch der Zentralvorstand von Groß-Berlin angeschlossen hat, ist nicht befolgt, sondern strikte abgelehnt worden. Hiernach erscheint es nötig, daß die Jugend eine andere Führung bekommt. — Es ist uns auch vorgeworfen, wir wollten in den gewerkschaftlichen Jugendabteilungen Fachsimpelei treiben. Ich verweise darauf, daß die Vertreter der Arbeiterschaft in den Gemeinden seit jeher für die Verbesserung des Fachschulwesens eintreten, was auch erfreuliche Erfolge gehabt hat. Da haben unsere Vertreter also auch Fachsimpelei getrieben. Es gehört übrigens mit zu unseren Aufgaben, ein Stück Fachbildung unter den jungen Leuten zu betreiben, denn der technisch gut gebildete Arbeiter kann dem Unternehmer gegenüber ganz anders auftreten, wie der ungeübte Arbeiter. — Was die Lehrlinge anbetrifft, so ist ihre rechtliche und tatsächliche Stellung im Wirtschaftsleben eine so eigenartige, daß sie bei Lohnkämpfen völlig ausscheiden. Ich habe in Hamburg betont, wir sollen mehr für den Schutz der Lehrlinge tun. Der Lehrling selber kann unter den heutigen Verhältnissen nicht seine Interessen vertreten, er kann sich dem Meister, oder auch dem Gehilfen gegenüber nicht selber Recht verschaffen, wenn ihm unrecht geschehen ist. Deshalb müssen die erwachsenen Arbeiter für die Lehrlinge eintreten. Ich habe weiter betont, daß man die jungen Leute nicht in Lohnkämpfe ziehen kann. Die Berliner Jugendorganisation will nach ihrem Statut auch die wirtschaftlichen Interessen der jungen Leute wahren. Das bedeutet den Lohnkampf. Dieser aber ist Sache der Gewerkschaften und nicht Sache einer Jugendorganisation. —

Wir haben in der Partei immer betont, daß die einheitliche Organisation eine unbedingte Notwendigkeit ist. Deshalb dürfen wir keine besondere Organisation haben, die unter Umständen auf das Gebiet der Parteiorganisation übergreifen würde. Eine besondere Organisation der Jugend ist auch nicht nötig, weil ja vom 18. Jahre an jeder in die Partei und Gewerkschaft gehört. — Was die antimilitaristische Propaganda betrifft, die man unter der Jugend betreiben will, so genügt es, wenn ich darauf verweise, daß unsere Parteitage eine solche Agitation entschieden abgelehnt haben. Man würde damit die Jugend auch auf ein sehr gefährliches Gebiet leiten.

Die Stellung des Gewerkschaftskongresses war die richtige. Die Erziehung kann nicht allein das Werk der Jugend sein. Sie soll mittätig sein, aber die Führung soll sie erfahrenen Genossen überlassen. So wird sie zum Nutzen für die Arbeiterbewegung werden. Für uns ist die Jugenderziehung eine Bildungsfrage, die im Interesse der Partei und Gewerkschaften gelöst werden muß. Unsere jungen Mitglieder werden sich überzeugen, daß wir ihr Bestes wollen. Unsere Jugend zu tüchtigen Mitgliedern der Partei und Gewerkschaften zu erziehen, das ist unsere Aufgabe. (Beifall.)

Lüpnitz, ein Mitglied der Berliner Jugendorganisation, trat dem Referenten in längerer Rede entgegen. Für die Selbständigkeit der Jugendorganisation und gegen die Ausführungen Schmidts führte er dieselben Gründe an, die auf der Jugendkonferenz vorgetragen und in allen wesentlichen Punkten in unserem Konferenzbericht in der Dienstagnummer wiedergegeben sind.

In der weiteren Diskussion trat Möbius für die Maifeier durch Arbeitsruhe ein. Nitschke verteidigte den gewerkschaftlichen Standpunkt in der Maifeierfrage und wandte sich gegen Adolf Hoffmann, der in einer Versammlung des vierten Wahlkreises gesagt habe, die Gewerkschaftsführer seien deshalb gegen die Arbeitsruhe, weil sie die Millionen in den Kassen schützen wollen, damit sie, die Gewerkschaftsangestellten, keinen Schaden im Bezuge ihrer Gehälter leiden. Gegen diese Aeußerung müsse Verwahrung eingelegt werden. Die Gewerkschaften seien für Arbeitsruhe, aber es müsse ein Erfolg zu sehen sein.

Eine von Lüpnitz eingebrachte Resolution, welche sich für selbständige Jugendorganisationen, im Sinne der Konferenzbeschlüsse, ausspricht, kam nicht zur Abstimmung, da die Versammlung der Meinung ihres Vorsitzenden Leopold war: Wenn der Holzarbeiterverband zu einer so wichtigen Frage einen Beschluß fassen solle, dann müßte das als selbständiger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt und vorher bekannt gemacht werden.

Wetterprognose für Sonnabend, den 12. September 1908.

Ziemlich kühl bei mäßigen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Unserem Genossen
Hermann Karlow
nebst Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.
Die Genossen des 230. Bezirks.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Paul Wolff
am 8. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 12. September, nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
121/19 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

H. Pfau, Bandagist
jetzt: Dircksenstraße 28
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.
Für Damen weibliche Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.
Am Mittwoch, 9. September, verstarb unser Mitglied
Hermann Morawitz
(Werkstatt Richard Vogel).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
157/15 Die Ortsverwaltung.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 36462*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Greift zu!
den besten 41432*

Monatsanzüge . . .	v. 9,50 M.
Abonnementsanzüge . .	13,00 „
Pfandleihanzüge . . .	11,00 „
Partieanzüge	12,00 „
Gehrockanzüge . . .	14,50 „
Anzüge, Ersatz f. Maß	20,50 „
Winterpaletots . . .	9,50 „
Hosen	2,00 „

Moldauer
Prinzenstraße 64, im Laden.
— Straßenbahn-Vergütung. —

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer**,
nur Mariannen-Straße 2.

Oeffentliche politische Versammlungen.
6. Wahlkreis.
Sonntag, abends 7 Uhr, im Lokal Prachtsäle „Nordwest“ (Inh. Brüning), Wiclefstr. 24:
Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung: 1. Die Frau und der Sozialismus. Referent: Genosse Kubig. 2. Diskussion.
229/10*
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Einberufer.

Kenner rauchen nur 153/20*
Zeppelin-Zigarre
Marke: **Luftig-Duftig**
in Originalpackung, gesetzl. geschützt. Feinste 6, 8 und 10 Pf.-Zigarre. Milde und aromatisch. Nachahmung wird gerichtlich verfolgt. Vertretung: Leo Ansbach, Berlin O., Blankenfelde Str. 3.

Paul Drenske Nachfolger
Otto Berlett
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfiehlt sein großes Lager in [3858L*
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Möbelfabrik Fichte
E. G. m. b. H.
Außerordent. Generalversammlung
Montag, den 28. September 1908,
abends 7 Uhr, Geschäftslokal.

Hygienische Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empf., bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Arbeiterhäuser
für Ziegelei- und Landarbeiter zu verkaufen und sofort zu beziehen. Geringe Anzahlung. Zuschriften an Hm. 568, Daube & Co., Potsdamer Str. 3. 187/6

Herrenkleidung für 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung, fertig und nach Maß, auch mit Anzahlung. Liefert das bekannte
Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Stralauer Str. 28, am Molkenmarkt
ohne Preisaufschlag. Verarbeitung haltbarer Stoffe unter Garantie für tadellosen Sitz. Besuch mit Mustern jederzeit. Nichtabgeholte Maßanzüge, Paletots (Monatsgarderobe) werden nur im
Consumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstrasse,
zu spottbilligen Stammungspreisen nur gegen Kasse verkauft.
Unser Consum-Anzug, sehr haltbar und praktisch, kostet nur 12,75 Mark

Fritz Wilkes Festsäle
500 Personen fassend, großartige Bühne, vollständig neu renoviert, 19. Sept., 3. u. 24. Okt. sowie mehrere Sonnabende und Sonntage in diesem und nächstem Jahre unter kulantesten Bedingungen noch zu vergeben. Brunnenstr. 188, am Rosent. Tor. III. 4635. 41425*

Brunnen-Str. 17-18

H. Greifenhagen Nchf.

Veteranen-Strasse 1-2

Sonnabend
Sonntag
Montag

Verkauf grosser Gelegenheitsposten

zu sehr billigen Preisen und

Doppelte Rabattmarken*

1 Posten englische Paletots 5.75

1 Posten Kostümröcke, Seidenglanz-Alpacca schwarz und marine 6.75

1 Posten Falten-Kostümröcke aus englisch gemusterten Stoffen 3.95

1 Posten Velourblusen 2.95 1.95 1.45

1 Posten Kostümstoffe ..... Meter 95 Pf.

1 Posten mod. Plaidstoffe reine Wolle Meter 1.50

1 Posten Cheviots in vorzüglicher Qualität ... Meter 85 Pf.

1 Posten Diagonal extrabreit, reine Wolle .. Meter 1.85

1 Posten Blusen-Samte ..... Meter 1.25

* mit Ausnahme einiger Artikel.

HERMANN TIETZ

Montag, den 14. September, beginnt der

Spezial-Verkauf für Wäsche-Ausstattungen

Grosse Posten

Damen-Wäsche | Wäsche-Stoffe
Herren-Wäsche | Leinen-Waren
Bett-Wäsche | Taschen-Tücher

Preise auffallend billig

Beachten Sie unser Sonntags-Inserat

Reederei Kahnt & Hertzer, Waisenbrücke.
Sonntag, den 13. September 1908: **Dampfer-Extrafahrt** mit Musik
nach **Sporthaus Ziegenhals** zum Schlachtefest und Pilzesuchen.
Abfahrt 8 Uhr vormittags. Hin und zurück 0.75, Kinder 0.40. [15355

Berichtigung.

In meinem Inserat vom **6. September** muß es heißen:
Große Auswahl moderner Küchen in farbigem Anstrich. **Auf einzelne Möbelstücke** Anzahlung von **3 Mk.** an, Wochenraten **1 Mk.**
M. Beiser, Lothringer Straße 67.
Lieferung frei Haus.

Wo? machen wir am Sonntag unseren Ausflug? Nach **Pichelswerder** zum **Alten Freund.** 38602*
Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

Die Restbestände der Warenhaus-Artikel bestehend aus

Glas-, Porzellan-, Emaille-, Seifen und Parfumerien, Schreib- und Lederwaren, Korb-, Holz- und Nickelwaren usw.

habe ich von der Firma **Warenhaus Fr. Pfingst & Co.** käuflich erworben und bringen dieselben in den bisherigen Räumen

Königstraße 33 III. Etage zu fabelhaft billigen Preisen zum Verkauf.

Die Räumung muß schnellstens erfolgen, da über den Platz bereits anderweitige Dispositionen getroffen wurden.

Fahrstühle nach allen Etagen.

Louis Anders, Königstraße 33, Ecke Neue Friedrichstraße.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Das Erfinder-Recht der Angestellten
und das
Boykott-Recht

beschäftigten gestern die handelsrechtliche Abteilung des Juristentages.

Die Referenten zu der ersten Frage, Dr. Allfeld-Würzburg and Dr. Klöppel-Elberfeld legten eine Reihe sehr ausführlicher Thesen vor, deren hauptsächlichster Inhalt sich wie folgt darstellt: Es ist an dem Beschlusse des Kieler Juristentages festzuhalten, daß die Erfindung dem Angestellten gehört, der sie gemacht hat, und dem Geschäftsherrn nur, wenn dies durch Vertrag bestimmt ist. Darüber hinaus will Professor Allfeld aber durch eine Aenderung des Patentgesetzes und des Gesetzes über den Gebrauchsmusterschutz festlegen, daß nur der wirkliche Erfinder auf diesen Schutz Anspruch hat. Am wichtigsten unter den Thesen ist aber die Bestimmung, daß Vereinbarungen, durch welche jemand seine Erfindungen oder Geistesschöpfungen an einen anderen ohne Entgelt überläßt oder auf die Ehre der Erfindung oder Geistesschöpfung verzichtet, nichtig bleiben soll. — In der Diskussion vertrat Rechtsanwalt Isay-Berlin den Standpunkt, daß die ganze Frage noch nicht spruchreif sei. Seit dem Kieler Juristentage sei eigentlich noch gar nichts geschehen, um sie schon wieder zu behandeln.

Justizrat Häuser-Höchst, als Vertreter der Höchster Farbwerke, legte in ausführlichen Darlegungen den Standpunkt der Großindustrie zu der vorliegenden Frage dar. Hervorragende Erfindungen würden von Angestellten nicht gemacht. Kämen sie vor, dann beuge sich alle Welt vor dem Genieblitz. Die großen Erfinder brauche man nicht zu schützen. Die kleinen Erfinder würden aber von dem weit überwiegenden Teil der Großfirmen angestellt, um überhaupt etwas zu erfinden, und wenn sie das nicht leisteten, dann würden sie entlassen. Man mache also solche Anstellungen künftig unmöglich, wenn man der Großindustrie solche Verträge verbietet. Selbst große Erfindungen, wie die Nernst-Lampe oder der synthetische Indigo, seien unbenutzt geblieben und doch hätte jedermann Millionenaufwendungen dafür verlangt. Wenn sich die Erfinder der Ehre entziehen, so wollten die Entdecker von wertvollen Erfindungen gar nicht genannt sein, namentlich nicht große Gelehrte, die viele kleine technische Kniffe erfänden und damit viel Geld verdienten. Man sollte den Herren von der Wissenschaft das schöne Geld gönnen, das sie damit verdienten. (Heiterkeit.) Ueber die einzelnen Gesichtspunkte würden sich übrigens verständige Prinzipale und Angestellte leicht einigen. (Lebhafter Beifall.)

Justizrat Dr. Edwin Katz-Berlin: Gegenüber dieser Fülle praktischer Erfahrungen müssen alle theoretischen Argumente schweigen. Der Referent Allfeld zog darauf die hauptsächlichsten seiner Thesen zurück. In der weiteren Diskussion traten die Rechtsanwälte Saul, Samuel und Jaffa entschieden für den Standpunkt der technisch-industriellen Beamten ein. Es sei bedauerlich, daß wohl Vertreter der Industrie, aber kein Vertreter der Angestellten hier seien. Die Vertragsfreiheit solle nicht eingeschränkt werden, nur die Vertragsunfreiheit, die heute auf den Angestellten infolge der wirtschaftlichen Uebermacht der Unternehmer lastet. Die Angestellten fingen zum Teil mit unglaublich geringen Gehältern an, und die Industrie bringe sie nicht in die Höhe, sondern halte sie niedrig. Die Vertragsfreiheit der Unternehmer werde täglich ausgebaut durch Konkurrenzklauseln, schwarze Listen, Ringbildungen. (Heiterkeit.) Die technischen Angestellten seien schon längst in das Proletariat hinabgesunken. Wie man die Arbeiter schütze, so dürfe man auch die Techniker nicht der schrankenlosen Willkür der Unternehmer preisgeben.

Der Korreferent Dr. Klöppel-Elberfeld trat auf Grund der Statistik der Behauptung entgegen, daß die technischen Angestellten schlechte Gehälter bezögen. Seine Anträge fanden Annahme in folgender Form:

1. Die Erfindung gehört dem Angestellten, der sie gemacht hat, und nicht dem Geschäftsherrn, sofern nicht durch Vertrag das Gegenteil bestimmt ist. 2. Im übrigen empfiehlt es sich nicht, die Vertragsfreiheit über die Erfindungen oder sonstigen Geistesschöpfungen von Personen, die in einem Angestelltenverhältnis stehen, zu beschränken. 3. Im Patentgesetz und Gebrauchsmustergesetz ist zu bestimmen, daß dem Erfinder, falls seine Erfindung durch einen anderen angemeldet wird, ein im Wege der gerichtlichen Klage verfolgbarer Anspruch zusteht, als Erfinder in allen auf die Erfindung bezüglichen Urkunden und Publikationen des Patentamtes benannt zu werden.

Ein seltsames, von der üblichen Auffassung weit abweichendes Gutachten hat zu der **Frage des Boykotts** Kammergerichtsrat Dr. Pape (Berlin) erstattet: Er erklärt in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse der Gesellschaft für soziale Reform den Boykott für ein gefährliches Kampfmittel, das keineswegs unentbehrlich sei. Er glaubt vielmehr in dem Boykott einen Krebsschaden unseres Wirtschaftslebens zu erblicken, der bereits einen bedrohlichen Umfang angenommen hat. Kein Gesetz, auch die Gewerbeordnung nicht, habe den Boykott erlaubt. Im Gegenteil, das B. G.-B. habe im § 826 jedes illoyale auf Schädigung fremder Rechtsgüter abzielende Verhalten unter Strafe gestellt, und § 823, Abs. 1, habe unter den „sonstigen Rechten" auch das Recht auf freien und ungestörten Erwerb geschützt. Im Gegensatz zur Rechtsprechung des Reichsgerichts, der zufolge der Boykott an sich nicht verwerflich und auch die Anrufung weiterer Bevölkerungskreise durch die Presse erlaubt ist, wenn nicht wahrheitswidrige Angaben gemacht oder durch allgemeine Schlagworte gehetzt wird, glaubt daher der Gutachter, jedem Boykottierten Klage auf Schadenersatz und Unterlassung gegen den Boykottierenden geben zu sollen. Unter dieses Boykottverbot fallen nach seiner Auffassung auch die Aufforderungen der Handwerkervereine, nicht in Warenhäusern zu kaufen, selbst wenn die Warenhäuser in einer moralisch und wirtschaftlich verwerflichen Weise schleudern. Erlaubt erscheint ihm der Boykott nur als Begleiterscheinung eines Streiks, als Militärboykott, weil dieser ein Ausfluß der militärischen Kommandogewalt sei, und in der Form der schwarzen Listen, wenn bei diesen nicht die ausdrückliche Aufforderung hinzugesetzt werde, den Mann zu boykottieren, sondern nur mitgeteilt werde, was er getan und weswegen er entlassen worden sei. Eine Aenderung der Gesetzgebung sei also nicht vonnöten: eine energische Rechtsprechung könne schon jetzt die tückische Waffe des Boykotts unschädlich machen.

Der österreichische Gutachter Dr. Ettinger (Wien) bezeichnet diese Auffassung als einen atavistischen Rückfall in das Zeitalter der verschleierten Leibeigenschaft und der patriarchalischen Ordnung aller wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen durch polizeiliche Normen. Eine widerrechtliche Handlung sei stets nur eine solche, die konkrete Normen verletze, nicht aber genüge die Verletzung anderer Interessen. Qui suo jura utitur, neminem laedit: Wer seine Interessen verfolgt, braucht auf die Verletzung fremder Interessen keine Rücksicht zu nehmen. Nur die schwarzen Listen hält dieser Gutachter verboten, weil der Arbeitgeber nach der Gewerbeordnung dem Arbeiter kein Zeugnis ausstellen dürfe, das diesem das Fortkommen erschwere. Wegen der ganz besonderen Grausamkeit und der gehässigen Heimlichkeit hält der Gutachter dieses Verbot der schwarzen Listen, dieser modernen geheimen Feme, auch für wünschenswert.

Einen vermittelnden Standpunkt nimmt Prof. Dr. Paul Oertmann (Erlangen) ein. Er geht davon aus, daß Streik und Aussperrung moralisch und rechtlich stets erlaubt seien, weil sie den gesetzlich legalisierten Zweck hätten, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Der Boykott aber könne alle möglichen Zwecke verfolgen, daher sei die Absicht seiner Veranstalter in jedem einzelnen Falle auf Moral- und Rechtswidrigkeit zu prüfen. Moralwidrig sei der Verruf, wenn er Selbstzweck, Schikane sei, wenn er aus bloßer Rachsucht oder zur Maßregelung politischer und sozialer Gegner verhängt werde. Im übrigen bedinge der Klassenkampf Machtentfaltung, und die Förderung der Klasseninteressen auch durch soziale Zwangsmittel sei nicht sittlich unerlaubt. Nur müßten die Mittel des Boykotts an sich erlaubt und im zu erreichenden Zwecke adäquat sein. Hier kann der Zweck nicht die Mittel heiligen. Niemand darf dauernd erwerbs- und brotlos gemacht, niemand darf ohne die gewichtigsten Gründe wirtschaftlich ruiniert werden. Unzulässig sind unbeschränkte Boykotts und ein unverhältnismäßig großer Schaden macht haftbar. Der § 826 des B. G.-B. gibt dem Richter eine genügende Waffe gegen Unmoral und soziale Gehässigkeit. Notwendig sei nur noch, für Rechtswidrigkeiten die Arbeiterorganisationen voll haftbar zu machen.

Gerichts-Zeitung.

Theaterklatsch.

Ein Beleidigungsprozeß, den die Opernsängerin Louise Perrôt gegen den Direktor des Lorbing-Theaters Georg Garrison angestrengt hatte, beschäftigte gestern wieder einmal das Schöffengericht Berlin-Tempelhof. Der Beklagte war erst im Anfang August d. J. von der Strafkammer in der Berufungsinstanz zu 150 M. Geldstrafe wegen verleumderischer Beleidigung des Fräulein Perrôt verurteilt worden. Es handelte sich nunmehr um eine neue Beleidigung, die in einem Schriftsatz enthalten sein sollte, den Garrison durch den Rechtsanwalt Dr. Schlesinger an das Gericht hatte gelangen lassen. In diesem Schriftsatz stellte der Beklagte die Behauptung auf: Fräulein P. benutzte ihre Beziehungen zu einem Dr. M., um sich materielle Vorteile zu erschaffen, auch habe Fräulein P. sich von diesem einen Scheck über 10 000 M. ausstellen lassen. Fräulein P. stellte sofort gegen G. Strafanzeige wegen Beleidigung, da die behaupteten Tatsachen zum Teil völlig unwahr, teils vollkommen entstellt waren. — Vor Gericht machte der Angeklagte geltend, daß ihm jene Mitteilungen von verschiedenen Seiten gemacht worden waren, so daß er an der Richtigkeit nicht habe zweifeln können. Er habe die Dinge dann zur Wahrung seiner Interessen in dem Schriftsatz wiedergeben müssen, so daß ihm der Schutz des § 193 zuzubilligen sei. Ein von Garrison angebotener Vergleich wurde von der Klägerin strikte abgelehnt. Das Gericht hielt den Angeklagten der üblen Nachrede für schuldig und erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Beklagte selbst sein Unrecht eingesehen und einen Vergleich angeboten habe, **nur auf eine Geldstrafe von 150 Mark.**

Schwere Jungen.

Auf sieben Jahre unschädlich gemacht wurde gestern einer der gefährlichsten Berliner Einbrecher. Wegen schweren und einfachen Diebstahls im strafverschärfenden Rückfalle verhandelte die 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lieber gegen den bereits mehrfach vorbestraften „Arbeiter" Otto Klische. Außerdem war der Arbeiter Karl Hamel wegen Hehlerei angeklagt. — In der Nacht zum 30. März stattete Einbrecher dem Kaufmann Baumann, der in der Frankfurter Allee ein Galanterie- und Lederwarengeschäft betreibt, einen Besuch ab. Die Diebe sägten aus einer Kellertür das Schloß heraus und gelangten dann durch den Keller in den Laden des Bestohlenen, wo sie Ringe, Lederwaren und sonstige Gegenstände im Gesamtwerte von etwa 600 M. entwendeten. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei führten zu keinem Ergebnis. Einige Zeit später machte die Polizeibehörde in Köpenick davon Mitteilung, daß ein in dem dortigen Gefängnis interniertes Strafgefangener Aeußerungen getan habe, nach denen ein Teil der bei Baumann gestohlenen Waren bei dem jetzigen Mitangeklagten Hamel in der Forsterstraße versteckt gehalten werde. Der Kriminalwachtmeister Habermann nahm in der Wohnung des Hamel eine Haussuchung vor, welche noch einen Teil der Diebesbeute zutage förderte. Außerdem wurde in einem Ofen, unter der Asche versteckt, ein ganzes Sortiment Einbrecherwerkzeuge vorgefunden. In der einen Stube des H. schlief dieser mit seiner Ehefrau, ferner der Angeklagte Klische und zwei andere längst gesuchte Diebe, die sich dort unangemeldet aufhielten. Klische machte bei seiner Verhaftung plötzlich eine verdächtige Bewegung nach der Tasche. Der Beamte griff sofort zu und konnte dem gefährlichen Burschen im letzten Augenblick noch einen scharfgeladenen Revolver abnehmen. Auf das Konto des Klische fiel ferner noch ein Fahrraddiebstahl, bei welchem er mit einem Schlagring den Schutzmann, der ihn verhaften wollte, zu Boden schlagen wollte. Das Gericht hielt es für angebracht, die menschliche Gesellschaft auf möglichst lange Zeit von dem Angeklagten Klische, der einer der gefährlichsten Verbrecher sei, zu befreien. Das Urteil lautete deshalb gegen K. auf sieben Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht und gegen Hamel auf ein Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Erfolglose Revisionen.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Bauhilfsarbeiters Bernhard Imhof, der am 8. Juli vom Schwurgericht des Landgerichts I München wegen versuchter Erpressung, begangen an dem Kommerzienrat Ludwici, zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Ferner verwarf das Reichsgericht die Revision der Anna Hamm, die vom Schwurgericht Elberfeld am 11. Juli wegen Beihilfe bei der Ermordung ihres Ehemanns in der Nacht zum 16. November 1907 zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 9. cm	seit 9. 9. cm¹)	Wasserstand	am 10. 9. cm	seit 9. 9. cm¹)
Memel, Tilsit	231	−6	Saale, Grochlitz	108	−6
Pregel, Insterburg	−12	−3	Havel, Spandau²)	46	+2
Weichsel, Thorn	174	−14	„ Rathenow²)	26	0
Oder, Ratibor	114	−9	Spree, Spremberg²)	66	0
„ Krossen	109	−3	„ Beeskow	72	0
„ Frankfurt	122	−9	Weser, Münden	−56	−14
Warthe, Schrimm	34	−4	„ Minden	23	−7
„ Landsberg	12	+1	Rhein, Maximiliansau	492	−14
Netze, Nordamm	−10	−2	„ Kaub	299	−12
Elbe, Leitmeritz	−36	−6	„ Köln	328	+4
„ Dresden	−148	−7	Neckar, Heilbronn	60	−5
„ Barby	85	−5	Main, Wertheim	153	−7
„ Magdeburg	96	−9	Mosel, Trier	74	−18

¹) + bedeutet Wachs, — Fall, — ²) Unterpegel.

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
vorm. Pfingst & Co.
Berlin C., No. 33, König-Strasse No. 33.
Eröffnung:
Heute 9 Uhr
Es kommen Modewaren, bestehend aus hauptsächlich Gelegenheitsposten zu bisher noch nicht gekannt billigen Preisen zum Verkauf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 12. September.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. La Traviata.
Königl. Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Kammerspiele. Lysistrata. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Lessing. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Der Prinz d'Aurec.
Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil. (Anfang 7 Uhr.)
Kleines. 2×2=5.
Komische Oper. Tiefland.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Hebbel. Der Liebhaber.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Richter von Zalamea.
Schiller Charlottenburg. Das Stiftungsfest.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Im weißen Rößl.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Lortzing. Zaza.
Luisen. Staatsanwalt Alexander.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Bernhard Rose. Das bemooste Haupt.
Apollo. Vera Violetta. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebrüder Herrnfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.
Passage. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brautschau. Die lästige Witwe.
Berliner Prater. Berlin, wie es weint und lacht. (Anf. 7 Uhr.)
Carl Haverland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Die Guldenprinzessin. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater.
Zum erstenmal:
Der Prinz d'Aurec.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der Prinz d'Aurec.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.
Sonntag nachm. 3½ Uhr, zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, 12. Sept., Anf. 8 Uhr:
Im weißen Rößl.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod. Abends 8 Uhr: Als ich wiederkam. Montag: Im weißen Rößl.

Hebbel-Theater.
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Der Liebhaber.
Komödie in 4 Akten v. Bernard Shaw. Morg. u. folg. Tage: Der Liebhaber.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Neues Operetten-Theater,
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Neu einstudiert! Anfang 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten v. A. M. Willner.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr zum erstenmal: Ausgewiesen. Abends: Helga. Montag: Flachsmann als Erzieher.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Das bemooste Haupt.
Anf. 8 Uhr. Wochentagspr.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Ben-Ali-Bey, Droser, künstl. Menschen. Anf. 5 Uhr.

Apollo Theater
Täglich:
Trilby–Svengali?
Kunst und Mysterium.
Paul Spadoni
der König der Kraftathletik. 9½:
Vera Violetta.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Zoologischer Garten
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren — — die Hälfte. — —

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwank in 3 Akten von G. Feydeau.
Deutsch von Wolff-Jacoby.
Chandebise-Poche: Richard Alexander.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Metropol-Theater
Unter persönlicher Leitung des Komponisten **Paul Lincke.**
Zum 8. Male:
Donnerwetter tadellos!
Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz. Die Tänze einstudiert v. Ballettmeister Louis Gundlach.
Anf. 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

Winter Garten
Eröffnungs-Programm.
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elephanten — Okabe, Japaner-Truppe — Die 5 Mowatts, Keulen-Jongleure — Die 12 Tiller-Girls, engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornalla und Eddie, amerikanische Exzentriks — Der Zukunftspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. Karl Hertz, Zauberkünstler. Boyer de Lafory, französ. Sängerin.
Der Biograph.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Na endlich!
Pariser Extravaganz mit
Paulette van Roy
und das kolossale
Eröffnungsprogramm
14 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Erstklassige Spezialitäten.
8 Richard Morescos 8 wilde Königslöwen
spannendste Raubtiergruppe der Gegenwart.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu!
Am Strande von Helgoland.
Ausstattungs-Operette.
Wiederauftreten von Gustav Behrens und 10 erstklassige Spezialitäten.
Duskes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Calderon de la Barca.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
Stein unter Steinen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.
Schwank in 3 Akten von Gustav von Moser.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Montag, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.

Zirkus Schumann.
Heute Sonnabend, den 12. September, abends präzise 7½ Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Sonntag, den 13. September: Zwei brillante Vorstellungen. Nachm. 3½ Uhr und abends 7½ Uhr. Nachm. ein Kind frei.

Brauerei Friedrichshain
früher Lipps, Am Königstor.
Oekonom: Ernst Liebing.
Vom 3. September 1908 ab auf kurze Zeit täglich:
Große bayerische Keller-Feste
Orig. bayr. Königskapelle, die Untersberger, die bayr. Schrammeln in Heimatstracht. — Gr. Fest-Aufführungen. Belustigungen jegl. Art. — Gr. Prämiierungen sowie Gratisverlosungen. Bedienung durch ca. 30 oberbayr. Madln in Heimatstracht. Anf. 5 Uhr. Entree Wochentags 20 Pf. — Bei ungünstiger Witterung im großen Saal.

Castan's Panoptikum
Friedrichstraße — 165 —
(Ecke Behrenstraße)
Pschorrpalast.

Ohne Extra-Entree!
Im Reiche der Zwerge!
(4 Damen, 4 Herren.)
Vereinsbilletts halbe Preise.

Vereine! Achtung! Gewerkschaften!
Neue Armin-Hallen
Kommandantenstr. 58/59. — Fernspr. IV, 10155.
Säle von 50—1000 Personen fassend.
Noch frei! Dienstag vor Bußtag, Bußtag, Totensonntag, Weihnachten, Ostern. 1487b*

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopp".
Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8½ Uhr.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das neue große September-Programm. — 12 glänzende Spezialitäten.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Familie
August Knoche.
Berliner Gesangsposse in 3 Akten. August Knoche: Dir. Hans Berg. Vorher d. glänzende Eröffnungsprogr. Sonntag 4 Uhr: Der Brandstifter Hochzeitsreise.

Folies-Caprice
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau. — Bunter Teil.
Vorverkauf von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Luisen-Theater.
SO., Reichenberger Straße 34.
Sonntag, den 13. September 1908, nachmittags 3 Uhr:
Erinnerungsaufführung zur demnächstigen 30jährigen Wiederkehr des Tages des Sozialistengesetz-Erlasses:
„Ausgewiesen." Soziales Drama aus der Zeit des Sozialistengesetzes von **Karl Böttcher.**
12 Jahre wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" polizeilich verboten gewesen!
Die Leser des „Vorwärts" zahlen gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Theaterkasse nur **60 Pf.** für I. Parkett.
Auf allen übrigen teureren Plätzen 25 Pf. Ermäßigung des Kassenpreises.
Ausschneiden! 4247L* Gutschein für 1—3 Personen!

Anerkannt vorzüglichster Schuhputz.
Immalin
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/5*
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr. Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12½ Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere. Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12½ Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben. Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Sonnabend, den 12. September, abends 7½ Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Mr. Houdini
der König der Ausbrecher
Die Aerial Smiths!
Amerikas größter Trapez-Akt!
Saxon Trio!
Das Phänomenalste menschlicher Kraft. — Mlle. Mariska Rocsey! sowie Auftreten sämtlicher neuengagierten Künstler und Künstlerinnen
Sonntag, den 13. Sept.: Zwei große außerordl. Gala-Vorst.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse.
Täglich 8 Uhr Galerie 30 P.
Der einzig dastehende Eröffnungs-Spielplan!
12 Attraktionen 1. Ranges 12.
U. a.: The 5 Rahnes, Schleuderbrett-Akrobaten. Montani Sisters, Doppeldrahtseil-Akt. Miß Irene and Maxon, musikal. Virtuosen. Dazu:
Der Seekadett.
Singspiel in 2 Akten.
Familienkarten wochentags z. halben Kassenpreis gültig in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis!

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Reichshallen-Theater

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Lortzing-Theater
Belle-Alliancestraße 7/8.
Heute 8 Uhr:
Gastspiel Hedwig Lange.
Zaza. 156/2*
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Am Altar.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Muttersegen
oder: Die Perle von Savoyen.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Für die Winter-Saison
empfehle meine 400—1000 Personen fassenden Festsäle auch Sonntags an Vereine und Gewerkschaften zu günstigen Bedingungen; auch noch einige Sonnabende frei.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Berlin wie es weint und lacht.
Volksstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.

Jed. Sonntag, Montag u. Donnerstag:
Gr. Elite-Soiree Tanz-Kränzch.
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen:
Große Elite-Soiree. Tanz.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Berliner Eis-Palast
Lutherstr. 22/24.
Permanente Eisbahn.
Von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Täglich von 12 Uhr ab:
Großes Konzert.
Eintrittspreise:
Vormittags 10 bis nachm. 5½ Uhr 75 Pf., von nachm. 5½ Uhr an 1 M., Kinder unter 12 Jahren bis 5½ Uhr abends 50 Pf., Abonnements à 30 Bons zu 22,50 M. Sonntags ab 10 Uhr morgens Entree 1 M., Kinder unter 12 Jahren bis 4 Uhr nachm. 50 Pf. Montag, den 14. September bis 5½ Uhr 75 Pf.; ab 5½ Uhr: Zweiter Eliteabend. Verstärktes Orchester. Entree 2 M. 8½ Uhr: Reigenlaufen der Professionells. 9½ Uhr: Kunstlaufen von Mitgliedern des Eislaufvereins Berlins. Reigenlaufen und Einzellaufen.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 1852S
Herren-Garderoben
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Straußberger Platz.

Vorortparzelle, 290 Mark an, Kolonie, landratsvorschriftsmäßig. Brunnhofer, Berlin, Nollendorfstr. 3

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten 4006L*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavalieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1289. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Montag, den 14. September 1908:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte

Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

1. **Norden: Frankes Festsäle**, Badstr. 19, abends 8 Uhr.
2. **Norden: Bockbrauerei**, Chausseestr. 64, abends 8 Uhr.
3. **Moabit: Brünings Prachtsäle**, Wiclefstr. 24, abends 8 Uhr.
4. **Westen-Schöneberg: Zühlke**, Dennewitzstr. 13, abends 8 Uhr.
5. **Süden: Gewerkschaftshaus**, Engelufer 15 (großer Saal), abends 8 Uhr.
6. **Osten-Lichtenberg: Litfins Festsäle**, Memelerstr. 67, abends 8 Uhr.
7. **Stralau-Rummelsburg: Tempel**, Alt-Boxhagen, Ecke Bahnhofstraße, abends 8 Uhr.
8. **Weißensee:** Im **Prälaten**, Lehderstr. 122, abends 8 Uhr.
9. **Oberschöneweide:** Im Lokal **Hasselwerder**, abends 5½ Uhr.
10. **Rixdorf: Hoppe**, Hermannstr. 49, abends 8 Uhr.
11. **Spandau: Gottwald**, Schönwalderstr. 80, abends 8 Uhr.
12. **Charlottenburg: Volkshaus**, Rosinenstr. 3, abends 8 Uhr.
13. **Tegel: Trapp**, Bahnhofstraße, abends 6 Uhr.
14. **Friedrichshagen: Lerches Bürgersäle**, Friedrichstr. 112, am Rundteil, abends 8 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht von der am 31. August stattgefundenen Generalversammlung.

☞ **Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.** ☜

Zahlreicher Besuch wird erwartet. 121/20

Protokolle über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses in Hamburg sind zum Preise von 25 Pf. pro Stück für die Mitglieder im Bureau und bei dem Kassierer zu haben. — Futterale für Mitgliedsbücher, pro Stück 10 Pf., sind ebenfalls im Bureau und bei dem Kassierer zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin. — Sektion I.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Mulackstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.

Sonntag, den 13. September 1908, nachmittags 2½ Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1908. 2. Beschlußfassung über die Höhe des vom 1. Oktober d. J. zu leistenden Lokalbeitrages. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, vollzählig in dieser Versammlung zu erscheinen.

43/16 **Der Vorstand.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin. Sektion II.

Geschäftsstelle: O. 54, Mulackstr. 10. I. Tel. Amt III 4518.

Sonntag, den 13. September 1908, nachmittags 1½ Uhr:

Große

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht vom 2. Quartal 1908.
2. Die Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse in Berlin.
3. Diskussion. 43/17

Da um 5 Uhr der Saal geräumt werden muß, werden die Kollegen ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten

Branchen-Versammlungen

finden an nachfolgenden Tagen statt:

Geschirrbranche: Mittwoch, den 16. September 1908.
Treibriemenbranche: Montag, den 14. September 1908.
Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 17. September 1908.
Militärbranche: Heute Sonnabend, den 12. September 1908.
Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, 17. September.
Wagenbranche: Donnerstag, den 17. September 1908.
Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, 17. Septbr.
Sektion Charlottenburg: Montag, den 14. September 1908.

Um zahlreichen Besuch dieser Branchenversammlungen ersucht

157/16 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Sonntag, den 13. September, vormittags 10 Uhr,

finden in folgenden Lokalen

Mitglieder-Versammlungen statt.

Sektion der **Dachdecker-Hilfsarbeiter** im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 7.
Sektion der **Rohrer** bei **Hoffmann**, Koppenstr. 47.
Sektion der **Staaker** im „Engl. Garten", Alexanderstr. 27c.
Sektion der **Fahrstuhlarbeiter** bei **Huth**, Michaelkirch- und Wusterhausener Straßen-Ecke.
Sektion der **Putzerträger** vormittags 11½ Uhr bei **Obiglo**, Schwedter Straße 23.

Montag, den 14. September, abends 8 Uhr:

Sektion der **Töpferträger** bei **Hahn**, Rosenthalerstr. 57.

Bezirk Zehlendorf, Sonnabend, den 19. September, abends 8 Uhr, bei **Miecks**, Karlstr. 12.

Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht. 31/10
Um recht rege Beteiligung ersucht Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Sonntag, den 13. d. M., nachm. 4 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c:

Außerordentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Wuschick**: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter. §§ 152 u. 153". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

☞ Wir verweisen auf die Anzeigen der Bezirksversammlungen am Mittwoch. I. A.: **H. Schwittan.**

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit"

I. Kreis, III. Bezirk, Provinz Brandenburg.

Sonntag, den 13. September 1908:

Großes Bezirksfest

in den „Eichborn-Sälen", Reinickendorf-West.

Blumenkorso mit Musik. ✿ **Reigenfahren.** ✿ **Garten-Konzert.**

Im Saale: **Großer Ball.**

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Korsofahrt pünktlich um 3 Uhr vom Lokal aus.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Jedes Kind erhält 1 Stocklaterne gratis.

Die Kreisleitung fordert hierdurch alle Bundesgenossen auf, am Korso teilzunehmen, um dadurch eine kräftige Agitation für unseren Bund zu entfalten.

Das Festlokal ist zu erreichen mit allen Straßenbahnen nach West-Reinickendorf.

1536b **Die Kreisleitung.**

Weltbekannt sind Rathenower Augengläser.

Echt Rathenower Brillen	1,60
Pincenez (echt Nickel) M.	1,50
„ Doublé	5,00
„ Gold	12,00
„ Schildpatt	4,50

Opern- u. Reisegläser von 6 M. an.

Barometer, garant. gute Werke, von **6,00** an

Grün's Kneifer „Korrekt".

A. Grün,
Optiker,
Brunnen-Straße 4
— am Rosenthaler Tor. —

Die Firma

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe vorm. Pfingst & Co.

eröffnet heute vormittag 9 Uhr in den neu renovierten Räumen des ehemaligen Pfingstschen Warenhauses, Königstraße Ecke Neue Friedrichstraße ihre Pforten, um speziell der Damenwelt Gelegenheit zu geben, sich bei den ungünstigen Zeiten schick und elegant zu kleiden ohne gerade über besondere Reichtümer zu verfügen.

Die Firma hat durch riesige, vorteilhafte Einkäufe in allen modernen und gediegenen Damen-, Mädchen- und Knabengarderoben ihre Läger so reichhaltig auszufüllen vermocht, daß es ihr jetzt ein leichtes ist, jedem Käufer auf Wunsch das Passendste und Vorteilhafteste zu ganz außerordentlich billigen Preisen zu offerieren.

Der wirklich einzig dastehenden Billigkeit und die Fülle der vorhandenen Waren hier einzeln aufzuführen, würde entschieden ermüden, weshalb jedem einzelnen zugerufen sei:

„Auf zum Kaufhaus für Gelegenheitskäufe vorm. Pfingst & Co., Königstraße Ecke Neue Friedrichstr. direkt am Bahnhof Alexanderplatz."

Pelzwaren,

tadelloser Sitz!

Prima Felle.

Beste Arbeit!

Billigste Preise!

Hüte. Schirme. Wäsche. Handschuhe. Krawatten.

Gottmann,

Frankfurter Allee 113a.
Gr. Frankfurter Straße 130.
Frankfurter Allee 162.
Landsberger Straße 73.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.

Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell 2 M. 65
Monteur-Hosen „Edison", echtblau Köper oder Drell 2 M. 35
Manchester-Hosen Gambrinus 6 M. 75
Manchest.-Jacketts Gambrinus 11 M. 75
Maler-Kittel . . . . . . 3,50, 2 M. 25
Mechaniker-Kittel (braun) 3,35, 2 M. 75
Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, 3 M.
Kessel-Anzüge . . 7,25, 6,—, 5 M. 50
Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Chausseestr. 29/30. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis und franko.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 35092*

Nachdruck verboten!

Sommerpreise.

⚒ A. B. Koch ⚒

Kohlen-Groß-Handlung

gegründet 1893.

Haupt-Kontor und I. Geschäft: Berlin O. 34, Brombergerstr. 16. II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.

Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an: 41782*

Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. 92 Pf.
„ **Ferdinand-Briketts** pr. Ztr. 92 Pf.
„ **Anna od. Waidmannsheil** pr. Ztr. 94 Pf.
„ **Pfännerschaft** „ „ 96 Pf.
„ **Ia Diamant** pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . . 100 Pf.
„ **Ia Ilse u. Mar.** pr. Ztr. 100 Pf.
„ **Ia Anthrazit** Cabôp. Z. 2,25 M.

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Gänse! Gänse!

☞ täglich frisch, sowie **sämtliche Gänse-Artikel:** ☜

Gänsefleisch mit Keulen a Pfd. 70 Pf.
Gänsefleisch ohne Keulen a Pfd. 40 Pf.
Gänseklein, Gänselebern, Gänsekeulen, frisch und gepökelt.
Frisches Gänseschmalz a Pfd. 1,20 M. usw.

Hermann Leißner, Berlin C.

Klosterstraße 93, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße 11. [156/4

Sie erleben Freude!

wenn Sie Ihre bunten Sommerkleider und Herrenanzüge mit

Bechtels

„Salmiak-Gall-Seife"

waschen. **Sie werden wie neu!** Käuflich in Drogen- und Seifenhandlungen in Paketen zu 45 u. 25 Pf. 213/20*

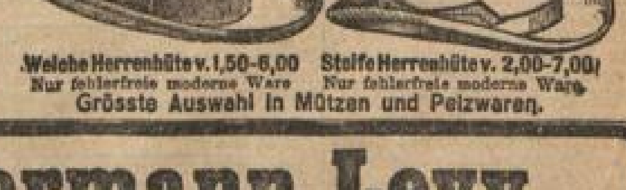
General-Depot: Klewitz & Moock, Berlin SO. 36, Ratibor Straße 4,

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116, (Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engrosgeschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware
Steife Herrenhüte v. 2,00-7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware

Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Warenhaus Hermann Levy

Brunnen-Straße 59/60. ✿ **Stralsunder Straße 12/13.**

Heute **Sonnabend**, den **12. September**, Beginn

☞ ☞ unserer **95** Pfg. Woche! ☜ ☜

□ □ □ **Günstige Kaufgelegenheit in allen Abteilungen.** □ □ □

☞ **Norden-Marken!** ☜ • ☞ **Eigene Marken!** ☜

88 Pf. Woche

Heyn & Goldschmidt

Danziger Straße 98 — Ecke Pappel-Allee.

Unsere 88 Pf.-Woche beginnt am **Sonnabend,** den **12. September.**

Durch besonders günstige Gelegenheitskäufe bringen wir diesesmal ganz hervorragende Artikel zu diesem Ausnahmepreise.

88 Pf. Woche

Paul Held Nachf. 162 Invalidenstr. 162

Kaufhaus für Manufakturwaren, Leinen, Baumwollwaren, Aussteuer-Artikel, Trikotagen.

Große Posten Leinen, Baumwollwaren, Gardinen

haben wir durch den schon seit Monaten anhaltenden Rückgang sämtlicher Rohmaterialien **hervorragend billig** eingekauft und offerieren, solange Vorrat reicht, solche in dieser Woche **zu fabelhaft billigen Preisen!**

Nur noch bis Montag, dem 14. September inkl.

Doppelte Norden-Marken!

Gratis! Außerdem erhält jeder Käufer beim Einkauf von 4 Mark ab Einen Karton prima Linon-Taschentücher **Gratis!**

Einsegnungs-Anzüge 14.50—29.— Mk. Nur eigene Konfektion

Anzüge nach Maß von 24.50 Mk. an.

M. Schulmeister, Schneidermeister. Dresdener Str. 4 am Kottbuser Tor. 4050L*

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borkagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 56/51. 2993R*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naß, Mulackstraße 14.

Spezialkarte von Eberswalde, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Steppdecken, Wollatlas und Seidenimitation 3.25, 3.85, 4.35, 5.00, 5.75. *

Portieren, Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3.25, 3.85, 4.75, 5.50, 6.75. Große Frankfurterstraße 125. 1167R*

Plüsch- und Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.

Tüllbettdecken in weiß und crême 1.95, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 1169R*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1170R*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1171R*

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3.15, 3.85, 4.65, 5.85, 6.00, 7.50. 1172R*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1173R*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Möbelstoffe, Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1175R*

Pfandleihhaus, Prinzenstraße 86. Staunendbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

Drehrollen (Teilzahlung). Berliner Drehrollen-Fabrik, Waßmannstraße neunundzwanzig. 1181R*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhof. Vorwärtsleser 6 Prozent Rabatt. 1170b*

Warenverkauf! Im Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Bequemste Fahrverbindung Großbeerenstraße! Jedermanns Einkaufsvorteil! Riesenauswahl! Pfänderverkauf! Hochfeine staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Sommerpaletots! Winterpaletots! Enormbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Goldene Taschenuhren! Wanduhren! Kettenauswahl! Ringauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! „Allererste Billigkeit!" Anerkannt: Hermannplatz 6. „Sonntags geöffnet." †102*

Sozialreform oder Revolution von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004R*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Bok, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 183/3*

Bronzegaskrone, Hängelicht, dreiflammig, mit kompletten Grätzinbrennern, Glas, Glühstrümpfen 20 Mark. Zugampel, Grätzinlicht, 12 Mark komplett. Alte Jakobstraße 125. 1083R*

Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Riesengroßer, spottbilligster Bettenverkauf! Pfänderverkauf! Aussteuerwäsche! Wundervolle Gardinenauswahl! Teppichauswahl! Plüschtischdecken extrabillig! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Paletots! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Schmucksachen! Riesenauswahl. 1123R*

Monatsgarderobenhaus. Elegante Monatsanzüge in allen Preislagen nur Andreasstraße 54. 1034R*

Monatsgarderobenhaus. Hochelegante Monatspaletots, einzelne Hosen, sehr preiswert nur Andreasstraße 54. 1033R*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 1150R*

Gaskronen, dreiflammig 4.50, Salongaskronen 7.50, Gaszuglampen 8.00, Gaslyren 1.45, Gaswandarme 0.55. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92, Filiale Ravenéstraße 6. *

Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle. Größere Raten Kassapreis, zurückgesetzte, gebrauchte spottbillig Andreasstraße 53. 326R*

Teppiche, farbfehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1161R*

Plüschportieren, einzelne Fenster spottbillig. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1162R*

Kinderwagen, neu, dringend, 16,00. Mitzschke, Exerzierstraße 25.

Gaskocherhaus!!! Geschlossene Zweiflochgaskocher! 5,00. Gasbügelapparat! Gasplätteisen! 3,00. Gaszuglampen! 9,00. Schaufensterlicht spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1127R*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. *

Sofastoffreste, Wolle, Plüsch, Mocquett, spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Phiebigs Kinderwagen, Bettstellen, allerbilligst, Teilzahlung. Kottbuserdamm 12a. 181/6*

Vorjährige Herrenanzüge, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verkaufe Hälfte Kostenpreis. Prenzlauerstraße 23, II, Alexanderplatz. Maßschneider. 156/5

Pfandleihhaus!! Rixdorf, Bergstraße 58. Pfänderauktion beendet, daher spottbilligster Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Hochfeine Winterpaletots! Gehrockanzüge! Jackettanzüge! Gelegenheitskäufe in Goldsachen! Uhren! Gardinenauswahl! Portieren! Steppdecken! Tischdecken! Wundervolle Teppiche! Nähmaschine! Möbelstücke! Spottpreise! 1083R*

Herrenhüte, Mützen, neueste Formen, Palm, Hutmacher, Grünauerstraße 6. †9

Konkursmasse. Die aus derselben erworbenen und andere Gelegenheitskäufe, wie hocheleganter Herrenanzüge, Paletots, Beinkleider, Winterjoppen werden zu spottbilligen festen Tarpreisen ausverkauft. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1533b

Geschäftsverkäufe.

Gutgehendes Restaurant krankheitshalber sofort zu verkaufen. Steglitz, Schildhornstraße 86. †139*

Kleines Restaurant wegen Krankheit sofort billig zu verkaufen. Rixdorf, Wartestraße 60. †102*

Zigarrengeschäft, schöne Wohnung, sofort billig Kochhannstraße 24.

Destillation, Ecke, Laufgegend, muß krankheitshalber verkaufen. Verkaufspreis 3500,—. „Hoher Umsatz" Postamt 4. 187/5

Gutgehendes Wein-, Likörgeschäft mit Ausschank wegen Krankheit verkäuflich, 7 Jahre bestehend. Teilzahlung gestattet. Boxhagenerstr. 53.

Restauration mit Vereinen und Zahlabend verkäuflich. Näheres: Reim, Urbanstraße 29. 1525b

Destillation, Fabrikgegend, nachweislich gutgehend, Brauereihilfe, besonderer Umstände halber billig verkäuflich. Erfragen Spedition Ackerstraße 36. †61

Obst-, Gemüse-, Kolonialwarengeschäft, Rolle, krankheitswegen billig Liebauerstraße 22. †116

Gutgehendes Milchgeschäft zu verkaufen, täglich 55—60,00 Kasse, 110 Liter täglich. Auskunft: „Vorwärts"-Spedition Stettinerstraße 10.

Möbel.

Möbel staunend billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, bietet sich augenblicklich Gelegenheit, infolge Raummangels, Möbel zu noch nie dagewesenen billigen Preisen zu kaufen, und sollten Brautleute, Pensionate usw. nicht versäumen, ihre Möbel schon jetzt zu kaufen, da auch unter anderem 20 zurückgesetzte und wenige gebrauchte Einrichtungen am Lager stehen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere schon Wirtschaften zu 140,—, 190,—, 250,—, 300,—, 400,— Mark, elegantere bis 10 000 Mark. Nußbaumbüfett 90,—, Paneelsofa mit Säulen 85,—, Muschelbettstelle mit Patentmatratze 65,—, Waschtoilette mit Marmor 23,—, Muschelvertiko, Muschelschränke 27,—, Säulentrumeau 29,—, elegante Schreibtische mit Aufsatz 35,—, Taschendiwan 42,—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23,—, große Garderobenschränke 35,—, Ruhebettstellen 21,—, Sofa 32,—, modern gestrichene Küchen 68,—. Augenblicklich am Lager befindliche Herrenzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, gebrauchter Altmahagoni-Empiresalon spottbillig. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. Bitte genau auf Hausnummer 15 achten. 1092R*

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfetts, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Vierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, dunkle Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lemmerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1121R*

Mahagoni Trumeau, englische Muschelbetten 35, Chaiselongue, sehr billige gebrauchte Spinden, Bettstellen, Matratzen, großer Posten, Halbbodenspind, Spiegelvertiko, nur Gelegenheit, Frankfurter Allee 129, Lazarus.

Küchenspind verkauft Bachmann, Waldemarstraße 63a. †9

Auf Teilzahlung, Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 1104R*

Wollen Sie gerade jetzt eine einfache oder bessere Wohnungs-Einrichtung, aber trotzdem gute, reelle Möbel kaufen, so müssen Sie Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, hingehen. Zum Beispiel: Vollständig konkurrenzlos komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche, frei Haus, zusammen 250 Mark, bessere 350, 400, 525, 600—1500 Mark. Speisezimmer, eichen, mit 6 Lederstühlen, komplett 530, bessere 675, schwere 780—2000. Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, moderne Küchen 65—200. Besichtigung in 6 Etagen. Geöffnet 8—½9, Sonntags 8—2 ununterbrochen. Verkauf nur Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. 1442b*

Letzter Monat. Wegen Aufgabe mehrerer Lagerräume sofort Anrichteschränke, Kücheneinheitsküche, Säulentrumeau, Plüschsofas, tiefe Kleiderschränke, Vertikos, Garnituren, Lederstühle, Bettstellen, Büfetts, Schreibtische, Ausziehtische, Umbaue, Chaiselongue, moderne Küchen. Solange der Vorrat reicht. Nur alles gute Möbel. Geöffnet 8—½9, Sonntag 8—2 ununterbrochen. Verkauf nur Lothringerstraße 26, Hof, Speicher. Besichtigung 6 Etagen. 1442b*

Brautleute. Schlafzimmer, Wohnzimmer, umständehalber Stallschreiberstraße 56, Hof II, Verwalter. 1188R*

Teilzahlung. Möbel, einzeln und ganze Wohnungseinrichtungen bei geringer Anzahlung. Stargardt, Neue Königstraße 29, nahe Alexanderplatz.

Wegen Aufgabe der Wohnung Möbel, Federbetten zu verkaufen. Stallschreiberstraße 57, vorn I. *

Kleine, fast neue Mahagoni-Wirtschaft zu verkaufen, auch einzeln. Händler verbeten. Paulstraße 33, linker Seitenflügel III, Kracht.

Drei Bettstellen, Sportwagen, neu, verkauft Berlt, Rixdorf, Selchowerstraße 28, Hof II. †103

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung erhalten solide Leute in der Möbelfabrik August Krause, Schützenstraße 73/74. 924R*

Krautstraße 50 vollständiger Ausverkauf. Möbel, Spiegel, Polsterwaren. Brautleute kaufen spottbillig, diese Woche kolossale Auswahl. Möbelspeicher Hof 1 und 2 Treppen. Besichtigung lohnend. Möbel-Gelegenheitskauf Krautstraße 50. 1507b*

Heute und folgende Tage kommen folgende Auktionsmöbel, alles tadellos, fast neu, zum sofortigen Schnellverkauf: Nußbaum-Kleiderspinde 35,—, nußbaum Bettstellen mit Matratzen 35,—, nußbaum Muschel-Bettstellen mit Matratzen 40,—, Ausziehtisch 15,—, Speisetisch 8.—, Polsterstühle 4,—, Garnituren 75,—, Facettenspiegel 12,—, 14,—, 16,—, Sofa 20,—, Plüschsofa 50,—, Säulenvertiko 45,—, Bilder, englische Bettstellen mit Matratzen 53,—, ganz neu, — moderne Küche 53,—. Vorteilhafte Einkaufsquelle für Brautleute, Pensionate usw. Böhme, Gartenstraße 22, Hof parterre, Ecke Invalidenstraße, Stettiner Bahnhof. 1497b*

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 977R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36b. *

Fahrradverleih. Zweisitzer, Dreisitzer, Fahrradreparatur, Fahrradzubehör, Emaillieren, Vernickeln, Fahrradkäufe 30,00. Große Frankfurterstraße 14. Kämmereit. †29

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Mitzschke, Pankstraße 45. †149

Prachtfahrrad, jeden Preis, Exerzierstraße 25, III links. †149

Herrenfahrrad muß billig verkaufen Dronthelmerstraße 40, vorn II, geradezu. †149

Verschiedenes.

Abendkurse zur Ausbildung von Technikern und Werkmeistern für Elektrotechnik und Maschinenbau. Prospekte frei. Technische Akademie Berlin 45, Markgrafenstraße 100. *

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swiendo, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunsttöpferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Vereine! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei. Gruppes Festsäle, Ammonstraße 16. 180/15*

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Rehgold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze, Köpenickerstraße 29. Telephon IV, 6958. 180/19*

Damen- und Kinderkleider fertigt an Frau Schulz, Birkenstr. 22a IV.

Hausmacherwurst, Kolbergerstraße 2. 1521b*

Aufpolsterung, Bellmannstraße 4,00. Sofa 5,00, auch außerm Hause, Hoffmann, Neue Königstraße 39.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf., Nähe des Rosenthaler Tores. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts".

Weltsprache. Sonntag früh 9½ Uhr im Gewerkschaftshause. †83

Damenfilzhüte werden umgeformt. Palm, Hutmacher, Grünauerstraße 6.

Parteilokal mit Klavier, bis 80 Personen, zu vergeben jeden Tag. Stenzel, Prinzen-Allee 83. †91

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Balkonwohnungen billig sofort Soldinerstraße 32/34. 1102R*

Soldinerstraße 16 Drei-, Zweizimmerwohnungen sofort, auch später.

Sonnenburgerstraße 27 Vorder- und Hinterwohnungen, 2 Zimmer, sofort. 1539b*

Stube, Küche Bergstraße 64.

Kellerwohnung mit Hausreinigung Bergstraße 64. 1190R

Stube und Küche billig zu vermieten Guineastraße 4 I. †59

Prächtige billige Wohnung (Vorortvilla) findet Parteigenosse Mahlsdorf-Süd, Bülowstraße 52 (Bahnstation Köpenick). 1523b

Zimmer.

Ledigenheim Charlottenburg, Danckelmannstraße 49. Einzelzimmer mit Frühstück einschließlich Heizung und elektrischem Licht zu 13—15 Mark monatlich. 1187R*

Zwei Genossen finden gemütliches Heim billig. Badegelegenheit. Mostizstraße 52, vorn IV links. 1441b*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle Dresdenerstraße 38, III rechts. †83

Mietsgesuche.

Ein Herr sucht Zimmer oder Schlafstelle sofort im Osten. Preisofferten unter „G. G. C." Postamt 34.

Zimmer, sauberes, sucht junger Mann, 15,00, Gegend Süden. Offerten Postamt S. 59. †83

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Redakteur, Berichterstatter, Korrektor, gelernter Setzer, technisch wie in der Expedition gleich tüchtig, langjähriger Parteigenosse, 26 Jahre, zurzeit leitender Redakteur an unabhängiger Zeitung, sucht zum 1. Oktober entsprechenden Wirkungskreis an Partei- oder unabhängigem Blatt. Angebote unter E. 2 befördert Hauptexpedition des „Vorwärts". 1541b*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Holzbildhauer-Lehrling verlangen Hirsch u. Thiede, Oranienstraße 58.

Emaileure und Emailschleifer suchen bei hohem Lohn dauernd Börner u. Haasenritter, Köln, Probsteigasse 15. 1540G

Kundentischler, nur sachkundig, auch gut polieren, wird gesucht. Zu erfragen bei Felsch, Holsteinischestraße 39, Gartenhaus IV. 1185R

Tüchtige Möbeltischler sucht Tischlerei Teltowerstraße 53. 1537b

Stockpolierer auf Schüsse außerm Hause verlangt Kraatz, Seydelstr. 13.

Für unser Möbelstoff-Spezialgeschäft suchen wir einen Lehrling mit guter Schulbildung. Offerten unter L. 4556 an die Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeiger". 1525b*

Junges Mädchen zum kleinen Haushalt verlangt Frau Menz, Alt-Glienicke, Grünauerstraße 12.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Lehrlinge

für das Vergolderfach gesucht.

A. Werkmeister, Goldleistenfabrik, Schmidstraße 8a.

Redakteur gesucht.

Für die „Volksstimme" in Chemnitz wird zum möglichst baldigen Antritt ein 290/13*

erster politischer Redakteur

gesucht. Bewerber wollen ihre Meldungen mit Angabe des Zeitpunktes, wann der Eintritt erfolgen kann, Mitteilung der Gehaltsforderung und Schilderung der bisherigen Tätigkeit unter der Aufschrift **„Redakteurposten"** sofort richten an die Geschäftsleitung der „Volksstimme" in Chemnitz, Uferstraße 14.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am heutigen Tage feiert der dem Arbeiter-Raucher-Bund nicht angehörige „Rauchklub Havanna" im Lokal „Zur grünen Linde" in Lankwitz sein Stiftungsfest. Wir weisen nochmals darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht und machen die Mitglieder obigen Vereins, so weit dieselben einer modernen Arbeiterorganisation angehören sollten, auf die eventuellen Folgen eines Boykottbruches aufmerksam.

In **Falkenhagen-Seegefeld** bei **Spandau** hat der Inhaber des bisher dortselbst einzigen freien Lokals, Herr Schöneberg, seine Unterschrift ohne Angabe stichhaltiger Gründe zurückgezogen. Wir ersuchen speziell die Arbeiterradfahrer, dies genau zu beachten.

Auf besonderen Wunsch des Gastwirts Herrn **Robert Riedel, Neue Mühle** bei Königs-Wusterhausen, teilen wir mit, daß derselbe in Zukunft niemals in der Lokalliste geführt werden will, d. h. er verweigert der Arbeiterschaft für immer seine Räume zu ihren Veranstaltungen. Es ist daher die selbstverständliche Pflicht jedes Arbeiters, diesen Wunsch des Herrn Riedel soweit als nur irgend möglich zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft genanntem Lokal fern bleibt.

Die Lokalkommission.

Berlin, zweiter Kreis. (1. und 2. Abteilung, Westen.) Sonntag, den 13. September, früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 13. September, veranstaltet der „Süden" eine Herrenpartie zwecks Besichtigung der Anlagen und Wohnhäuser der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies" in Bohnsdorf bei Grünau. Treffpunkt früh 8½ Uhr am Görlitzer Bahnhof. Abfahrt 8.40 nach Johannisthal, von dort zu Fuß. Für Nachzügler Treffpunkt von mittags ab in Grünau bei Franz, „Zur grünen Ecke", Köpenicker Straße 88. Um zahlreiche Beteiligung bitten

Die Abteilungsführer.

Wannsee. Heute Sonnabend, 8½ Uhr abends, bei Philipp: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Berichte: a) von der Kreisgeneralversammlung; b) Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin; c) Gemeindevertretersitzung. 3. Geschäftliches. 4. Verschiedenes.

Lichtenberg. Montag, den 14. September, abends ½9 Uhr, findet bei Ertelt, Pfarrstr. 74 (früher Pühl), die Mitgliederversammlung des Wahlvereins (Abteilung der Frauen) statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Das Bildungswesen und die Frau. Referentin: Genossin Mirus. 2. Bericht von der Kreisversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde. Die Ersatzwahl für die im März für ungültig erklärte Gemeindewahl im westlichen Bezirk findet am Freitag, den 25. September, von 11 bis 8 Uhr statt. Behufs Stellungnahme zur Wahl findet eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung am Montag, den 14. September, abends 8 Uhr, im „Birkenwäldchen", Chausseestraße, statt.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Straßenbahnen der Stadtgemeinde Berlin sind erst seit Anfang Juli dieses Jahres in Betrieb. Ihre Benutzung ist aber sogleich in den ersten beiden Monaten weit über den Voranschlag hinausgegangen, sodaß die rechnerischen Aufstellungen über ihre Rentabilität von vornherein über den Haufen geworfen worden sind. In den Etat der Straßenbahnen waren für das Etatjahr 1908 zunächst eingesetzt worden eine Fahrgeldeinnahme von 375 000 M. und eine Betriebsausgabe von 300 000 M., wobei auf einen Betrieb schon von Anfang Juni ab gerechnet wurde. Da für Verzinsung des Baukapitals sowie für Rücklagen zum Erneuerungsfonds 150 000 M. bereitgestellt werden mußten, so bezifferte sich die Gesamtausgabe auf 450 000 M. Es blieb mithin noch ein Defizit von 75 000 M., das aus Mitteln des Stadthaushaltes gedeckt werden sollte. Die Fahrgeldeinnahme von 375 000 M. wurde aus einem zehnmonatigen Betriebszeitraum erwartet (von Anfang Juni 1908 bis Ende März 1909, womit das „Etatsjahr 1908" abschließt). Die erwartete durchschnittliche Einnahme aus Fahrgeldern beträgt pro Monat 37 500 M., pro Tag 1250 M. Nun hat aber bereits der erste Monat, der Juli, aus Fahrgeldern eine Einnahme von durchschnittlich 1448 M. pro Tag ergeben. Im August ist dann die Fahrgeldeinnahme auf durchschnittlich 1640 M. pro Tag gestiegen, und man darf hoffen, daß der September noch eine weitere Steigerung bringen wird. 1640 M. pro Tag ist schon ziemlich um ein Drittel mehr als die durchschnittliche Tageseinnahme von 1250 M., mit der der Voranschlag rechnete. Natürlich erhöhen sich, wenn die Verkehrsziffer steigt, auch die Betriebsausgaben. Selbst wenn deshalb nicht ein einziges Wagenkilometer mehr geleistet werden muß, so bleibt immer noch ein Plus an Stromverbrauch infolge stärkerer Belastung der Wagen. Aber die Erhöhung der Betriebsausgabe dürfte doch weit zurückbleiben hinter der Steigerung der Fahrgeldeinnahme. Schätzt man im Durchschnitt des ganzen Etatsjahres die Einnahme pro Tag auf nur 1666⅔ Mark, so bekommt man pro Monat 50 000 Mark, das macht für neun Monate 450 000 Mark. Auf 450 000 Mark waren bei einem zehnmonatigen Betrieb die Gesamtaufwendungen für Betriebsausgabe sowie für Verzinsung und Rücklage veranschlagt worden. Sie werden selbst bei einer Steigerung der Betriebsausgabe schwerlich für eine Betriebszeit von neun Monaten über diesen Betrag hinausgehen. Hiernach ist mindestens anzunehmen, daß schon im ersten Etatsjahr die Einnahme ausreichen wird, die Gesamtaufwendungen voll zu decken, so daß von vornherein kein Zuschuß aus dem Stadtsäckel geleistet zu werden braucht. Dieses Resultat wird jenen „Warnern", die nicht müde wurden, dem Straßenbahnwesen unserer Stadtgemeinde einen Mißerfolg zu prophezeien, vermutlich sehr — unbequem sein.

Neuer Konkurrenzeinwand der „Großen Berliner". Die Direktion der „Großen Berliner Straßenbahn" hat gegen die jetzt von den städtischen Behörden Schönebergs beschlossene Untergrundbahn Eberstraße-Rollendorfplatz bei den zuständigen Behörden den Konkurrenzeinwand erhoben. Damit betritt die „Große Berliner" denselben Weg, den sie gegenüber der Berliner Nord-Südbahn und der Untergrundbahn Spittelmarkt—Schönhauser Allee — im ersten Falle erfolgreich — gegangen ist, und Schöneberg steht ebenso wie Berlin ein langwieriger Prozeß um die angebliche Verkehrsentziehung bevor, die durch die Schöneberger Schnellbahn der „Westlichen Berliner Straßenbahn" verursacht wird.

So zeigt sich wiederum die „Große Berliner" als ein Hindernis in der Entwickelung des Verkehrswesens. Diese Verkehrsgesellschaft wird immer gemeingefährlicher.

Neues Postamt im Fremden- und Bankenviertel. Ein zweites großes Postamt wird zurzeit im eigentlichen Fremdenviertel von Berlin errichtet. Es wird dort ein umfangreicher Bau in den einfachen, aber anziehenden Formen der deutschen Renaissance errichtet. Die ganze Anlage wird sich seinerzeit von der Französischen bis in die Jägerstraße erstrecken. Es ist denn auch vorgesehen, daß ein Zugang zu den Schalterräumen sowohl von der Jägerstraße als von der Französischen Straße geschaffen wird. Auch sind dort besonders umfangreiche Schalterräume für die Annahme von Briefen wie von Paketen geplant. Der Bau erfolgt in zwei Abschnitten und wird im ganzen einige Jahre beanspruchen. Zunächst wird der Teil in der Französischen Straße hergestellt, während die Grundstücke Jägerstraße 67/68 zur Zeit noch benutzt werden. Nach der Vollendung dieses großen Postamtes werden dort die Postämter 8 in der Taubenstraße, 49 in der Behrenstraße und 64 Unter den Linden vereinigt. Das Postamt wird so insbesondere nicht blos vorzugsweise den Fremden dienen, sondern auch vor allem dem lebhaften Postverkehr der in jener Gegend befindlichen Großbanken. Für ihre Bedürfnisse sind besondere Vorkehrungen in Aussicht genommen. Ein anderes anziehendes Postgebäude im Berliner Fremdenviertel besteht bekanntlich seit einiger Zeit in der Dorotheenstraße, wo auch das Kaiserliche Postscheckamt Berlin untergebracht wird.

Aus der Magistratssitzung am Freitag. Nach eingehender Beratung wurde der von der städtischen Markthallen-Deputation beantragte Ankauf des fiskalischen Geländes an der Paulstraße beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, der noch eine ausführliche Vorlage zugehen wird, damit diese in der nächsten Sitzung beraten werden kann. Das Gelände umfaßt etwa 6½ Hektar und wird begrenzt von der Paulstraße, der Spree, dem Packhof und der Straße Alt-Moabit, hat Bahn- und Wasseranschluß. Es soll zum Bau einer Engros-Markthalle für den Obst- und Gemüsehandel dienen. Der Fleisch-Engrosmarkt soll bekanntlich nach dem schon früher erworbenen Terrain im Osten nahe dem Zentralviehhof verlegt werden. Die Zentralmarkthalle kann dann für den Engroshandel mit Geflügel, Fischen usw. eingerichtet werden. Es findet demnach eine Trennung des Engroshandels, wie er schon längst gewünscht worden ist, nach den Hauptbranchen statt. Nach der Fertigstellung der Engroshallen werden auch die Klagen über Platzmangel, Verkehrshindernisse usw. aufhören.

Dann beschäftigte sich der Magistrat mit der Einführung des Achtuhrladenschlusses in Groß-Berlin außer Sonnabends. Der schon mitgeteilte Beschluß der städtischen Gewerbedeputation fand die Zustimmung des Magistrats, nur bezüglich der Ausnahmen war der Magistrat der Ansicht, daß diese für Zigarren- und Zigarettengeschäfte sowie Blumenhandlungen genügten. Konfitürengeschäfte müssen danach wie alle übrigen um 8 Uhr schließen. Einen breiten Raum nahmen die Beratungen über die Einrichtungen für die Speisung bedürftiger Volksschulkinder in Anspruch. Zur Förderung derselben wurde eine Kommission gewählt.

Zu dem Automobilunfall auf der Tegeler Chaussee am Mittwoch erhalten wir von zuverlässiger Seite eine Darstellung, die von der von uns nach einer Korrespondenz wiedergegebenen Mitteilung abweicht. Danach hat der Wagen ein mäßiges Tempo eingehalten. Beim Passieren einer Kurve platzte der linke Vorderreifen, wobei es dem Chauffeur nicht mehr möglich war, das Steuerrad zu halten. Der Wagen schleuderte mit der linken Hinterradachse gegen einen Baumstamm und durch diese plötzliche Erschütterung flog der Chauffeur van der Vehr so unglücklich vom Wagen, daß er tödlich verletzt wurde, während die beiden anderen Chauffeure mit dem Schrecken davonkamen.

Ueber die zulässige Erhöhung von Arzthonorar-Rechnungen teilt die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung" einen Fall von allgemeinem Interesse mit. Als ein Arzt einem Patienten seine Rechnung über 57 M. sandte, schickte letzterer sie mit der Anfrage zurück, auf welche ärztlichen Bemühungen sich die Forderung beziehe. Darauf prüfte der Arzt die Liquidation, spezialisierte sie und nahm nachträglich eine Erhöhung auf 175 M. vor. Der Patient zahlte nunmehr 57 M., verweigerte Zahlung des Mehrbetrages und wurde durch rechtskräftiges, amtsgerichtliches Urteil zur Zahlung weiterer 24 M. verurteilt. Mit der Mehrforderung wurde der Arzt abgewiesen. Der Patient brachte nunmehr die Sache vor das ärztliche Ehrengericht mit der Begründung, der Arzt habe dadurch, daß er seine Rechnung nachträglich erhöhte, sich gegen die ärztlichen Standespflichten vergangen. Das Ehrengericht sprach jedoch den Arzt frei, der Ehrengerichtshof bestätigte diese Entscheidung, da es jedem Arzte frei stehen muß, nachträglich auf Grund genauer Ueberlegung und unter Zugrundelegung der Gebührenordnung Mehrforderungen zu erheben, zu denen er sich berechtigt glaubt.

Daraus folgt, daß der ärztliche Ehrenkodex es für zulässig hält, einem Patienten das nette Sümmchen von 94 M. abzunehmen, welches das ordentliche Gericht als berechtigte Forderung nicht anerkannt hat.

Die Mordaffäre in der Genthiner Straße. Eine überraschende Aufklärung hat jetzt der Tod des Kaufmanns Julius Engel in der Genthiner Straße 26 gefunden, der seinerzeit wegen der merkwürdigen Begleitumstände so großes Aufsehen erregte. Engel, dessen Leiche am 20. Juli in dem neben dem Laden belegenen Zimmer mit Strangulationsmarken am Halse aufgefunden wurde, ist, wie sich jetzt herausstellt, ermordet worden. Als der Täter ist in Budapest auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei ein rumänischer Student namens Kragujevics verhaftet worden. Er soll den Engel im Schlafe erwürgt und beraubt haben. Kragujevics soll bereits ein Geständnis abgelegt haben.

Aus der Unfallstatistik. Am Donnerstag nachmittag ist der 52 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Matzdorf aus Pankow vor dem Hause Prinzen-Allee 21 von einem mit Mauersteinen beladenen Arbeitswagen abgestürzt, dessen Führer ihn aus Gefälligkeit mitgenommen hatte. Er fiel vor das rechte Vorderrad, das ihm über Brust und rechten Arm ging. Den noch Lebenden schafften Passanten nach dem Flur des genannten Hauses und riefen einen Arzt herbei, der aber nur noch den infolge innerer Verletzungen eingetretenen Tod feststellen konnte. Die Leiche ist dem Schauhause zugeführt worden. — Unter der Stadtbahn-Ueberführung am Bahnhof Alexanderplatz glitt mittags der 57 Jahre alte Portier Anton Volz aus Schöneberg, nachdem er einen Omnibus verlassen hatte, auf dem Straßenpflaster aus und brach den linken Oberschenkel. Nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallstation in der Keibelstraße schaffte man ihn nach dem Krankenhause am Friedrichshain. — Auf dem glatten Mosaikpflaster des Bürgersteiges vor dem Hause Ritterstraße 83 glitt gestern nachmittag die sechzig Jahre alte Kaufmannsfrau Elisabeth Rasch aus und trug einen Bruch des linken Oberschenkelhalses davon. Auf einer Tragbahre brachte man die Verunglückte nach der Unfallstation in der Alexandrinenstraße und dann nach ihrer Wohnung. — Beim Spielen lief vorgestern abend der sechsjährige Sohn Walter des Malers Otto Behnisch vor dem Hause Meyer Straße 34 gegen das Automobil des Kaufmanns Johannes Sandmann und wurde einige Meter mitgeschleift. Auf der Unfallstation in der Schönhauser Allee stellte man einen Bruch des linken Oberschenkels sowie einige erhebliche Hautabschürfungen fest und sorgte für seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhause. — Beim Spielen auf einem Fischerkahn vor dem Hause Neu-Kölln am Wasser 23 fiel vorgestern nachmittag der siebenjährige Stiefsohn Franz Michalowski des Pförtners Karl Passow in die Spree und ertrank. Die Leiche konnte nach etwa einer Stunde gelandet werden.

„Wahrheits"klatsch.

Eins der aus den bekannten trüben Quellen ihr Dasein fristenden, in Enthüllungen machenden Berliner Skandalblätter, die „Wahrheit", bringt einen in ihrem üblichen Jargon gehaltenen Artikel zum Parteitag. Die Sensationsartikel dieser Sorte „Zeitungen" befassen sich sonst vornehmlich mit pikanten sexuellen oder noch lieber homosexuellen Internas aus der „Jeunesse dorée". Sie werden in der Regel ja wohl hinterher den beabsichtigten Zweck erfüllen. Einmal ist „Der Harem — in diesem oder jenem — Warenhause", ein andermal „Die Gräfin im Bouillonkeller" der Ruf, mit dem die Straßenverkäufer der „Wahrheit" ihre Kundschaft anlocken. Diesmal scheint die erstrebte Belohnung schon vor dem Erscheinen entrichtet zu sein. Wenigstens deuten alle Merkmale deutlich nach jener Zentrale, auf welcher der, welcher getroffen werden soll, mit Recht nichts weniger als beliebt ist. Die „Wahrheit" weiß nämlich zu berichten, daß der Parteitag in Nürnberg sich mit dem Familienleben eines führenden Berliner Parteigenossen, des Genossen Ernst, insbesondere auch mit dem Gerücht befassen wird, daß dieser zu einer ebenfalls in der Bewegung stehenden, von ihrem Manne getrennt lebenden Genossin in näheren Beziehungen stehe. Der verkleidete Schmock beweist damit seine „Sachkenntnis" in Erledigung solcher Fragen. Was das Familienleben des Genossen Ernst anbetrifft, so haben wir uns erkundigt und leider erfahren, daß dasselbe ein unharmonisches ist. Das soll ja aber auch in den besten, dem Hintermann der „Wahrheit" nahestehenden Kreisen vorkommen, nur mit dem Unterschied, daß Ernst bereits vor längerer Zeit Schritte zur Lösung seiner Ehe getan hat. Der Parteivorstand, der angeblich in dieser Sache angegangen sei, hat ebensowenig wie der Parteitag mit dieser rein privaten Sache etwas zu tun. Der Herausgeber der „Wahrheit", der antisemitische Abgeordnete Beuhn, täte als würdiger Nachfolger Ahlwardts gut, vor seiner eigenen Tür zu kehren. Er könnte zum Beispiel jetzt schon über gewisse bevorstehende Gerichtsverhandlungen, die sich mit seiner ehrenwerten Person befassen, in seinem Blatte sehr interessante Einzelheiten berichten.

Im Bernhard Rose-Theater gelangt am Montag „Kabale und Liebe" neueinstudiert zur Aufführung.

Zirkus Busch ist wieder nach Berlin zurückgekehrt und hat am Donnerstag seine erste Vorstellung gegeben. Soweit es sich um die zirzensische Kunst handelt, hat der Zirkus in nichts eingebüßt, nach wie vor sind die Leistungen des Herrn Ernst Schumann sowie des Schulreiters Footit auf dem Gebiet der Pferdedressur sowie auf dem der Reitkunst als erstklassige längst bekannt. Im neuen Programm sind aber eine ganze Anzahl Nummern eingefügt, die auch auf dem Programm der ersten Variétébühnen stehen. Eine etwas eigenartige Vorführung bildet die des Fesselkünstlers Houdini. Houdini verfügt über besondere Tricks. Er ist imstande, innerhalb weniger Minuten in der freien Manege vor den Augen des Publikums sich aus einer ihm festangelegten tadellosen Zwangsjacke ganz allein zu befreien. Ein anderer Trick ist der sogenannte Kannentrick, in welchem Houdini in eine mit Wasser gefüllte Kanne, welche luft- und wasserdicht ist, gefesselt und der Deckel mit sechs Vorhängeschlössern versehen, eingeschlossen wird. Innerhalb weniger Minuten befreit sich H. aus seiner gefährlichen Lage, allerdings hinter geschlossenem Vorhang. Eine andere Vorführung, die allgemeine Bewunderung hervorrief, ist die des Saxon-Trios. Diese drei Kraftmenschen leisten Außerordentliches. Der eine drückt mit einer Hand ein Gewicht von 280 Pfund, der andere balanziert auf den Füßen ein Brett, auf dem zehn Männer sitzen. Schließlich heben zwei dieser Athleten mit den Füßen eine Brücke, über die in verhältnismäßig langsamem Tempo ein Kraftwagen im Gewicht von 3500 Kilo fährt. Ihre Leistungen wurden durch stürmischen Beifall belohnt.

Großfeuer kam in der letzten Nacht gegen 12½ Uhr am Rosenthaler Tor zum Ausbruch. Dort standen in der Brunnenstraße 194 im linken und rechten Seitenflügel Lager- und Werkstättenräume der bekannten Goldleistenfabrik von A. Werkmeister jun. in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an den bedeutenden Vorräten reiche Nahrung gefunden. Der Brandherd lag in den Kellern. Aus diesen drang dichter Qualm, der den Aufenthalt auf dem Hofe, sowie auf den Treppen unerträglich machte. Die Feuermänner konnten schließlich nur mit Rauchschutzapparaten ausgerüstet in den Kellern verweilen. Wegen der enormen Hitze mußten die Rohrführer von Zeit zu Zeit abgelöst werden. Gewaltige Wassermengen wurden von den Dampfspritzen in die Gluten gespritzt. In den Kellern stand das Wasser bald fußhoch, aber trotzdem war von einem Nachlassen des Feuers um 2 Uhr nur wenig zu bemerken. Branddirektor Reichel, der persönlich erschienen war und die Leitung übernommen hatte, ließ besonders die unter dem Hof liegenden Kellerräume unter Wasser nehmen. Als die Verqualmung abnahm, wurde von allen Seiten angegriffen und es gelang dann, den Brand zu isolieren. Der Hofkeller mit den in den beiden Seitenflügeln liegenden Werkstättenräumen ist total ausgebrannt. Der Schaden der Fabrik, die vor einiger Zeit schon einmal von einem erheblichen Schadenfeuer, das damals auf Brandstiftung zurückgeführt wurde, betroffen wurde, ist ganz bedeutend. Die Ursache des Brandes konnte nicht aufgeklärt werden. Die Feuerwehr hatte bis gestern früh zu tun.

Gleichzeitig hatte der 20. Zug in der Rungestr. 9 zu tun. Dort brannten Spähne in einem Schacht. Der 12. Zug wurde nach der Solmsstr. 41 alarmiert, wo in einer Tapeziererwerkstatt Feuer ausgekommen war. Der 16. Zug rückte nach der Malplaquetstr. 25/26 aus, wo auf einem Neubau Feuer ausgekommen war. Ferner mußte ein Kellerbrand in der Palisadenstr. 77 und ein Küchenbrand in der Cuvrystr. 33 gelöscht werden. In der Seestr. 18 brannten Säcke usw. in einem Schuppen und auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee eine Pappel.

Einem Fahrradmarder abgenommen: ein Brennabor-Zweirad, Mod. 17, Nr. 336 563, 60 Zentimeter Rahmenhöhe, Rahmen und Felgen schwarz emailliert, Lenkstange leicht nach unten gebogen und mit eingeätzten Verzierungen. Beide Reifen „Excelsior-Prima-Militär-Reif". Am Vorderrad Zyklometer, welcher die Zahl 1681,4 anzeigt. Am Sattel hängt ein Schloß, gestempelt D. R. G. M. Der Spitzbube ist entkommen. Abzuholen gegen Legitimation im Fahrradhaus „Frisch auf", Walter Wittig u. Co., Berlin N. 31, Brunnenstr. 35.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtverordnetenversammlung. Am Donnerstagabend fand die erste Sitzung nach den Ferien statt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen kamen die gegen die Stadtverordneten-Wählerliste erhobenen Einsprüche zur Verhandlung. Zu einer lebhaften Debatte kam es hier bei dem Protest des Genossen Conrad gegen die Gesamtaufstellung der Liste. Diese ist nicht nach dem Prinzip der Drittelung der Gesamtsteuersumme, sondern auf Grund der Bestimmung des § 13 des Kommunalwahlgesetzes erfolgt. Hiernach werden in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern alle Wähler, welche den auf den einzelnen entfallenden Durchschnittssteuerbetrag überschreiten, der 2. Wählerabteilung zugeteilt. Die Berechnung dieses Durchschnitts hat zu einer beträchtlichen Erhöhung der Steuergrenze für die 3. Abteilung geführt (auf 78 M.) und damit zu einer weiteren Verschlechterung des ohnedies schon übergenug plutokratischen Kommunalwahlrechts für die Arbeiter. Wie weit die Verschlechterung geht, erhellt daraus, daß die der 1. Abteilung angehörenden rund 350 und die der 2. Abteilung zugewiesenen 3400 Wähler nur je 804 000 M., die 31 500 Wähler der 3. Abteilung dagegen 1 061 000 M. an Steuern aufbringen. Das bedeutet gegenüber der früher zugrunde gelegten Drittelung des in Frage kommenden Steuerfußes eine erhebliche Begünstigung der reaktionären Wirkung des Wahlgesetzes, indem die Zahl der Wähler 1. und 2. Abteilung vermindert, die der 3. Abteilung noch erheblich vermehrt wird. Gegen diese vermehrte Wahlentrechtung richtete sich der vorliegende Einspruch. — Stadtv. Conrad (Soz.) plädierte

für Berücksichtigung seines Protestes und behauptete sehr richtig, daß bei Schaffung des Wahlgesetzes von 1900 der Gesetzgeber eine Ausmerzung der dem Dreiklassenwahlrecht anhaftenden gröbsten Ungerechtigkeiten, also eine gewisse Verbesserung gewollt hat. Wenn hier in Rixdorf bei Umwandlung des Durchschnittsprinzips das Gegenteil sich herausstellt, dann muß die Drittelung beibehalten werden. Diese Auffassung gehe auch aus Kommentaren des Gesetzes hervor, ganz besonders deutlich aus dem vom Oberregierungsrat Evert herausgegebenen. Stadtverordnetenvorsteher Sander (namens des Wahlausschusses) und erster Bürgermeister Kaiser wandten sich gegen den Protest, der ihrer Meinung nach auf falschen Voraussetzungen beruht; denn dem Gesetze sei voll Genüge geschehen. Letzterer behauptete sogar, daß das Durchschnittsprinzip für Rixdorf gerade den verlangten Effekt im demokratischen Sinne ergebe. Die bürgerliche Mehrheit spendete diesen Ansichten Beifall und wies den Einspruch zurück.

Neben den nach dem Turnus mit Ablauf dieses Jahres ausscheidenden Stadtverordneten sind von den Neugewählten der 1. und 2. Abteilung noch je einer auszulosen. Das Los fiel auf die Stadtverordneten Serno und Emmelut. Aus der 3. Abteilung scheiden neben dem Stadtv. Gericke auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion: Hoppe, Keil, Michalowsky, Spreer und Tuschling aus. —

Seitens der Bezirksvereine Rixdorf-West, -Ost und -Süd sind Anträge auf Vermehrung der Stadtverordneten von 60 auf 72 eingegangen. Zur Vorberatung der Angelegenheit wird eine Kommission eingesetzt, der auch die Genossen Conrad, Müller und Thurow angehören.

Für die Teilnahme am 6. preußischen Städtetage in Königsberg am 5. und 6. Oktober schlägt der Magistrat vor, 8 Mitglieder aus seiner Mitte und 2 Stadtverordnete zu bestimmen. Stadtv. Groger (Soz.) beantragt 3 Stadtverordnete zu delegieren, da sonst — wie schon immer bei solchen Gelegenheiten — die 3. Abteilung keine Vertretung erhalte. Stadtv. Gröpler will nur 2 Magistratsmitglieder ein 1 Stadtverordneten, den Vorsteher, delegiert sehen. Diesem Antrage stimmt der Block einhellig zu und lehnt die Vorschläge des Magistrats und des Stadtv. Groger ab.

Die Errichtung der vom Magistrat beantragten neuen Lehrerstellen für die höheren Lehranstalten wird einstimmig beschlossen, ebenso ein paar bauliche Veränderungen im Realgymnasium.

Die Beseitigung des Diabaszementmakadams auf dem Fahrdamm des Hermannplatzes und dessen Ersatz durch Stampfasphalt genehmigt die Versammlung.

Die beiden letzten Gegenstände der Tagesordnung sollten in geheimer Sitzung verhandelt werden. Es waren dies die Gehaltsfestsetzungen für die ersten wissenschaftlichen Beamten des voraussichtlich am 1. Oktober 1909 zu eröffneden neuen Krankenhauses, sowie Bewilligung von Spenden für den Zeppelinfonds und für die Abgebrannten in Donaueschingen. Die Stadtvv. Groger (Soz.) und Wutzky (Soz.) wandten sich energisch gegen die immer mehr hervortretende Manie, Vorlagen, die unbedingt öffentliche Verhandlung erheischen, in die geheime Sitzung zu legen. Die Bürgerschaft hat ein unbedingtes Recht darauf, über die Behandlung der beiden vorliegenden Punkte unterrichtet zu sein. Nachdem die Stadtvv. Niemetz und Kaye gegen die Oeffentlichkeit gesprochen hatten, wurde mit Mehrheit beschlossen, beide Gegenstände öffentlich zu verhandeln. Die Gehälter der dirigierenden Aerzte in der äußeren und inneren Abteilung des neuen Krankenhauses werden auf 6000 Mark mit dreijährigen Steigerungen um je 500 Mk. bis zum Höchstbetrage von 8000 M. festgesetzt. Der Prosektor soll 5000 M., der Oberapotheker 2300 M. erhalten; letzterer steigt von drei zu drei Jahren um 200 M. bis zu 3000 M. und erhält außerdem freie Wohnung und Verpflegung. Gegen die Zeppelinspende wendet sich Stadtv. Conrad (Soz.), indem er erklärt, daß Zeppelin mit Recht die Anerkennung der Kulturwelt gebühre, doch liege zu finanzieller Hilfe nicht der geringste Anlaß mehr vor. Hier habe das Reich einzugreifen, was von dieser und anderer Seite auch bereits umfangreich geschehen sei. Die Zuwendung von 1000 M. an die Donaueschinger, denen merkwürdigerweise nicht so die Mittel zufließen, sei aber durchaus am Platze. Stadtv. Rosenow spricht für Zeppelin und feiert diesen. Die Versammlung genehmigt gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion 1000 M. für Zeppelin und einstimmig die gleiche Summe für Donaueschingen.

Vermißt wird seit dem 27. August das siebzehnjährige Dienstmädchen Charlotte de Nese, welches in der Kaiser-Friedrich-Straße 40 in Rixdorf in Stellung war. Die M. sollte ihre Stellung am 1. September verlassen und zu ihren Eltern nach Sagan zurückkehren. Ihrer Dienstherrin gegenüber äußerte die M., daß sie nicht mehr nach Hause wolle und lieber fortlaufe. Die Vermißte, die sich vermutlich umhertreibt oder in schlechte Hände geraten sein dürfte, ist etwa 1,50 Meter groß, hat dunkles, fast schwarzes Haar, volles frisches Gesicht und dunkle Augen.

Wilmersdorf.

Die geheimen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung. Die Geschäftsführung der Stadtverordnetenversammlung zu Wilmersdorf hat den Unwillen eines Mitgliedes dieser Körperschaft erregt. Der Stadtverordnete Dr. Wolff legte der letzten Sitzung drei Anträge vor, deren erster die Aufhebung eines im Sommer dieses Jahres gefaßten Beschlusses über Amtsverschwiegenheit zum Ziel hatte. Ferner wollte der Antragsteller, daß zu den nicht öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Stenographen hinzugezogen und daß die übertragenen Stenogramme sämtlichen Stadtverordneten zugestellt würden. An diesen Antrag schloß sich noch ein dritter, der die Abänderung der Geschäftsordnung bezweckte und der Oeffentlichkeit größeren Spielraum verschaffen sollte. Alle drei Anträge schienen der Mehrheit kein großes Behagen zu bereiten und nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschloß man, die Beratung über die von Dr. Wolff für notwendig gehaltenen Neuerungen in geheimer Sitzung vorzunehmen. Beachtenswert ist immerhin die Aeußerung des Stadtverordneten Dr. Wolff, daß in keiner anderen kommunalen Körperschaft Groß-Berlins so viele geheime Beratungen abgehalten würden als in der Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung. Von der Richtigkeit dieser Behauptung wollten mehrere Widersacher des Herrn Dr. Wolff zwar nichts wissen, aber ganz grundlos scheint sie doch nicht zu sein. Es handelt sich nach unserer Meinung um ein altes Uebel, das in früheren Tagen ziemlich stark in der Wilmersdorfer Gemeindevertretung grassierte und erst von den Sozialdemokraten, die damals neu in diese Körperschaft eintraten, beseitigt wurde. Damals hielt man nämlich außer den eigentlichen geheimen Beratungen sogenannte Vorberatungen ab. Diese Vorberatungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit befaßten sich mit den wichtigsten Gegenständen, die dann einige Tage später der Form wegen noch die öffentliche Sitzung beschäftigten, aber hier natürlich in aller Geschwindigkeit durchgepeitscht wurden, da alles, was man darüber sagen konnte, bereits vorher erörtert worden war. So wunderte sich dann das Publikum, wie Angelegenheiten, die für die Gemeinde oft von außerordentlicher Bedeutung waren, im Handumdrehen und vielfach durch bloße Abstimmung abgetan wurden. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten nannten dies Verfahren natürlich einen Verstoß gegen die Gemeindeordnung und erkundigten sich angelegentlich nach der gesetzlichen Stütze einer derartigen Geschäftsführung. Es kam die Antwort, daß es sich bei den Vorberatungen doch nur um rein private Zusammenkünfte gehandelt habe. Als dann die Sozialdemokraten sich noch nicht befriedigt zeigten, sondern die neugierige Frage stellten, ob denn der Gemeindevorstand diese „privaten" Vorberatungen, die sich doch mit öffentlichen Angelegenheiten befaßten und daher unter das preußische Vereinsgesetz fielen, diesem Gesetz entsprechend bei der Polizeibehörde als Versammlungen angemeldet habe, blieb man die Antwort schuldig. Immerhin wurden von diesem Augenblick an keine Vorberatungen mehr abgehalten. Wir haben keine nähere Kenntnis von den Tatsachen, die den Stadtverordneten Dr. Wolff zu seiner Aeußerung veranlaßten. Aber wir können ihm versichern, daß wenn heute wie früher Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung säßen, nicht mehr Gegenstände als dringend notwendig in geheimer Beratung verhandelt würden.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretersitzung. Die von der Vertretung beschlossene Umsatzsteuerordnungs-Aenderung ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden; sie sei unübersichtlich. — Die Petition der Gemeinde auf Ausdehnung des Nachbarortverkehrs mit Köpenick hat die Postbehörde abschlägig beschieden mit der Motivierung, daß einerseits keine zusammenhängende Bebauung vorhanden, und andererseits die Einbeziehung Köpenicks einem späteren Anschluß mit Berlin hinderlich sei. — Betreffs der Straßenbahnverbindung mit Karlshorst wurde mitgeteilt, daß dieselbe erst perfekt würde, wenn eine Weiterführung der Bahn bis Friedrichsfelde gesichert sei. — Für die Zwecke der Erwerbung des Heydeschen Grundstücks und Ausführung der Schmutz- und Regenwasserkanalisation zwischen Frischen- und Edisonstraße wird die Aufnahme einer Anleihe von 400 000 M. beschlossen. Der Firma Windschild u. Langelott werden Kanalisationsarbeiten für die Summe von 442 000 M. übertragen. — Ein Antrag des Gemeindevorstehers, dem Grafen Zeppelin 300 M. zu spenden, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Für die Abgebrannten in Donaueschingen werden 100 M. bewilligt und für eine hiesige Geflügelausstellung ein Preis von 30 M.

Treptow-Baumschulenweg.

Der Gesangverein „Liedesfreundschaft" veranstaltet zu morgen, Sonntagnachmittag im Lokal von Speer, Baumschulenstraße 78, ein Preiskegeln, verbunden mit gemütlichem Kaffeekochen und Tanz. Anfang 3 Uhr.

Parteigenossen mit ihren Frauen sind dazu höflichst eingeladen.

Rummelsburg.

Das 16jährige Dienstmädchen Simrau, dessen Leiche bekanntlich unter rätselhaften Umständen dicht am Ufer des Dessauschen Teiches bei Rummelsburg gefunden wurde, dürfte nach den polizeilichen Ermittelungen Selbstmord verübt haben. Der Schiffbauer Fritz Nowack aus Rummelsburg hat der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß ein Arbeiter, den er vom Sehen kenne, ihm am 6. d. Mts. erzählte, ein junges Mädchen hätte sich am 3. September gegen 5 Uhr morgens in den Dessauschen Teich gestürzt. Der betreffende Arbeiter hätte den Vorgang mit angesehen, sich aber nicht weiter darum bekümmert, weil er, wie der Mann angegeben habe, sonst zu spät nach der Arbeitsstätte gekommen wäre. Die Kriminalpolizei ist jetzt bemüht, den Augenzeugen des Selbstmordes zu ermitteln.

Bernau.

Von der Stadtverordnetenversammlung wurde ein Beitrag von 100 M. für die Abgebrannten von Donaueschingen bewilligt. Dann erklärte sich die Versammlung mit der Uebernahme der Lindenbäume in der Klementstraße mit der Maßgabe der freien Verfügung einverstanden. Beim Bau des neuen Krankenhauses sollen Siegwart-Balkendecken Verwendung finden; es ist weiter beschlossen worden, die Lieferung unter Verpflichtung einer Kaution der Zementfabrik in Biesenthal zu übertragen. Die Beschlußfassung über den Austausch von Ländereien mit der Stadt Berlin erfolgte in nichtöffentlicher Sitzung.

In den Dienst der katholischen Kirche hat sich die Leitung unserer Stadt gestellt. Der hiesige Bürgermeister erläßt eine amtliche Bekanntmachung, in der mitgeteilt wird, daß aus Anlaß einer am 13. September geplanten Einweihung einer neuen katholischen Kirche der Fürstbischof Kopp aus Breslau nach Bernau komme und in der die Herren Hausbesitzer und deren Stellvertreter gebeten werden, zu dieser Feier die Häuser mit Fahnen schmücken zu wollen.

Derartige Angelegenheiten gehören unseres Erachtens nicht zu den amtlichen Obliegenheiten der Bürgermeister.

Bei der Arbeit plötzlich vom Tode ereilt wurde am Donnerstagmorgen der Maurer Jul. Giese von hier, Weinbergstraße 60 wohnhaft. Giese hatte sich am betreffenden Morgen nach dem benachbarten Dorfe Zepernick begeben, um dort auf einem Neubau anzufangen. Er hatte sich, um nicht zu spät zur Arbeitsstelle zu kommen, etwas im Laufen übereilt. Kaum war er angelangt und hatte sein Geschirr abgelegt, als er umfiel und auf der Stelle verschied. Der Tod war durch Herzschlag erfolgt. Giese hinterläßt eine Frau mit drei Kindern.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Schon zu wiederholten Malen hat sich die Majorität der Versammlung gegen unnötige Reisen der Deputationsmitglieder ausgesprochen. Die Versammlung stellte sich immer auf den Standpunkt, daß es genüge, wenn ein oder zwei Sachverständige sich eine Anlage ansähen und nicht die ganze Deputation, von denen ein Teil doch nichts verstände. Nach einer eingegangenen Vorlage des Magistrats wird um die Bewilligung von 180 M. nachgesucht für eine Reise, welche die Hafenbaudeputation zum Zwecke der Besichtigung der Schienen für die Hafenbahn unternommen hat. Die Besichtigung fand in Pankow, Potsdam und Werneuchen statt. An der Reise haben sich neun Herren beteiligt. Die Versammlung ließ sich auch nicht von der Zweckmäßigkeit der Reise überzeugen und lehnte die Vorlage gegen eine Stimme glatt ab. Wenn die Versammlung nun nicht später noch ein Einsehen hat, und sie wird es sicher haben, dann müßten die Deputationsmitglieder ja die Reise aus eigener Tasche zahlen und das würde manchen derselben doch recht unangenehm sein.

Im Jahre 1807 hatte die Versammlung die bis dahin hier bestehende Miete für Gasmesser abgeschafft. Trotzdem sich der Gaskonsum dadurch bedeutend vermehrt hatte, entstanden der Gasanstalt andererseits doch durch die unentgeltliche Beschaffung von Gasmessern große Ausgaben, wie der Magistratsvertreter angab, bis zu 20 000 Mark im Jahre. Der Magistrat hatte deshalb die Vorlage eingebracht, die Gasmessermiete wieder einzuführen. Hiermit stieß er aber bei der Versammlung auf großen Widerstand. Der Verein selbständiger Kaufleute hatte überdies noch eine Petition eingereicht, diese Gasmessermiete nicht zu genehmigen. Die Versammlung lehnte denn auch die Vorlage nach kurzer Debatte ab. — Gelegentlich der Beratung über Festsetzung des Gehalts einer Oberlehrerin an der höheren Mädchenschule frug ein Stadtverordneter an, wie weit denn die Angelegenheit mit der Einrichtung von Klassen für schwachbegabte Kinder sei, welche die Versammlung schon vor längerer Zeit genehmigt hat. Der Stadtbaurat gab die Erklärung ab, daß der eingereichte Lehrplan von der Regierung noch nicht zurück sei. Sobald derselbe eintreffe, würden die Klassen eingerichtet. — Zum Entwurf für den Güter- und Viehtarif der Spandau-Bötzower Bahn, der genau wie der der Rauener Kreisbahn ist, erteilt die Versammlung ihre Zustimmung. Ebenso erteilt die Versammlung ihre Zustimmung zur Annahme der Bedingungen für die Einführung der Nonnendammbahn in das Spandauer Straßenbahnnetz. Die Bahn wird durch die Berliner, Havel-, Potsdamer Straße und Markt durch eine Schleife in die Breitestraße eingeführt. Nach dem Bahnhof fährt diese Bahn nicht. — Für die Einrichtung einer Sanitätswache im städtischen Krankenhause bewilligt die Versammlung das Anfangsgehalt eines Assistenzarztes mit monatlich 100 M. Es soll außerdem noch in der Polizeiwache und in der Wilhelmstadt je ein geprüfter Heilgehilfe für Hilfen in der Nacht stationiert werden. Hierüber wird der Versammlung noch eine besondere Vorlage zugehen. — Mit dem Ankauf des Körnerschen Schneidemühlengrundstücks für 230 000 M. ist die Versammlung einverstanden. Gegen eine Zahlung von 100 000 M. werden dem Wasserfiskus die auf diesem Grundstücke ruhenden Wasserrechte, die für die Stadt selbst kein großes Interesse haben, abgetreten. Durch Ankauf dieses Grundstücks wird endlich einmal die alte Flutrinne, genannt der deutsche Rhein, verschwinden. Dieser Graben wird zugeschüttet werden. — Für die Erweiterungsbauten des Wasserwerkes und der Kanalisation in der Hochgerichtstraße und deren Weiterführung durch die Seegefelder- bis zur Klosterstraße werden 37 000 M. bewilligt. — Die Hauptvorlage der heutigen Sitzung bildete die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 31 468 000 M. durch Ausgabe von Stadtanleihescheinen. Aus dieser Anleihe sollen bestritten werden für

1. Straßenregulierungen aus Anlaß des Bahnhofsumbaues	4 383 500,00 M.
2. Ankauf der Straßenbahn (und zwar Kaufpreis an die Allgem. Elektr.-Gesellschaft 3 350 000 M., Stempelkosten 12 752,50 M., Ausbau Fehrbelliner Tor-Johannesstift 72 278,84 M., Straßenbahn nach dem Nonnendamm 250 000 M.)	3 685 031,34 „
3. Kanalisation und Wasserleitung (Erweiterung 1 279 000 M., Leitung nach dem Nonnendamm 550 000 M.)	1 847 000,00 „
4. Gasanstalt (Erweiterung 3 000 000 M., Leitung nach dem Nonnendamm 335 000 M.)	3 335 000,00 „
5. Rathausneubau	2 000 000,00 „
6. Heeresstraße	2 126 000,00 „
7. Entfestigung rund (Kaufgeld für Grunderwerb 2 806 638,99 M., für Pflasterung, Gas- und Wasserleitung 8 193 361,01 M.)	11 000 000,00 „
8. Grunderwerb zum Bahnhof Spandau-Bötzow	248 000,00 „
9. Umgemeindungs-Anleihe	1 890 300,00 „
10. Kursverlust und Unkosten rund 3 Proz.	916 524,94 „
Summa	31 467 356,28 M.
rund	31 468 000,00 „

Der Tilgungssatz bewegt sich für die einzelnen Titel zwischen 1¼ und 2½ Proz. Mit dieser Anleihe ist jedoch das Geldbedürfnis der Stadt noch nicht erschöpft. Es werden an größeren Summen noch benötigt rund 3 Millionen Mark für den Ankauf des Elsnerschen Geländes und verschiedene Millionen für den Hafenbau. Wie nicht anders zu erwarten war, entspann sich über diese Vorlage eine stundenlange und zeitweise sehr erregte Debatte. Namentlich wurde bemängelt, daß bei dieser wichtigen Vorlage nicht einmal der Stadtkämmerer anwesend ist (der Herr ist beurlaubt) und daß für die Heeresstraße 2 126 000 M. aufgenommen werden sollen, während man früher sagte, diese würde nicht mehr kosten wie 640 000 M. (Diese Summe ist von der Versammlung auch bereits genehmigt.) Eine eigentümliche Ansicht vertrat hierbei der Referent, Stadtverordneter Kaufmann Prager (freisinnig). Der Herr meinte, gerade daß man für die Heeresstraße über zwei Millionen aufnehmen wolle, werde die ganze Anleihe an höchster Stelle leichter genehmigt werden. (Echt freisinnig!) Die Versammlung kam aber über diese Vorlage noch zu keinem endgültigen Beschluß. Sie beschloß, noch eine zweite Lesung vorzunehmen, sobald der Kämmerer von seinem Urlaub zurückgekehrt sein wird. Dieser soll dann in einem Exposee angeben, in welcher Weise die Verzinsung und Tilgung aufgebracht werden soll. (Das wird der Herr gar nicht genau angeben können, da doch verschiedene von den Unternehmungen sich selbst rentieren sollen, wie Straßenbahn, Gasanstalt usw. Außerdem soll ja das Geld nicht mit einem Mal, sondern nach und nach aufgenommen werden.) Nach Erledigung noch weiterer dreier Vorlagen werden die übrigen der vorgerückten Zeit wegen vertagt.

Vermischtes.

Die Eroberung der Luft.

Jeder Tag bringt neue Erfolge der Flugversuche Orvilles Wrights mit seinem „Aeroplan". Erst vor wenigen Tagen hatte er einen neuen Rekord im Dauerfliegen aufgestellt, fast eine Stunde konnte er sich mit seinem Apparat in der Luft halten. Gestern nun hat er seinen eigenen Rekord geschlagen. Wie eine Nachricht aus Washington meldet, gelang es Orville Wright bei seinem letzten Aufstieg, während einer Zeit von 65 Minuten 52 Sekunden die Luft zu durchqueren. Die Windstärke betrug 12 Meilen in der Stunde. — Auch Wilbur Wright, der Bruder des erfolgreichen Flugtechnikers setzt mit Erfolg in Frankreich seine Probeflüge fort. Gestern hat er, wie aus Le Mans berichtet wird, zwei Flüge unternommen, von denen der erste 9 Minuten 20 Sekunden, der zweite 21 Minuten 45 Sekunden dauerte. Das französische Kriegsministerium hat den Flugtechnikern das Gelände des Lagers von Chalons zu Uebungszwecken überwiesen. — Wie es im Zeitalter des Militarismus selbstverständlich ist, verfolgen die Kriegsministerien der „modernen" Staaten mit Interesse die Versuche zur Eroberung der Luft. Soll doch der Luftmarinismus ihnen im Zukunftskriege die Möglichkeit bieten, neue Methoden zur schnelleren Niedermetzelung der einander gegenüberstehenden Menschenmassen zu finden.

Ein Schweinepriester.

Aus Zabrze wird gemeldet: Gestern abend wurde der katholische Pfarrer Neumann wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen verhaftet. Neumann ist fast 70 Jahre alt und war hier 21 Jahre Pfarrer.

„Sie konnten zusammen nicht kommen" . . .

Nach einer Meldung der „Heidelberger Ztg." ist der Tunnelbau bei Forbach auf der neuen Schwarzwaldstrecke Weißenbach—Kloster Reichenbach mißglückt. Wie üblich wurden die Tunnelstrecken von beiden Seiten eingeschlagen und vorgetrieben. Die beiden Teilstrecken trafen aber nicht in der Mitte zusammen, sondern ihre Achsen divergierten um acht Meter. Die eine Tunnelhälfte muß neu trassiert und der vorhandene Stollen sorgfältig wieder zugebaut werden, damit er dem Seitendruck der Gebirgsmassen Widerstand leisten kann. Der Schaden der badischen Staatsregierung wird auf 3½ Millionen Mark berechnet. Die Schuld soll einen italienischen Arbeiter treffen, der aus Rache einen Absteckpfahl versetzt haben soll.

Explosion auf einem Kriegsschiff.

An Bord des Panzerschiffs „John Ericsson" wurden, wie aus Stockholm gemeldet wird, infolge der vorzeitigen Entzündung einer in das Geschützrohr eingeführten Pulverladung ein Mann getötet und zwei verletzt.

Explosionskatastrophe.

Ein Madrider Blatt berichtet über den gräßlichen Verlauf eines Festes in der Gemeinde Santa Maria de Neda. Ein junger Mann zündete Knallbomben an, welche bei der Explosion in einen Korb fielen, in dem sich noch weitere Brennstoffe befanden. Es erfolgte eine furchtbare Explosion, wobei 14 Personen, die sich in der Nähe befanden, verletzt wurden, darunter fünf lebensgefährlich. Der größte Teil der Opfer besteht aus Kindern, von denen eins bereits kurz nach der Katastrophe verstarb.

Freie Jugendorganisation Berlin. Abt. 13. Sonnabend, den 12. d. M., abends 8 Uhr, bei Wiedemeyer, Schwedter Straße 29, Ecke Kastanien-Allee: Vortrag. — Abteilung Charlottenburg. Heute abend 8½ Uhr im Volkshause, Rosinenstr. 3: Versammlung.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr sehr reichlich, Geschäft rege, Preise behauptet. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.